

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1	773	Freibad Sillenbuch - "Bädle" erhalten	Es muss sichergestellt werden, dass das Freibad Sillenbuch erhalten und in den nächsten Jahren saniert und modernisiert wird. Auch das kleinste Bad Stuttgarts ist für die Bürgerinnen und Bürger aus Sillenbuch und weit darüber hinaus nicht nur ein Schwimmbad, sondern auch ein Ort der Begegnung für Jung und Alt. Das Freibad Sillenbuch hat den höchsten Anteil an Dauerkartenbesitzer und ist für Erwachsene und viele Kinder im Sommer ein wichtiger Anlaufpunkt (zum Beispiel Schulklassen, Waldheimkinder und so weiter).	CDU 468, SPD 544, Fr. Wähler 629	GR stimmt zu	Für die Sanierung des Sillenbacher Freibades werden insgesamt 1,71 Mio. € zur Verfügung gestellt davon im Doppelhaushalt 2012/2013 1,58 Mio. €. Hiervon soll insbesondere das Becken grundlegend saniert werden und das Bad um ein zusätzliches separates Kinderplanschbecken erweitert werden.
2	114	Neubau des Farmgebäudes auf der Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen	Die Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen wurde als eine der ersten Jugendfarmen im Stadtgebiet 1972 gegründet. Das Farmgebäude mit den zugehörigen Aufenthalts-, Werkbereichen-, Sanitär- und Küchenräumen besteht seit den Anfangsjahren und ist in einer "Baracken"-ähnlichen Bauweise erstellt worden.  Inzwischen ist es leider nämlich so, dass sich die Gebäude auf dem Platz in einem desolaten Zustand befinden: Neben immer höher steigenden Energie- und Heizkosten, die in den letzten 5 Jahren um 50% gestiegen sind und inzwischen einen großen Teil der gewährten Investitionszuschüsse aufzehrt, besteht das Hauptprobleme in einer maroden und teuren Elektro-Nachtspeicherheizung in den Wintermonaten, sowie den Witterungsbedingungen nicht mehr standhaltenden Räumlichkeiten. Um die wertvolle pädagogische Arbeit auch zukünftig leisten zu können, und damit auch das langfristige Überleben der Jugendfarm zu sichern, ist hier ein Neubau der Farmgebäude notwendig.  Aus diesem Grund wäre die durchzuführende Maßnahme sowohl aus ökologischen Gründen, sowie als Förderung einer kinderfreundlichen Stadt, eine gute und sinnvolle Investition in die Zukunft.	Bü. 90/Grüne 393, SPD 532,	GR stimmt zu	Für den Neubau des Farmgebäudes stellt die Stadt im Jahr 2013 einen Zuschuss in Höhe von 250.000 € zur Verfügung.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
3	132	Erhöhung der Anreize für Erzieher/innen in einer städtischen Kita zu arbeiten, um den Betreuungsschlüssel decken und Ausfallzeiten ausgleichen zu können.	Da es gar nicht genug Erzieher gibt, die unter den momentanen Voraussetzungen (zu geringer Lohn, hohe Lebenshaltungskosten in der Stadt, höhere Anforderungen durch das Einstein-Konzept und so weiter) hier arbeiten wollen, fehlt in Stuttgart momentan in fast jeder Einrichtung das Personal, weil die Stellen nicht besetzt werden können. Darunter leidet die Betreuungsqualität enorm und die Erzieher sind viel zu oft am Limit ihrer Kräfte - was eine gute Betreuung und Förderung unserer Kinder oft einfach unmöglich macht. Daher fordern wir die Stadt Stuttgart auf, die Anreize in einer städtischen Kita zu arbeiten für ErzieherInnen spürbar zu erhöhen, um den bis jetzt festgelegten Betreuungsschlüssel überhaupt decken zu können, bzw. ihn auszubauen - um auch bei Krankheit/ Urlaub/ Fortbildung die Ausfallzeiten decken zu können.	Bü. 90/Grüne 400,  CDU 435  SPD 565,  SÖS/Linke 704	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 2,4 Mio. € für Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen bewilligt. Dabei liegt ein Schwerpunkt darin, die Personalsituation in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen zu verbessern.  Darüber hinaus wurde der gesetzliche Mindestpersonalschlüssel in Kindertageseinrichtungen erhöht. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.
4	659	Theaterhaus Eric Gauthier	Förderung der Compagnie von Eric Gauthier am Theaterhaus Stuttgart	Bü. 90/Grüne 411,  CDU 508,  SPD 542	GR stimmt zu	Gauthier Dance wurde bereits 2011 mit einer einmaligen Förderung von 80.000 € aus Projektmitteln unterstützt. Ab 2012 wird die städtische Förderung auf 300.000 € pro Jahr (2012/2013) ausgeweitet. Zusätzlich erhält Gauthier Dance eine Förderung vom Land.
5	525	Auf Stuttgart 21 verzichten	Aus Stuttgart 21 aussteigen  Das finanzielle Gesamtengagement der Stadt Stuttgart beträgt selbst ohne Kostensteigerung mehr als das Sechsfache der offiziell zugegebenen Zahlen. Nicht 239 Millionen, sondern 1,6 Milliarden Euro will die Stadt für dieses zerstörerische Projekt verschleudern. Bei einem Ausstieg aus dem Projekt würden sofort Gelder an die Stadt zurückfließen, die dann für sinnvolle Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und so weiter zur Verfügung stehen.  Allein die Rückgabe des Gleisvorfelds an die Bahn würde 459 Millionen in die Stadtkasse	SÖS/Linke 714	GR lehnt ab	An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.  Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>bringen. Mit Zinszahlungen rückwirkend ab Kauftermin sind es sogar rund 750 Millionen. Das ist noch nicht alles "Ohne Stuttgart 21 flößen weitere 162,6 Millionen Euro in den Haushalt zurück. Sie stecken im Risikofonds für etwaige Bauskostensteigerungen (131 Millionen) oder sind seit 1995 für das Projekt reserviert (29 Millionen) sowie für die Beteiligung und Anbindung des Flughafenbahnhofs (2,56 Millionen), 12,7 Millionen Euro kostet zudem der Neubau der Neckarrealschule, die wegen Tunnelarbeiten für Stuttgart 21 verlegt werden müssen" (Stuttgarter Zeitung vom 6.8.09). Und auch das ist noch die alles. Die Rückgabe des Geländes der Gäubahn bringt nochmal mindestens 30 Millionen in die Stadtkasse. Die Schließung der Propagandaveranstaltung im Bahnhofsturm und des S-21-Büros brächte weitere sinnvolle Einsparungen.</p>			
6	254	Ticketpreise im öffentlichen Nahverkehr senken	<p>Wenn man es wirklich ernst damit meint, dass in Stuttgart weniger Autos fahren und die unsäglichen Staus abschaffen möchte, dann muss der öffentliche Nahverkehr attraktiver werden. Stuttgart hat im Vergleich zu vielen anderen Städten extrem hohe Ticketpreise. Wenn wir gemeinsam 4 Haltestellen in die Innenstadt fahren möchten, zahlen wir hin und zurück über 10 Euro. Das überlegen wir uns gut. Denn die U-Bahn-Station ist nicht vor unserer Haustür, unsere Einkäufe müssen wir noch ein gutes Stück nach Hause tragen etc. Und das ganze für so viel Geld? Da liegt es leider viel zu oft nahe, dass wir doch das Auto nehmen.</p> <p>Der Dreh kann und darf nicht sein, immer nur die Parkgebühren nach oben zu schrauben. Der Dreh muss sein, dass gleichzeitig der Nahverkehr billiger wird. Kaum zu glauben, dass wir ein so teures System hier haben. Selbst in den teuersten Metropolen Europas wie Paris oder Brüssel sind die Preise fast doppelt so niedrig wie hier in Stuttgart. Wo ist</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			da die Logik?			
7	255	Stuttgart-Ticket für 1,50 €	<p>Einführung eines Stuttgart-Tickets für die Stadt Stuttgart, also die Zonen 10 und 20: Die unsinnige Einteilung der Stadt Stuttgart in zwei Zonen wäre mit der Einführung eines Tickets für eine Fahrt in den Zonen 10 und 20 überwunden.</p> <p>Zur Zeit ist eine Fahrt z.B. von Feuerbach nach Fellbach billiger als eine Fahrt von Feuerbach zum Prag-Friedhof. Zur Zeit gibt es z.B. zwei Preise für eine Fahrt von Feuerbach zum Leuze.</p> <p>Der Preis für ein solches Ticket muss aber billiger sein als der jetzige Preis für die Fahrt in einer Zone. Nur dann bringt es die gewünschte Entlastung vom PKW-Verkehr. Zur Zeit ist z.B. die Fahrt mit dem PKW für zwei Personen von Feuerbach in die Innenstadt billiger (einschließlich der Parkgebühren) als die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln - nach Vergleichsrechner des VVS.</p> <p>Ein Preis von 1,50 € wäre angemessen und hätte eine Umsteigewirkung, würde also die Umwelt von Feinstaub, Stickoxiden und Lärm entlasten.</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
8	105	SSB Stuttgart - U - Bahnen - Verlängerung der Fahrzeiten in der Nacht (Rundumfahrten)	Viele Berufstätige arbeiten auch nachts und wären auf die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) angewiesen. Es wäre zu überdenken als Großstadt Stuttgart einen nahtlosen Fahrplan auch Nachts zu gewährleisten. Es würde Stuttgart attraktiver machen!	FDP 645	wird nicht umgesetzt	Aufgrund der hohen zusätzlichen Betriebskosten eines durchgehenden Nachtverkehrs unter der Woche ist ein solches Angebot mit den der SSB zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln derzeit nicht zu realisieren. Mit dem Nachtbusbetrieb an Donnerstagen werden seit Dezember 2011 Erfahrungswerte im Hinblick auf die Fahrgastresonanz gesammelt. Nach dem zweijährigen Probebetrieb kann dann eine Entscheidung zur Beibehaltung, Einstellung oder, unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden finanziellen Belastungen, Ausweitung des Nachtverkehrs getroffen werden.
9	163	Kommunales Kino	Ein kommunales Kino zeigt Filme außerhalb des aktuellen Angebots und ohne kommerzielles Verwertungsinteresse. Es zeigt historisch wichtige Filme, Filme zu bestimmten Themen aus verschiedenen Ländern und Epochen, es regt zur Auseinandersetzung mit Filmkunst an und bietet Filmreihen zur thematischen Arbeit anderer Kultureinrichtungen an. Stuttgart, das sich so gern als moderner Medienstandort profilieren möchte, kann es sich nicht länger leisten, einen so wichtigen Teil lebendiger Stadtkultur zu vernachlässigen.	Bü. 90/Grüne 411, CDU 853, SPD 541, SÖS/Linke 729, FDP 662	wird später entschieden	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde kein Beschluss zum Aufbau eines neuen kommunalen Kinos gefasst. Eine Finanzierung erfolgt eventuell im Rahmen eines Budgets Kulturförderung. Ein Ergebnis soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Jahr 2012 vorliegen, kann derzeit aber noch nicht konkret terminiert werden.
10	218	Neckar als Stadtlandschaft integrieren	Der Neckar fließt durch Stuttgart, und zwar als Kanal. Außer vielleicht noch Richtung Münster/Mühlhausen ist dieser Fluss kaum für die in der Stadt lebenden Menschen als Naherholungsgebiet zu nutzen. Siehe Frankfurt und der Main. Dort gibt es Spielplätze und Grünflächen direkt am Wasser. In Stuttgart ist der Fluss komplett vernachlässigt. Schade.	Bü. 90/Grüne 385 CDU 456,	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für eine naturnahere Gestaltung des Neckar und um dessen Zugänglichkeit für die Bürgerschaft zu verbessern 179.000 € beschlossen. Davon stehen Planungsmittel in Höhe von 124.000 € für den Wasenuferbereich zwischen Berger Steg und Campingplatz zur Verfügung und Mittel für Voruntersuchungen in Höhe von 55.000 € für die Neckarterassen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
11	184	Ausbau der Schulsozialarbeit an den Stuttgarter Schulen	Es wird beantragt, dass ein Programm aufgelegt wird zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit an den Stuttgarter Schulen. Die Schulsozialarbeit darf sich nicht nur auf Haupt-, Werkreal-, Sonder- und berufliche Schulen beschränken. Ziel ist, dass so schnell wie möglich jede Stuttgarter Schule mindestens eine Sozialarbeiterstelle zugewiesen bekommt. Dabei sollte gewährleistet sein, dass den Kindern und Jugendlichen jeweils geschlechtsspezifische Ansprechpartner zur Verfügung stehen.	Bü. 90/Grüne 397, CDU 427, SPD 528, Fr. Wähler 571, FDP 646	GR stimmt zu	Die Stadt stellt den Trägern der Schulsozialarbeit im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich Mittel in Höhe von 272.715 € pro Jahr zur Verfügung. Hiermit können 19,5 neue Stellen für die Schulsozialarbeit gefördert werden. Der zuständige Fachausschuss des Gemeinderates wird noch darüber entscheiden, welche Stuttgarter Schulen künftig eine verstärkte Förderung durch Schulsozialarbeiter erhalten sollen. Insgesamt werden somit 53,5 Vollzeitstellen für Sozialarbeit an Schulen gefördert (41 Stellen an allgemeinbildenden Schulen sowie 12,5 an beruflichen Schulen).
12	167	Beteiligung der Stadt an "Stuttgart 21" beenden	Der Gemeinderat sollte die Verträge über die Beteiligung der Stadt Stuttgart an S21 kündigen, weil die Kosten über 4,5 Milliarden € gestiegen sind und das Grundwassermanagement unsere Heilquellen gefährdet.		vom GR nicht beantragt	An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.  Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.
13	109	Spielhallensteuer	In Stuttgart schießen die Spielhallen, Büros für Sportwetten und so weiter wie Pilze aus dem Boden, meist zum großen Unmut der Bevölkerung. Diese ungeliebten Etablissements, die nebenbei bemerkt auch ganze Familien mit ihrer Suchtgefahr bedrohen und finanziell ruinieren können, könnten stark besteuert werden. So könnte deren Verbreitung ein Riegel vorgeschoben und der Stadtsäckel gefüllt werden.	Bü. 90/Grüne 378, SPD 566, SÖS/Linke 711	GR stimmt zu	Im Doppelhaushalt wurde eine Erhöhung der Vergnügungssteuer beschlossen. Dadurch rechnet die Stadt mit ca. 4,5 Mio. Mehreinnahmen pro Jahr. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus einer Erweiterung der Steuertatbestände (künftige Besteuerung von PCs mit Internetzugang, von Wettbüros, sowie von Bordelle/Laufhäuser) und einer Erhöhung des Steuersatzes für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit von 18 auf 22 %.
14	138	Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen	Anforderungen und Erwartungen an die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden ständig qualitativ erweitert. Bildungspläne im Schul- und Betreuungsbe-	SÖS/Linke 745, SÖS/Linke	GR lehnt ab	Ein entsprechender Haushaltsantrag wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Der VVS wird das Thema Einführung einer generellen netzweiten Gültigkeit des Scool-Abos in

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>reich (siehe Jugendamt Stuttgart Einstein in der Kita und andere) beinhalten regelmäßige Exkursionen zu den vielfältigsten Bildungsangeboten der Stadt Stuttgart, wie Museen, Veranstaltungen im Sport- und Forschungsbereich, Theaterbesuche, Betriebe, Naturerlebnisse usw.. Dies erfordert die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit den Schülergruppen. Leider ist die Umsetzung solcher Exkursionen für Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen mit hohem Planungsaufwand verbunden:</p> <p>Briefe schreiben wohin es gehen soll, wann und wie viel Geld mitgebracht werden soll, Briefe mitgeben, erinnern, Geld einsammeln, Wechselgeld parat haben, überlegen welche Zonen gebraucht werden, Schüler mit School-Abo berücksichtigen, manche Schüler kommen unangemeldet dazu, müssen daher spontan dazugerechnet werden, (4er Karten oder Gruppenkarte, wie viele Zonen usw.) Eltern vergessen Rückantworten, Schüler geben Benachrichtigungsbriefe nicht ab, Eltern geben Geld nicht mit usw.. Am Fahrkartenautomat dauert es sehr lange, bis das Geld angenommen wird und die Fahrkarten endlich aus dem Automaten kommen. Andere Fahrgäste warten schon ungeduldig, da die Bahn gleich einfährt. Nebenher werden die Kinder unruhig und toben auf dem Hochbahnsteig.</p> <p>Im Sinne des Ziels der „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“, fordern wir daher „Freie Fahrt“ innerhalb des VVS Gebiets für Schülergruppen und deren Betreuer/Lehrer im Rahmen von Bildungs- und Freizeitexkursionen für alle Jugendeinrichtungen Stuttgarts.</p> <p>Die Idee: Eine Fahrkarte, welche jeder Kinder- und Jugendeinrichtung zur Verfügung gestellt wird, die ausweist, dass beispielsweise die Schülergruppe X der Schule / Einrichtung Y im VVS-</p>	838		<p>enger Abstimmung mit den öffentlichen Finanzierungsträgern in die anstehenden Gespräche zur Tarifentwicklung 2013 einbringen. Damit würde sich die Problematik bei Klassenausflügen und sonstigen schulischen Veranstaltungen weiter entspannen. Ca. 50% der Schüler nutzen schon heute das School-Ticket.</p> <p>Generell gilt deutschlandweit im ÖPNV, dass Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres kostenfrei befördert werden. Zudem hat der VVS vor einigen Jahren die Regelung eingeführt, wonach Kindergartengruppen generell kostenfrei fahren dürfen, ausgenommen Erzieher/innen und Begleitpersonen.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Netz unterwegs sein darf. Dies ist für viele Kinder und Jugendliche zudem ein zusätzlicher Anreiz, den öffentlichen Personennahverkehr als Fortbewegungsmittel verstärkt und selbstverständlich zu benutzen.</p> <p>Seit 2006 haben Schülerhorte, Schulklassen, Lehrer, Eltern und der Jugendrat Stuttgart etwa 7800 Unterschriften gesammelt und öffentlich mit der Presse dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Schuster überreicht. Immer am Weltkinder-tag dem 20. September machen die Einrichtungen mit unterschiedlichsten Aktionen auf das Thema „Freie Fahrt für Schülergruppen“ aufmerksam.</p> <p>Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und stimmen Sie für die kostenlose Beförderung aller Stuttgart Schülereinrichtungen und Schulklassen innerhalb des Stuttgarter Verkehrsverbundes.</p>			
15	367	Zusammenlegung der VVS-Zonen im Stadtgebiet	<p>Das Modell der Zonen im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) hat sehr kleine und teure Zonen. Alleine die Stadt Stuttgart (rund 600.000 Einwohner) ist in zwei Zonen eingeteilt – 10 und 20. Dies ist nicht nur unnötig komplex und oft schwer verständlich, sondern erzeugt besonders für die Menschen an den Zonengrenzen mitten im geschlossenen Stadtgebiet Mehrkosten auch für vergleichsweise sehr kurze Fahrstrecken.</p> <p>Die Stadt Stuttgart sollte sich daher zumindest für eine Zusammenlegung der Zonen 10 und 20 zu einer Kernzone einsetzen, und zumindest vorübergehend, die entstehenden finanziellen Nachteile für die betroffenen Verkehrsbetriebe im VVS mittragen.</p>		vom GR nicht beantragt	



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
16	371	Personal für Kindergärten und -tagesstätten	Wir (der Gesamtelternbeirat der evangelischen Kindergärten und Tagesstätten) bitten um Unterstützung bei der Forderung nach einem besseren Personalschlüssel in den Kindergärten und -tagesstätten, damit dort weiterhin eine ganzheitliche und qualitativ hochwertige Förderung der Kinder stattfinden kann. Gleichzeitig bitten wir um die gleiche Förderung freier und kirchlicher Träger.	SPD 522	GR stimmt teilweise zu	<p>Der Gemeinderat hat im September 2011 beschlossen, die Erhöhung des Mindestpersonalschlüssels in Kindertageseinrichtungen umzusetzen. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.</p> <p>Darüber hinaus hat sich der Gemeinderat im Zuge einer Kompromisslösung für eine teilweise Gleichbehandlung der Kirchen in der Form entschieden, dass künftig alle neu geschaffenen Kita-Gruppen bei den kirchlichen Trägern die gleichen Fördersätze wie die sonstigen Träger erhalten. Die bestehenden Gruppen in kirchlichen Kitas werden weiterhin mit geringeren Fördersätzen als die sonstigen Träger unterstützt. Der Gemeinderat folgt mehrheitlich der durch verschiedene Rechtsgutachten untermauerten Auffassung, dass eine unterschiedliche Förderhöhe bei den Kirchen durch deren bessere Einnahmesituation (aus Kirchensteuer) gerechtfertigt ist. Deshalb wurde keine durchgehende Gleichbehandlung beschlossen.</p> <p>Verbessert wird in diesem Zusammenhang auch die Förderung der Sachkosten um 1.000 € pro Gruppe.</p>
17	146	Bau von Solaranlagen auf den Schuldächern	Im Zuge der Schulsanierungen werden auf allen geeigneten Dachflächen Solaranlagen gebaut.		wird umgesetzt	Auf bestehende Dächer, die im Zuge einer Sanierungsmaßnahme ertüchtigt wurden, werden Photovoltaikanlagen errichtet, sofern eine Finanzierung im Rahmen des stadtinternen Contractings möglich ist.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
18	89	Zentrale Datenbank für Kinderbetreuungsplätze	<p>Aufgeteilt in Kleinkinder bis 3 Jahre, Kindergartenkinder, Schulkinder (Hort)</p> <p>Ist-Situation: momentan hat man als Elternteil (meist die Frau) keinerlei Planbarkeit, was den Wiedereinstieg in den Beruf angeht. Theoretisch müsste man sein Kind schon bei allen Kitas Stuttgarts anmelden, bevor man überhaupt schwanger ist. Egal wie viel der gesetzlichen Elternzeit von 3 Jahren man nutzt, muss man dem Arbeitgeber 2 Wochen nach der Geburt verbindlich mitteilen, wann man mit wieviel Stunden wieder einsteigt. Das ist schlichtweg nicht machbar, da man von niemand zu diesem Zeitpunkt eine Zusage für die Betreuung bekommt (ungeborene Kinder werden normalerweise nicht akzeptiert bei Anmeldungen).</p> <p>Um auf Nummer Sicher zu gehen, meldet jeder sein Kind an x verschiedenen Stellen an. Das bedeutet, in jeder Einrichtung sind dutzende Stunden pro Monat damit verplant, Eltern die Einrichtung zu zeigen, zu erklären, den Anmeldebogen auszufüllen und das Ganze dann zu administrieren.</p> <p>Dann warten die Eltern monatelang auf die Zusagen, die nach und nach kommen. Da man aber nicht riskieren kann, ohne Platz dazustehen, nimmt man natürlich den ersten Platz an (der dann vermutlich weder zum Wohnort noch zum Arbeitsplatz ideal ist - sprich unnützer Verkehr auf Stuttgarts Strassen, und die Kinder lernen nicht die Kinder aus der Nachbarschaft kennen). Die Erzieher(innen) sind dafür damit beschäftigt, reihenweise die Eltern abzutelefonieren, die schon lange woanders einen Platz haben und das Chaos zu verwalten, das entsteht, wenn sich die Leute dann wieder abmelden, weil sie noch einen besseren Platz bekommen haben. Dadurch ist auch für die Stadt der wirkliche Bedarf an Plätzen nicht planbar.</p>		wird teilweise umgesetzt	Eine zentrale Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen ist nicht möglich. Zurzeit wird jedoch ein trägerübergreifendes Datenbanksystem eingeführt, in dem auch Wartelisten und Mehrfachanmeldungen dargestellt werden. Dieser Datenbestand lässt nicht nur Auswertungen zu sondern zeigt der Einrichtung Doppelanmeldung, Wunscheinrichtung oder den vergebenen Platz in einer anderen Einrichtung. Hierfür hat der Gemeinderat Mittel in Höhe von 70.000 € für das Jahr 2012 und 35.000 € für 2013 bereitgestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Lösung: eine zentrale Datenbank über alle Träger hinweg, in der sich jeder anmeldet, der eine Betreuung für sein Kind braucht. Man kann dort Prioritäten angeben (Ort oder Betreuungsumfang). Das wird dann regelmäßig gespiegelt mit den vorhandenen Plätzen. Das kann schon mit einer relativ simplen Datenbank gewährleistet werden.</p> <p>Kosten: die Anfangsinvestition der Datenbank sowie ein Sachbearbeiter für die Pflege. Vielleicht kann man auch bei den IT-Firmen in Stuttgart anfragen, ob jemand das im Rahmen der Kinderfreundlichkeit (oder Frauenfreundlichkeit!) sponsoren würde?</p> <p>Ersparnis: jede Menge Zeit und Administrationsaufwand bei den Erzieher(innen) sowie Frust bei den Eltern. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands!</p>			
19	120	Bäume am Marienplatz pflanzen	Bei schönem Wetter wollen viele sich ein Eis am Marienplatz gönnen. Leider gibt es bei schönem Wetter hier keinen Schatten. Der Platz ist ganz leer. Sogar zum Sitzen gibt es fast nichts. Ich schlage vor, dass Bäume (oder Schirme) am Marienplatz gepflanzt (eingebaut) werden. Bänke unter den Bäumen (Schirmen) sollten auch eingebaut werden. Der Platz wird durch diese Maßnahmen sicherlich besser belebt werden und nicht immer leer stehen wie jetzt.		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
20	448	Ausbau der Hort- plätze für Schulkin- der	Durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung in Stuttgart entsteht ein größerer Bedarf an Hortplätzen (oder denkt jemand, dass man aufhört zu arbeiten, wenn das Kind in die Schule kommt). Auch aktuell schon gibt es zu wenig Hortplätze in Stuttgart. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und Fachkräfte zu gewinnen und zu halten ist dies unabdingbar und Aufgabe der Stadt Stuttgart.	Bü. 90/Grüne 394,  CDU 420,  SPD 527,  FDP 641,  SÖS/Linke 726,  SÖS/Linke 764	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen beschlossen. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Die baulichen Maßnahmen mit Kosten von 6,48 Mio. € sollen im DHH 2012/2013 abgeschlossen werden. Für die Betriebskosten (insb. Betreuung) wurden 7,6 Mio. €/Jahr bereitgestellt.
21	311	Verbesserung im Nahverkehr wäh- rend der Nachtzei- ten	<p>Seit vielen Jahren fordert der sehr engagierte Stuttgarter Jugendrat eine Verbesserung im Nahverkehr während der Nachtzeiten. Dies begrüßen wir als Bürger dieser Stadt sehr herzlich. In Zeiten des Umdenkens zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln, muss es auch dem Gemeinderat und der Landeshauptstadt ein großes Anliegen sein, eine Verbesserung im Nahverkehr im nächsten Haushalt zu bestimmen.</p> <p>Mit der Verbesserung des Nahverkehr während der Nachtzeiten , fordern wir Bürger auch einen Service der an Wochentagen von Montag bis Freitag. Natürlich ist es erfreulich, dass die SSB im kommenden Jahr in der Nacht von Donnerstag auf Freitag die Nachtbusse fahren will. Doch wir als Bürger diese Stadt sehen dieses Angebot als zu wenig. Es kann nicht sein, das wir als Landeshauptstadt so ein mieses Angebot unseren Bürgern anbieten.</p> <p>Gerade bei uns in der Landeshauptstadt, in der viele Arbeitnehmer auch nachts arbeiten müssen, muss es dem Arbeitnehmer gewährt sein nachts Nachhause zu kommen. Wichtig: "Eine Entwicklung der Stadt darf nicht nur unter dem Kostenfaktor betrachtet werden" Wir Bürger dieser Stadt würden uns über diese</p>	FDP 645	wird nicht umge- setzt	<p>Aufgrund der hohen zusätzlichen Betriebskosten eines durchgehenden Nachtverkehrs unter der Woche ist ein solches Angebot mit den der SSB zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln derzeit nicht zu realisieren.</p> <p>Mit dem Nachtbusbetrieb an Donnerstagen werden seit Dezember 2011 Erfahrungswerte im Hinblick auf die Fahrgastresonanz gesammelt. Nach dem zweijährigen Probebetrieb kann dann eine Entscheidung zur Beibehaltung, Einstellung oder, unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden finanziellen Belastungen, Ausweitung des Nachtverkehrs getroffen werden.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Verbesserung sehr freuen.			
22	133	Erzieher/innen: Besserer Personalschlüssel	Verkleinerung des Personalschlüssels in Kindergärten: Weniger Kinder pro Erzieher/in sowie Aufstockung des Vertretungspools	Bü. 90/Grüne 400, SPD 565, SÖS/Linke 704	bereits umgesetzt	Der Gemeinderat hat im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 2,4 Mio. € für Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen bewilligt. Dabei liegt ein Schwerpunkt darin, die Personalsituation in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen zu verbessern.  Darüber hinaus wurde der gesetzliche Mindestpersonalschlüssel in Kindertageseinrichtungen erhöht. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.
23	1667	Budget von 1,3 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit S21 streichen	Das Budget von 650.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 (jeweils für 2011 und für 2012) sollte gestrichen werden! Dieses Geld, insgesamt 1,3 Millionen Euro, sollte anderweitig für die Stadt eingesetzt werden!	SÖS/Linke 698	GR lehnt ab	An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest. Eine Streichung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 erfolgt somit nicht. Im Doppelhaushalt 2012/2013 sind für die Öffentlichkeitsarbeit jeweils 650.000 € pro Jahr vorgesehen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
24	108	Stuttgart 21 nicht bauen, dafür das Bildungssystem ausbauen	Bauen Sie das Bildungssystem in Stuttgart aus, dies wäre wichtiger als der Bahnhof S21.		GR stimmt teilweise zu	Die Stadt Stuttgart investiert in den Jahren 2012/2013 so viel Geld wie nie zuvor in die Bildung und Betreuung. In den nächsten beiden Jahren werden für die Kindertagesbetreuung für Investitionen und laufende Aufwendungen 555 Mio. € zur Verfügung stehen.  Außerdem werden im Doppelhaushalt über 630 Mio. € in Schulen fließen. Zentrale Punkte sind Schulsanierungen, die Schaffung von zehn Ganztageschulen und der Ausbau von Schülerhäusern.
25	117	Ampeln nachts abschalten	<p>Wer hat so was nicht schon mal erlebt: Da steht man nachts seit einer halben Minute an einer einsamen Kreuzung vor einer roten Ampel und nichts passiert. Doch dann, zwei Scheinwerfer kommen von rechts und man denkt "ok, war das Warten also doch nicht umsonst". Aber was passiert? Das Auto wird langsamer, hält an und meine Ampel springt auf grün.</p> <p>Fazit: Obwohl fast kein Verkehr herrscht, mussten 2 Autos unnötig halten.</p> <p>Vorschlag: Nachts und in verkehrsarmen Zeiten noch mehr Ampeln abschalten.</p> <p>Was bringt es? Ok, zugegebenermaßen ist der finanzielle Einspareffekt eher gering. Aber es wird weniger Sprit verbraucht und damit auch die Feinstaubbelastung gesenkt, der Verkehr fließt gleichmäßiger und damit für die Anwohner auch leiser, die Nerven der Autofahrer werden geschont und die Akzeptanz der Ampeln an sich steigt.</p> <p>Ist es gefährlich? Jede Ampelanlage hat entweder zusätzliche Vorfahrts-Schilder oder es gilt rechts vor links. Also ist der Verkehr auch bei ausgeschalteter Ampel eindeutig geregelt. Natürlich muss man</p>		wird umgesetzt	Die meisten Lichtsignalanlagen werden nachts bereits abgeschaltet, sofern keine Sicherheitsbelange entgegenstehen. Es besteht nur noch ein geringes Potential an weiteren Anlagen, die nachts abgeschaltet werden können. Diese werden in den kommenden Jahren geprüft.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>mehr acht geben. Aber sollte man das nicht sowieso?</p> <p>Klar ist, dass man Ampelanlagen an großen Kreuzungen wie zum Beispiel am Charlottenplatz nicht abschalten kann. Aber es gibt noch viele kleinerer Kreuzungen, bei denen das meiner Meinung nach problemlos möglich ist.</p>			
26	128	Historische Gebäude erhalten, nicht abreissen!	Alte historische Gebäude erhalten statt abzureissen oder zur Ruine verfallen lassen (zum Beispiel: Villa Berg). Diese Gebäude kann man als Museen, Kunstgalerien und so weiter einsetzen.		vom GR nicht beantragt	
27	166	Nesenbach öffnen, als Lebensader durch die Stadt	<p>Ein durch Stuttgart fließender, offener Nesenbach könnte die Lebensqualität und das Mikroklima verbessern. Momentan wird der Nesenbach leider versteckt und als Kloake benutzt.</p> <p>Eventuell einen Pseudo-Nesenbach entstehen lassen, gespeist von (sauberen) Bächen aus der Heslacher Gegend, könnte er dann dem Nesenbach-Verlauf folgend, durch die Innenstadt fließen, nach Freiburger Vorbild. Damit könnte man dann auch wieder die Parkseen speisen, die eine solche Speisung dringend nötig haben. In anderen Städten hat man alte Bäche auch wieder rauf geholt. Warum also nicht in Stuttgart ?</p>	SPD 514	wird später entschieden	Der Bau der kompletten Bachwasserleitung zwischen Kaltental und Unteren Schlossgartenanlagen kann nach Bereitstellung der Mittel erst nach dem Bau des neuen Hauptsammlers für den Nesenbach im Zuge von Stuttgart 21 (ca. 2014) durchgeführt werden. Dies setzt eine entsprechende Beschlussfassung durch den Gemeinderat voraus.
28	164	Stadtbahnen: Durchgängiger 10-Minuten-Takt in den inneren Stadtbezirken	<p>Die Stadtbahnen fahren ab ca. 19:00 Uhr nur im 15-Minuten, später sogar nur im 20-Minuten-Takt.</p> <p>Damit sind die Stadtbahnen kaum mehr attraktiv: Wenn ich bis zu 20 Minuten auf meine Bahn warten muss - und das dann am besten ein weiteres Mal beim Umsteigen - verzichte ich doch lieber auf die Nutzung des ÖPNV.</p> <p>Taktzeiten von bis zu 20 Minuten sind vollkommen inakzeptabel und widersprechen dem Gebot der heutigen Zeit, den ÖPNV attraktiv zu gestalten und somit die Bürger zum Umstieg</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>auf den ÖPNV zu bewegen.</p> <p>Mein Vorschlag und sehr wichtiges Anliegen: Zumindest in den inneren Stadtbezirken, in denen sich die Nutzung des ÖPNV geradezu anbietet, sollten die Stadtbahnen maximal im 10-Minuten-Takt fahren. Auf Linien, die weit nach außen gehen, könnten ja jede zweite/dritte Bahn jeweils vorzeitig enden und umkehren.</p> <p>Zum zweiten sollten der Betriebsschluss nach hinten gelegt werden: Zumindest bis 1:00 Uhr sollte ein problemloses Nutzen aller Stadtbahnlagen möglich sein.</p> <p>Ideal wäre natürlich ein 24-Stunden-Betrieb. Die von der SSB angedachte Ausweitung des Nachtbus-Angebots ist m.E. nur die zweite Wahl (und für mich selbst vollkommen unsinnig: Mit dem Nachtbus vom Schlossplatz zum Hölderlinplatz brauche ich über 30 Minuten - für ca. 2 Kilometer Entfernung!)</p> <p>Bei entsprechenden Anfragen zu diesem Thema an SSB oder Stadt kam jeweils eine Antwort in der Art: "Es sind zu den entsprechenden Zeiten zuwenig Fahrgäste unterwegs, so dass sich eine Verbesserung des Angebots nicht lohnen würde." Hier sollte ein Umdenken stattfinden: Es sollte initiativ das Angebot verbessert werden - und dann werden auch nach-und-nach mehr Fahrgäste das Angebot nutzen.</p>			
29	271	Grünpfeil für Rechtsabbieger	<p>Mindestens die Hälfte aller Ampelkreuzungen eignet sich für die Ausrüstung mit Grünpfeilen, die den Rechtsabbiegern freie Fahrt geben. Unnötiges Stehen, Anhalten und Anfahren kostet Energie und erzeugt Abgas. Besonders wirksam bei Kreuzungen mit Rechtsabbiegerspur. Bisher sind diese Grünpfeile im Stadtgebiet nur sehr "homöopathisch" eingesetzt; im</p>	FDP 680	wird umgesetzt	Die Verwaltung prüft stetig die Anbringung von Grünpfeilen an den dafür geeigneten Ampelkreuzungen. Zusätzliche Mittel wurden im Doppelhaushalt 2012/2013 nicht bereitgestellt.



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Gegensatz zu den meisten Städten in Ostdeutschland.			
30	415	Stadt am Wasser: Neckar	<p>Anbindung der vorhandenen Grünflächen Rosensteinpark/ Unterer Schloßgarten an den Neckar.</p> <p>Vor allem sollte geprüft werden, ob der Straßenverkehr im Bereich der Wilhelma (Neckartalstraße) herausgenommen, rückgebaut oder anders geleitet werden kann (Rosensteintunnel, König-Karls-Brücke...), sodass in diesem touristisch interessanten Bereich eine promenaden-ähnliche Situation zwischen Wilhelma, Neckar und Park entstehen kann. Der Stadtbahnverkehr könnte und sollte bestehen bleiben.</p> <p>Darüber hinaus könnte man relativ kostengünstig zwischen Cannstatter Wasen und Neckar eine grüne Parklandschaft am Wasser mit unterschiedlichen Nutzungen schaffen (Schiffsanlegestellen, Spielplätze für Kinder und Erwachsene, Promenade und so weiter).</p> <p>Als weitere, natürlich kostenintensivere Maßnahme, könnte die B 10 gegenüber des Wasens überdeckelt und begrünt werden.</p> <p>Bei allen drei Maßnahmen zusammen wäre der Neckar grünflächig angebunden, schon mit der ersten vorgeschlagenen Maßnahme wäre der Neckar mit der Innenstadt und dem Bahnhof verbunden und würde ein hervorragendes Erholungsgebiet für uns Großstädter und Touristen sein.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 385</p> <p>CDU 456,</p>	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat für eine naturnahere Gestaltung des Neckar und um dessen Zugänglichkeit für die Bürgerschaft zu verbessern 179.000 € beschlossen. Davon stehen Planungsmittel in Höhe von 124.000 € für den Wasenuferbereich zwischen Berger Steg und Campingplatz zur Verfügung und Mittel für Voruntersuchungen in Höhe von 55.000 € für die Neckarterassen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
31	1038	Den Kopfbahnhof erhalten und modernisieren	<p>...da besseres Konzept als S21.</p> <p>Der Durchgangsbahnhof S21 erzeugt per Saldo einen "Negativnutzen" bei hohen Ausführungs-, Termin- und Kostenrisiken (siehe angehängtes Zitat aus dem Gutachten von Prof. Bodack). Einsparpotential für die Stadt Stuttgart 1 Milliarde Euro.</p> <p>"Die Differenz von 30 Nutzenwerten der Alternative verbesserter Kopfbahnhof gegenüber der DB-Planung Tiefbahnhof ist so eindeutig, dass auch weiter detaillierte und tiefer quantifizierte Analysen zu keinem anderen Ergebnis führen werden: S21 verursacht mit extrem hohen Investitionen per Saldo Negativwirkungen; ein optimal renoviert Kopfbahnhof erreicht eindeutig Positivwirkungen für den Schienenverkehr, die Region und die Stadt Stuttgart"</p> <p>Das ausführliche Gutachten von Prof. Bodack steht als Download unter <a href="http://www.kopfbahnhof-21.de">www.kopfbahnhof-21.de</a> zur Verfügung.</p>		vom GR nicht beantragt	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.</p> <p>Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.</p>
32	295	Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen	<p>Rauchen und trinken, wo Kinder spielen? Zigarettenstummel sind schnell mal im Kindermund verschwunden, die Vergiftung kann tödlich enden. Muss erst etwas passieren, dass hier reagiert wird?</p> <p>Die Hinterlassenschaften der Saufgelage - sowohl Dreck, Müll, Glasscherben, als auch der Uringestank - sind eine Zumutung.</p>	CDU 440	wird umgesetzt	Die Stadt wird 2012 eine Satzung für Grün- und Spielflächen erlassen, in der auch das Rauchverbot auf Spielplätzen geregelt sein wird.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
33	216	Laubbläser ade!	<p>Wer macht dem Stress ein Ende und stoppt diese Höllenmaschinen von Laubbläsern? Der bequem gewordene Nutzer sieht vielleicht den Nutzen - aber auch die Nachteile?:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es gibt wohl keine Emissionsgrenzwerte für Lärm!</li> <li>- Beim Betrieb mit Verbrennungsmotor wird die Gesundheit durch Stickoxide und Kohlenwasserstoffe geschädigt!</li> <li>- Beim Aufwirbeln von Laub wird letztlich Aerosol in der Atemluft verteilt!</li> <li>- Der Staub wird nicht entfernt sondern nur aufgewirbelt!</li> </ul> <p>Als hätten wir Stuttgarter nicht schon genug Probleme mit schlechter Luft. Wo ist eigentlich alternativ das traditionelle Zusammenrechen geblieben wie wir es von der klassischen "schwäbischen Kehrwoche" kennen? - Mit Laubrechen und Besen!</p>		vom GR nicht beantragt	
34	521	Besseres Radwegenetz in Stuttgart	<p>Viele Stuttgarter Bürger sind davon überzeugt, dass man in Stuttgart aufgrund seiner Topografie nicht oder nur sehr bedingt mit dem Fahrrad fahren kann. Dies ist allerdings nicht der Fall. Doch es fehlen an vielen Stellen Radwege, oftmals sind nur Teilstücke über mehrere Meter vorhanden.</p> <p>Deshalb plädiere ich dafür, dass in Stuttgart, vor allem in den stark von Autos befahrenen Straßen des Zentrums, endlich ein durchgehendes Radwegenetz angelegt werden sollte. Dies mag zuerst einmal Geld kosten, doch die Vorteile überwiegen auf längere Sicht eindeutig. Radfahrer belasten die Straßen weit weniger als Autos, die Luft wird sauberer (das Thema Feinstaub könnte bald von gestern sein), die Menschen werden gesünder.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 383, Bü. 90/Grüne 390, CDU 460, SPD 518, Fr. Wähler 602, Fr. Wähler 603, Fr. Wähler 604</p>	GR stimmt zu	<p>Das Radverkehrskonzept für das Stadtgebiet von Stuttgart sieht umfangreiche Maßnahmen für den Fahrradverkehr vor, die das Radfahren sicherer und attraktiver machen sollen.</p> <p>Im Stadthaushalt stehen jährlich 866.000 € für den Radverkehr zur Verfügung. Für eine weitere Verbesserung des Radverkehrs wurden für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 1,5 Mio. € zusätzlich bewilligt.</p>

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
35	183	Die LHS soll bei dem Projekt S21 die versteckten Kosten von der DB einfordern.	Die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) ist grundsätzlich verpflichtet, Verträge zum Wohle der Stadt abzuschließen. Das heißt: - zinslose Darlehen oder Vorfinanzierungszahlungen an die DB für S21 sind zu unterlassen oder die marktüblichen Zinsen zu verlangen,  - Abriss und Neubau von Schulgebäuden an anderer Stelle um für S21 Platz zu schaffen sind der Bahn in Rechnung zu stellen,  - Verlegung und Neubau von Stadtbahnhaltestellen für die Realisierung von S21 sind der Bahn ebenfalls in Rechnung zu stellen.		vom GR nicht beantragt	
36	389	Neubau großer Saal Waldheim Degerloch (Weidachtal)	Die Evangelische Gesamtkirchengemeinde Degerloch betreibt seit fast 75 Jahren das Waldheim im Weidachtal. Jeden Sommer verbringen fast 750 Kinder erlebnisreiche Ferien. Unter dem Jahr sind Schulklassen, Kindergartengruppen und Senioren die Hauptnutzer der Gebäude und des Geländes. Das Waldheim ist für alle geöffnet und wird von Gästen weit über den Stadtbezirk hinaus gerne besucht. Der über 50 Jahre alte Saal muss dringend erneuert werden, damit auch in Zukunft das Waldheim Degerloch mit seinen vielfältigen Angeboten genutzt werden kann.	CDU 460, SPD 532	GR stimmt zu	Für die Erneuerung des Saalgebäudes aus dem Jahr 1957 stellt die Stadt einen Zuschuss in Höhe von 325000 € zur Verfügung.
37	135	Ausbau von Hortplätzen	Da im gesamten Stadtgebiet aktuell 3000 Hortplätze fehlen, sollte schleunigst der Bestand dem Bedarf angepasst werden.	Bü. 90/Grüne 394,  CDU 420,  SPD 527,  FDP 641,  SÖS/Linke 726,  SÖS/Linke 764	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen beschlossen. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Die baulichen Maßnahmen mit Kosten von 6,48 Mio. € sollen im DHH 2012/2013 abgeschlossen werden. Für die Betriebskosten (insb. Betreuung) wurden 7,6 Mio. €/Jahr bereitgestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
38	112	Feuersee	Der Feuersee sollte mehr gepflegt werden. Man könnte ein Sandstrand und eine Strandbar anlegen, da wo jetzt die Raten wohnen. Jedenfalls kann der Feuersee wesentlich mehr zum positiven Stadtklima beitragen als jetzt.	Bü. 90/Grüne 385 CDU 457, SPD 514	GR stimmt teilweise zu	Der Feuersee soll saniert werden. Dafür werden im Jahr 2013 100.000 € und 2014 400.000 € zur Verfügung gestellt. Damit soll insbesondere die Schlammschicht am Seegrund entfernt werden und erste Maßnahmen zur Abdichtung des Seeufers durchgeführt werden. Darüber hinaus werden im Doppelhaushalt 2012/2013 120.000 € für die für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Feuersee zur Verfügung gestellt.
39	1469	Sicherheit der Stuttgarter Bürger durch die Feuerwehr	Die Sicherheit der Stuttgarter Bürger wird in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr durch die Berufs- und Freiwillige-Feuerwehr gewährleistet. Dafür wendet die Stadt nur etwa 2 Prozent ihres Haushaltes auf. Damit stehen wir an letzter Stelle aller Städte über 500.000 Einwohner in der BRD. Wichtige Investitionen in die Zukunft, können nicht beschafft werden. Um wenigstens das bestehende Sicherheitsniveau aufrecht zu erhalten, sollte das laufende Investitionsprogramm verlängert werden, die Einsatzkleidung permanent als Sicherheitselement ausgetauscht werden und Beschaffungen für eine einigermaßen aktuelle EDV-Ausstattungen investiert werden.  Zur Erhaltung des ehrenamtlichen Engagements sollte die Stadt Konzepte zur Förderung entwickeln, wie es in anderen Städten schon längst geschehen ist. Die Freiwillige Feuerwehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Stuttgart. Sollte dieses Engagement nicht mehr vorhanden sein, müssten erhebliche Beschaffungen vorgenommen werden, die den Haushalt mit weit mehr als 2 Prozent belasten würden.	SÖS/Linke 723	GR stimmt teilweise zu	Das Budget für die Branddirektion wurde im Doppelhaushalt 2012/2013 um insgesamt 170.000 € aufgestockt, unter anderem für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung.  Außerdem erhält die Branddirektion 16 neue Stellen. Hierfür hat der Gemeinderat rund 800.000 € zur Verfügung gestellt. Im Vorgriff auf den Haushalt 2012 erhielt die Branddirektion bereits in 2011 sieben weitere Stellen (dies entspricht 350.000 €). Für die neuen Einsatzkräfte hat der Gemeinderat weitere 50.000 € für die Beschaffung neuer Dienst- und Schutzkleidung beschlossen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
40	344	Ampelanlagen auf LED-Technik umrüsten - eine Strom-Spar- und Geld-Spar-Investition	<p>Die allermeisten Lichtsignalanlagen in Stuttgart sind mit herkömmlicher Leuchttechnik ausgeführt. Durch LED-Ampeln, die zunächst eine Investition darstellen, lassen sich Wartungs- und Betriebskosten spürbar senken. Es gibt sogar Finanzierungsmodelle, bei denen die Stadt die Investition nicht tragen muss, sondern der Hersteller in Vorleistung geht (siehe unten, Beispiel 1).</p> <p>Was fortwährend bleibt, ist ein Beitrag zum Umweltschutz (weniger Energie) und eine saftige Einsparung im Stadt-Säckel.</p> <p>Zu beachten ist, dass die LED-Ampeln nicht die Verkehrsteilnehmer blenden.</p> <p>Beispiele, wie LED-Ampeln in anderen Städten erfolgreich eingeführt wurden:</p> <p>1. Freiburg  <a href="http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/44181/led_ampeln_beispiel_freiburg.pdf?command=downloadContent&amp;filename=led_ampeln_beispiel_freiburg.pdf">http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/44181/led_ampeln_beispiel_freiburg.pdf?command=downloadContent&amp;filename=led_ampeln_beispiel_freiburg.pdf</a></p> <p>2. Budapest  <a href="http://www.innovationsreport.de/html/berichte/energie_elektrotechnik/bericht-70873.html">http://www.innovationsreport.de/html/berichte/energie_elektrotechnik/bericht-70873.html</a></p> <p>Das kann Stuttgart auch !</p>		bereits teilweise umgesetzt	<p>Bereits rund 45 % aller Lichtsignalanlagen sind in Stuttgart mit LED-Technik ausgestattet. Weitere rund 47% sind in energiesparender 10 V-Glühlampentechnik ausgeführt.</p> <p>Alle Lichtsignalanlagen werden in den kommenden Jahren im Zuge der anstehenden Erneuerung mit LED-Technik ausgestattet.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
41	667	Soziale Berufe wertschätzen und besser entlohnen	Bevor unsere Straßen modernisiert und Geld für andere Sachen ausgegeben wird, sollten unsere Kinder erstmal ausreichend betreut und für bessere Bildung gesorgt werden und die alten Menschen dürfen nicht vergessen werden. Zu wenig Kita- und Hortplätze, unflexible unattraktive Arbeitsverträge für die Erzieher (Zeitverträge?!), schlecht bezahlte soziale Berufe (Erzieher, Altenpflege, Krankenschwestern und so weiter).		GR stimmt teilweise zu	<p>Die Stadt Stuttgart investiert in den Jahren 2012/2013 so viel Geld wie nie zuvor in die Bildung und Betreuung. In den nächsten beiden Jahren werden für die Kindertagesbetreuung für Investitionen und laufende Aufwendungen 555 Mo. € zur Verfügung stehen.</p> <p>Bis 2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.</p> <p>Außerdem werden im Doppelhaushalt über 630 Mio. € in Schulen fließen. Zentrale Punkte sind Schulsanierungen, die Schaffung von zehn Ganztageschulen und der Ausbau von Schülerhäusern.</p> <p>Darüber hinaus hat der Gemeinderat im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 2,4 Mio. € für Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen bewilligt. Dabei liegt ein Schwerpunkt darin, die Personalsituation in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Auch der gesetzliche Mindestpersonalschlüssel in Kindertageseinrichtungen wurde erhöht. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt deshalb für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.</p>

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
42	287	Busbahnhof soll beim Hauptbahnhof bleiben	<p>Sollte Stuttgart 21 verwirklicht werden, so wird es beim Hauptbahnhof nach den jetzigen Plänen keinen Busbahnhof für Reisebusse mehr geben. Völlig unverständlich: der Hauptbahnhof ist ein Verkehrsknotenpunkt - Ankunft, Abfahrt, Umsteigen. Zum Umsteigen gehört auch die Verbindung Bahn - Reisebus.</p> <p>Es ist ein Schildbürgerstreich, wenn man den Reisenden dieses Umsteigen erschwert, in dem der neue Busbahnhof vom Hauptbahnhof weit entfernt liegt. Am fehlenden Platz kann es nicht liegen, denn bei Stuttgart 21 gewinnt man ja bekanntlich viele neue Flächen durch den Wegfall der Gleisanlagen. Also heißt dies: der Busbahnhof muss beim Hauptbahnhof bleiben - ob neuer Tiefbahnhof oder ertüchtigter Kopfbahnhof.</p>		vom GR nicht beantragt	
43	93	Mehrjährige Pflanzen in öffentlichen Grünflächen einsetzen	Viele öffentliche Grünflächen werden mehrfach jährlich komplett neu bepflanzt. Mit einer differenzierten Ganzjahresbepflanzung und nur teilweisem Einsetzen von einjährigen Pflanzen kann man ebenso bunte ordentlich begrünte Flächen schaffen. Kein Garteneigentümer wechselt jährlich alle seine Pflanzen.		vom GR nicht beantragt	
44	449	Eigener Tarifvertrag für das Personal in Stuttgarter Kitas	<p>Da die pädagogische Qualität, das Niveau der Bildungskonzepte und die Anforderungen an Erzieherinnen in Stuttgart im Bundesvergleich mit die höchsten sind, muss sich das auch in der Bezahlung niederschlagen.</p> <p>Ein Nebenschauplatz ist die Frage, wie Stuttgart die erforderlichen Erzieherinnen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung bis 2013 aufbringen soll. Männer in Kitas werden gewünscht, auch das hat mit der Bezahlung zu tun. Was hindert den Gemeinderat an einem eigenen Tarifvertrag für Stuttgart?</p>		vom GR nicht beantragt	



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
45	416	Personal für Kindergärten und -tagesstätten	Der Personalschlüssel aller Kindergärten, Kindertageseinrichtungen, Kinderhorte und sonstiger Einrichtungen, die es Kinder ermöglicht, den Tag sinnvoll und unter Obhut zu verbringen, soll drastisch erhöht werden.		bereits umgesetzt	Der gesetzliche Mindestpersonalschlüssel in Kindertageseinrichtungen wurde erhöht. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.
46	131	Berücksichtigung der Radfahrer bei allen neuen Straßenbaustellen	<p>Es sollten grundsätzlich nur noch Bauarbeiten an den Straßen durchgeführt werden, wenn sich dabei auch die Situation für die Radfahrer verbessert. Leider sind in letzter Zeit etliche Projekte der VVS und Stadtverwaltung durchgeführt worden, bei denen die Belange der Radfahrer komplett übergangen wurden.</p> <p>Es sollte in der Bauverwaltung die Regel gelten, dass bei allen Änderungen im Straßenbild etwas für den Radverkehr getan werden muss. Zum Beispiel Aufstellflächen vor den Ampeln wenn eine Kreuzung umgebaut wird, einrichten von Radstreifen beim neu Asphaltieren der Straße, Einfädel und Links-Abbiege-Spuren für Radler, abgesenkte Bordsteine bei Radwegen und so weiter. Wenn über die nächsten 20 Jahre hier konsequent gearbeitet wird, kann langfristig ein leistungsfähiges Radwegnetz entstehen, ohne das es aufwändiger Umbauten bedarf.</p>		vom GR nicht beantragt	
47	157	Mehr Kreisverkehre statt Ampeln	Man könnte sehr viel Geld für Ampeln, Induktionsschleifen und ähnliches sparen, wenn man mehr Kreisverkehre in der Stadt bauen würde! Gerade an Kreuzungen wie am Hauptbahnhof oder sogar am Pragsattel wäre mit einem großen Kreisverkehr viel an Einsparpotential durch wegfallende Ampeln aber auch durch einen viel besseren Verkehrsfluss zu gewinnen! In einem Kreisverkehr fließt der Verkehr fast immer, während die vielen kleinen und größeren Ampeln immer nur nervenaufreibend sind und mehr Staus als nötig verursachen.	CDU 446, SPD 519, Fr. Wähler; FDP 577, Fr. Wähler 606, Fr. Wähler 607, FDP 679	GR stimmt zu	Die Anzahl der Kreisverkehrsplätze in Stuttgart erhöht sich kontinuierlich. Inzwischen gibt es im gesamten Stadtgebiet 54 Kreisverkehrsplätze, wovon allein in den letzten 3 Jahren 14 hinzugekommen sind. Im Zuge von Straßenumgestaltungen durch Stadtbahn- Baumaßnahmen sollen in den nächsten drei Jahren nun mindestens 6 neue Kreisverkehre gebaut werden. Für den Doppelhaushalt 2012/2013 wurde zusätzlich Mittel in Höhe von 50.000 € für die Planung eines weiteren Kreisverkehrs beschlossen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
48	313	Mehr Chancen für den Radverkehr	Nicht nur die Topografie macht das Radeln in Stuttgart mühsam. Auch viele fehlende Radwege oder -streifen machen dem Radler einen Strich durch die Rechnung. Ein besserer Ausbau würde auch der in Stuttgart so hohe Feinstaubbelastung entgegenwirken.	Bü. 90/Grüne 383, Bü. 90/Grüne 390, CDU 460, SPD 518, Fr. Wähler 602, Fr. Wähler 603, Fr. Wähler 604	GR stimmt zu	Im Stadthaushalt stehen jährlich 866.000 € für den Radverkehr zur Verfügung. Für eine weitere Verbesserung des Radverkehrs wurden für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 1,5 Mio. € zusätzlich bewilligt.
49	223	Schnellere Umstellung der Diesel-Busse auf Elektro-Busse, Brennstoffzellen-Busse, Hybrid-Busse	Stuttgart hat die höchste Feinstaubbelastung. Um die Feinstaubbelastung bald deutlich zu senken, sollte der ÖPNV bei seinem Bus-Netz so schnell wie möglich und deutlicher wie bisher die Diesel-Busse durch Elektro-Busse, Brennstoffzellen-Busse (und evtl. für den Übergang noch durch Hybrid-Busse) ersetzen. Dies würde auch bei den Busherstellern in Baden-Württemberg die Notwendigkeit für die Großproduktion solcher umweltfreundlicher Busse - auch für den Export - erhöhen. Es wird endlich höchste Zeit, dass die bisherigen umweltschädlichen und lauten Verbrennungsmotoren in allen Fahrzeugen, die in Stuttgart fahren, durch umweltfreundliche Antriebe ersetzt werden.		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
50	533	Oben bleiben!	Der Bahnhof soll nicht unter die Erde verlegt werden, sondern oben bleiben.		vom GR nicht beantragt	An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.  Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.
51	116	Unbürokratische Bewilligung einer kulturellen Nutzung von Off-Locations	<p>Die Waggon am Nordbahnhof waren bis zu ihrem Abriss ein tolles Versuchslabor für die junge Kunst- und Kreativszene der Stadt Stuttgart, ein Projekt, das auch überregional und auch außerhalb der subkulturellen Szene wohlwollend wahrgenommen wurde.</p> <p>Die Künstler führen ihre Arbeit nun temporär in dem Projekt Jakob 17 (<a href="http://www.jakob17.com">www.jakob17.com</a>) fort und werden sich auch danach bestimmt wieder entsprechend engagieren.</p> <p>Anfang des Jahres führte auch die temporäre Nutzung des mittlerweile abgerissenen Gebäudekomplexes an der Marienstraße unter dem Titel "Utopia Parkway" (<a href="http://www.exp-edition.com">www.exp-edition.com</a>) zu spannenden künstlerischen Ergebnissen jenseits von Galerien und Museen. Junge Kunst- und Kulturschaffende konnten mit Installationen, performances und Ausstellungen zeigen, was sich in Stuttgart neben den ausgetretenen Pfaden noch so tut.</p> <p>Trotzdem ist es für Projekte dieser Art immer noch ein schwerer Gang durch die behördlichen Instanzen, um so eine Zwischennutzung genehmigt zu bekommen. Die Schaffung eines Ansprechpartners für interessierte Künstler würde hier eine große Erleichterung schaffen.</p>	Bü. 90/Grüne 411	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für die Einrichtung eines Leerstands- und Zwischennutzungsmanagements bei der Abteilung Wirtschaftsförderung des Bürgermeisteramts die Schaffung einer 0,5-Stelle beschlossen. Hierfür stellt die Stadt pro Jahr 39.800 € zur Verfügung. So können künftig auch interessierte Künstler bei der Bewilligung einer kulturellen Nutzung von so genannten „Off-Locations“ und beim „Gang durch die behördlichen Instanzen“ unterstützt werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Z.B:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung eines Angebots-Pools: Wo gibt es geeignete Räume für eine temporäre Nutzung?</li> <li>- Unter welchen Bedingungen können diese bespielt werden?</li> <li>- Wie lange können diese genutzt werden und zu welchem Zweck?</li> <li>- etc.</li> </ul> <p>Von so einem Angebot könnten nicht nur wenige Künstler, sondern auch die gesamte Kunstszene der Stadt profitieren, inklusive imagebildender Außenwirkung. Gleiches gilt natürlich auch für temporäre Gastronomie- oder Club/Party-Projekte, Theaternutzung usw.</p>			
52	1524	S21 sparen	<p>Nachdem nun mehrfach bekannt geworden ist, dass unter anderem die Stadt Stuttgart bei dem Beschluss für S21 mit falschen Zahlen getäuscht worden ist, soll das Projekt nicht mehr durch Gelder der Stadt weiter unterstützt werden. Die vertraglichen Verpflichtungen bestehen aufgrund der Täuschung auch nicht mehr.</p>	SÖS/Linke 714	GR lehnt ab	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.</p> <p>Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.</p>
53	356	Fuhrparkkosten einsparen	<p>Ganz besonders beachtenswert finde ich die Aussage von Herrn Ministerpräsident Kretschmann in der Presse, künftig die Dienstwagengröße zu reduzieren. Auch dem OB-Fuhrpark würde etwas mehr Bescheidenheit gut zu Gesichte stehen.</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
54	660	Private Begrünung von öffentlichen kleinen Grünflächen (Bauminseln usw.) explizit erlauben	<p>Im öffentlichen Raum gibt es eine riesige Anzahl kleiner öffentlicher Grünbereiche, wie Bauminseln, Rasenstreifen, Kreisverkehrsin-seln und anderes, die von der Stadt nicht bepflanzt und gepflegt werden. Hierdurch trocknen die Flächen schnell aus und entwickeln sich über kurz oder lang zu öffentlichen Mülleimern.</p> <p>Würde die Landeshauptstadt Stuttgart diese Flächen ausdrücklich zur privaten Bepflanzung und Pflege durch die Anwohner freigeben, hätte dies in vielerlei Hinsicht einen Vorteil:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Anwohner identifizieren sich mit "ihrer" Pflanz-Fläche, viele Menschen haben in der Innenstadt nicht einmal einen Balkon</li> <li>2. Die Anwohner können kreativ ihre Vorstellungen einbringen</li> <li>3. Die Flächen vermüllen nicht so stark, wenn sie gepflegt sind und werden hoffentlich nicht als "Hundeklo" missbraucht</li> <li>4. Die Stadt spart eine Menge Geld für Anpflanzungen und Pflege der Kleinflächen</li> <li>5. Die Stadt wird vielfältiger und bunter</li> </ol> <p>Das gibt es in England schon länger und wird mit großem Erfolg praktiziert; hat sich aus dem Guerilla Gardening entwickelt (<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Guerilla_Gardening">http://de.wikipedia.org/wiki/Guerilla_Gardening</a>)</p>		bereits teilweise umgesetzt	Es gibt bereits rund 500 Patenschaften für die Pflege von kleinen Grünflächen, Bäumen, ect.. Diese Patenschaften finden auf Grundlage von geregelten Absprachen statt.
55	746	Privilegien begrenzen	<p>Der Stuttgarter Gemeinderat genießt einige Privilegien, die zu hinterfragen sind. So können die Gemeinderäte zum Beispiel kostenlos oder gegen ein geringeres Entgelt Aufführungen der Stuttgarter Staatstheater besuchen. Dieses Privileg halte ich jedenfalls insoweit für anachronistisch, als auch Gemeinderäte davon profitieren, die - zum Beispiel im Kulturausschuss oder dergleichen - nicht unmittelbar für die Staatstheater Verantwortung tragen. Durch Abschaffung eines Teils der "Freiplätze" könnten also Mittel gespart oder Einnahmen erhöht werden.</p>		vom GR nicht beantragt	Freikarten sollen es den Gemeinderäten, die über die finanziellen Belange entscheiden, ermöglichen, sich ein Bild über die Arbeit der geförderten Institutionen machen zu können. Von den angebotenen Freikarten wird nur in einem sehr geringen Umfang Gebrauch gemacht. Darüber hinaus haben sich die Gemeinderäte durch eine Ehrenordnung verpflichtet, dem Oberbürgermeisters Freikarten anzuzeigen, wenn sie nicht unmittelbar mit ihrer Funktion im Zusammenhang stehen und einen Wert von 50 € überschreiten.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
56	282	Stärkere Reduzierung der Taubenpopulation	Bisher versucht die Stadt durch den Austausch von Eiern in den extra aufgestellten Taubenschlägen die Population einzudämmen. Die Reduzierung der Taubenpopulation sollte durch Aufstellung weiterer Taubenschläge und Ausweitung der bisher eingeleiteten Maßnahmen deutlich verstärkt werden.	Bü. 90/Grüne 403, CDU 453, SPD 520	GR stimmt zu	Für die Reduzierung der Taubenpopulation stellt die Stadt im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich 115.000 € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln sollen Standorte für neue Taubenobjekte (=Taubenschläge oder Taubentürme) gesucht und verwirklicht werden. Es können voraussichtlich 2-3 neue Taubenobjekte geschaffen werden.
57	924	Betriebszeit der Stadtbahn verlängern	Die Stadtbahnen sollten noch Anschluss auf die letzten Züge im Hauptbahnhof haben und morgens die ersten wichtigen Züge erreichen. Außerdem entspricht zwischen Betriebsschluss und -beginn nicht mehr den Lebensgewohnheiten vieler Menschen.	FDP 645	wird nicht umgesetzt	Die SSB gestaltet das Angebot im Spät- und Frühverkehr in Abhängigkeit der Fahrgastnachfrage. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden regelmäßig Anpassungen an sich verändernde Lebensgewohnheiten umgesetzt. Eine umfassende Verlängerung der Betriebszeit oder Taktverdichtung in den Abendstunden ist aufgrund der daraus resultierenden hohen zusätzlichen Betriebskosten mit den der SSB zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln derzeit nicht zu realisieren.
58	196	Die Kürzung der Zuschüsse für Privatschulen muss zurückgenommen werden.	Es darf nicht sein, dass staatliche und private Schulen gegeneinander ausgespielt werden.	Fr. Wähler 625	wird nicht umgesetzt	Trotz der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung reduzierten Zuschüsse liegt die Landeshauptstadt Stuttgart bei der freiwilligen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft an der Spitze in Baden-Württemberg. Nach dem Privatschulgesetz ist das Land für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zuständig.  Der Antrag auf Rücknahme der Kürzung der Zuschüsse für freie Träger wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgezogen.
59	286	Prioritätenverschiebung bei den Infrastrukturmaßnahmen zu Gunsten für Busses und Bahnen	Laut Informationsbroschüre zum Bürgerhaushalt gibt die Stadt Stuttgart 2010/2011 rund 62 Millionen für Straßenverkehrsprojekte und 23 Millionen für den Busse und Bahnen (ÖPNV) aus.  Beim ÖPNV nicht berücksichtigt sind dabei jedoch mittelbare Einsparungen, die durch die		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Nutzung des ÖPNV entstehen (Geringerer Straßenbedarf, Luftreinhaltung etc.).</p> <p>Der ÖPNV in Stuttgart gehört zu den am besten ausgebauten aber leider auch zu den teuersten in Deutschland (zum Beispiel Platz 95 von 100 im Ranking der insm; <a href="http://www.insm-fahrtkostenranking.de/ranking_oePNV.html">http://www.insm-fahrtkostenranking.de/ranking_oePNV.html</a>).</p> <p>Dabei ist es aber nicht die Aufgabe eines ÖPNV kostendeckend zu arbeiten. Vielmehr hat der ÖPNV die Aufgabe, zu einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung bei zu tragen.</p> <p>Neben allgemein bekannten Argumenten für eine Stärkung des ÖPNV kann im Falle Stuttgarts so die seit Jahren angestrebte Reduktion der Feinstaubwerte unterstützt werden, sowie die Lebensqualität (nicht nur) der Anwohner an den Hauptverkehrsweisen gesteigert werden. Dies kann vor allem durch attraktivere (also günstigere) Preise realisiert werden.</p> <p>Die Stadt Stuttgart verfolgt bisher eine andere Strategie: Während der ÖPNV beinahe kostendeckend arbeitet, werden Millionen in einen Ausbau der Auto-Infrastruktur gesteckt (<a href="https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/broschuere/47">https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/broschuere/47</a>). So ist eine Stärkung der Schiene zu Gunsten der Straße im Pendelverkehr nicht zu realisieren.</p> <p>Ich plädiere also dafür, die Ausgaben im Bereich der Straßenverkehrsplanung zu reduzieren und dafür die Ausgaben im Bereich des ÖPNV zu erhöhen.</p>			

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
60	96	Fahrradwege zusätzlich zu Straßen	Fahrradwege zusätzlich zu den Straßen anlegen. Fahrradfahrer sollten eigene Wege haben, da es für sie zu gefährlich ist, auf den Straßen zu fahren. Radfahrende nutzen heute oft die Bürgersteige und gefährden damit die Fußgänger, speziell ältere, die der Gefahr nicht so schnell ausweichen können.	Bü. 90/Grüne 383, Bü. 90/Grüne 390, CDU 460, SPD 518, Fr. Wähler 602, Fr. Wähler 603, Fr. Wähler 604	GR stimmt zu	Im Stadthaushalt stehen jährlich 866.000 € für den Radverkehr zur Verfügung. Für eine weitere Verbesserung des Radverkehrs wurden für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 1,5 Mio. € zusätzlich bewilligt.
61	88	Planauslagen bei Bebauungsplänen	Planauslagen bei Bebauungsplänen könnten zukünftig auch im Internet eingestellt werden. Die Pläne dürften heutzutage ohnehin größtenteils digital vorliegen, müssten also nur hochgeladen oder freigegeben werden. Dies würde die bisherige antiquierte Praxis bürgerfreundlicher gestalten.		bereits umgesetzt	Öffentliche Planauslagen von Bebauungsplanentwürfen werden bereits seit einiger Zeit ins Internet eingestellt. Unter <a href="http://www.stuttgart.de/oeffentlichkeitsbeteiligung">www.stuttgart.de/oeffentlichkeitsbeteiligung</a> können die entsprechenden Unterlagen abgerufen werden.
62	329	Umstellung auf freie Software	Die Stadt gibt jährlich gigantische Summen an Lizenzkosten für ihre PC- und Serversysteme aus, Tendenz steigend. An jedem PC-Arbeitsplatz werden Betriebssystem und Office-Paket von Microsoft eingekauft, eine Umstellung auf freie Software (linuxbasiertes Betriebssystem sowie OpenOffice) beherbergt daher gigantisches Sparpotenzial.	SÖS/Linke 715	wird umgesetzt	Der Einsatz von OpenSource-Software wird von Fall zu Fall geprüft. Er wird in der Regel immer dort erfolgen, wo eine Umstellung auf OpenSource-Lösungen deutliche wirtschaftliche Vorteile verspricht.



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
63	1235	Turmforum im Bahnhof	<p>Jährlich 300.000 Euro kann man einsparen, wenn die Stadt diesen jährlichen Zuschuss an die Bahn einstellt. Die Informationen die dort vermittelt werden, entsprechen oft nicht den Tatsachen, bei bezahlten Führungen sind Fragen unerwünscht und werden mit dem Satz: "Details gehören nicht hierher, darüber können Sie sich im Internet informieren".</p> <p>Die Schautafeln liefern Informationen, die nachweislich falsch sind: z.B. die Behauptung, der neue Bahnhof kann auf jegliche künstliche Belüftung verzichten. In der Planfeststellung wird von einem großen Gebäude in der Willy-Brandt-Straße gesprochen, in dem zehn große Ventilatoren den Bahnhof belüften.</p> <p>Ein weiteres Beispiel ist die Fahrzeitverkürzung durch Stuttgart 21 z.B. nach Paris um 30 Minuten. Wie soll ein Zug auf der 5 Kilometer langen Strecke bis Feuerbach (dort endet bekanntlich das Projekt Stuttgart 21) eine halbe Stunde Fahrzeit gewinnen? Hier wird unterschlagen, dass diese Fahrzeitverkürzung durch weitere Streckenabschnitte, die in Frankreich im Bau sind, erreicht wird und zwar lange bevor der neue Bahnhof fertig sein würde.</p> <p>Hier gibt die Stadt Stuttgart hohe Steuermittel zur Falschinformation der Bürger aus.</p>		vom GR nicht beantragt	
64	347	Bushaltestellen mit Solarstrom be- leuchten	In Stuttgart sollen alle Bushaltestellen mit Solarstrom beleuchtet werden. Dafür sollten die Bushaltestellen mit Solarzellen bestückt werden.		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
65	916	Straßenbeleuchtung auf moderne, energiesparende und langlebige LED-Technik (evtl. mit zusätzlicher Solarversorgung mit Pufferbatterie) umstellen.	<p>Straßenbeleuchtung sukzessive auf moderne, energiesparende und langlebige LED-Technik (eventuell mit zusätzlicher Solarversorgung mit Pufferbatterie) umstellen.</p> <p>Viele Straßenlampen arbeiten mit völlig veralteter Technik (30 Jahre oder älter) und brauchen viel Strom und haben einen hohen Wartungsaufwand (Lampen tauschen).</p> <p>Deshalb jedes Jahr einen gewissen Prozentsatz der veralteten Straßenbeleuchtung modernisieren. Dadurch ergeben sich Einspareffekte, die dann zum weiteren Austausch verwendet werden können. So erreicht man schon nach wenigen Jahren eine große Einsparung.</p> <p>Vorteile LED Technik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• geringer Stromverbrauch dank hoher Energieeffizienz (70–80 % Stromersparnis)</li> <li>• geringe Wartungskosten</li> <li>• lange Leuchtmittellebensdauer (50 000 Stunden)</li> <li>• helle, gleichmäßige Ausleuchtung</li> </ul> <p>Vorteile Solarversorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Verkabelungsarbeiten</li> <li>• keine Stromkosten</li> <li>• geringer Wartungsaufwand</li> <li>• umweltfreundlich</li> </ul>	SPD 513	GR lehnt ab	Die Fraktionen haben aufgrund der begrenzten Finanzmittel andere Prioritäten gesetzt. Daher wurden keine zusätzlichen Mittel für die Umwandlung der alten Straßenbeleuchtung (Quecksilberdampfanlagen) auf moderne, energiesparende LED-Technik beschlossen.
66	576	Bäume und Bänke für den Marienplatz	<p>Der Marienplatz, was für ein großer und langweiliger Platz ohne Erholungswert.</p> <p>Kann man hier nicht ein paar schöne Bäume pflanzen, ein paar Bänke darunter stellen und den Spielplatz etwas ausweiten. Schaut mal bei den Südländern vorbei und lasst euch inspirieren Wasser, Blumen, Bäume, mehr Spielfläche, Boccia, ne Skulptur wäre doch perfekt in Kombination mit der neuen Eisdielen und jetzt, Steine, Beton, Glas, Metall und eine riesige leere Fläche und nirgendwo kann man sitzen.</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Übrigens, das gleiche gilt für noch weitere Plätze in Stuttgart welche genauso fantasielos gestaltet sind. Gebt der Stadt mehr Flair!			
67	169	Wertstoffsammlung	<p>Fast alle Elektrogeräte müssen mittlerweile in Wertstoffzentren abgegeben werden. Für Berufstätige und auch für ältere Leute dürfte das nicht immer einfach sein, so dass immer mehr (funktionsfähige und nicht funktionsfähige) Geräte in Kellern und Abstellräumen landen.</p> <p>Eine Sammlung dieser Materialien ein- oder zweimal im Jahr würde nicht nur die Häuser entlasten, sondern auch Wertstoffe "freisetzen". Vielleicht wäre sogar eine Trennung in "funktionsfähig" und "defekt" möglich. Die funktionsfähigen Geräte könnten zu kleinen Preisen an Interessierte abgegeben werden und damit neben den "Wertstoffen" zur Finanzierung der Aktion dienen.</p> <p>Vermutlich würden sich Betriebe finden (wie z.B. bei den Altkleidersammlungen), die eine solche Aktion organisieren würden, wenn sie für die Stadt nicht durchführbar ist.</p>		bereits teilweise umgesetzt	Im Rahmen der Sperrmüllabfuhr werden ein- oder zweimal im Jahr Elektro- und Elektronik-Altgeräte auf Abruf eingesammelt.
68	740	Kurzstrecke beim ÖPNV ausweiten	<p>Die Kurzstrecke mit dem bisherigen Tarif von 1 € ist ein gutes Angebot. Nur die Beschränkung auf drei Haltestellen ohne Umsteigen ist für Stuttgart nicht angemessen. Kurzstrecke heißt doch für eine kurze Fahrt, also z. B. innerhalb eines Stadtteils. Nun benötigt man aber für eine Fahrt innerhalb eines Stadtteils meist mehr als 3 Haltestellen: zum Beispiel hat Botnang 5 Haltestellen, Degerloch 5 Haltestellen, Feuerbach 7 Haltestellen. Noch ungünstiger ist die Beschränkung bei Busfahrten auf 3 Haltestellen - hier sind die Abstände zwischen den Haltestellen noch kürzer (vor allem im Vergleich zur Region außerhalb Stuttgarts). Auch der Ausschluss der S-Bahn ist für Stuttgart nicht verständlich.</p> <p>Mögliche Änderungen wären:</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>- Kurzstrecke ist eine Fahrt mit der S-Bahn zur nächsten Haltestelle, mit der U-Bahn bis zu 4 Haltestellen, mit dem Bus in Stuttgart (Zonen 10 und 20) bis zu 5 Haltestellen</p> <p>oder</p> <p>- Kurzstrecke ist eine Fahrt mit U-Bahn oder Bus bis zu 4 Haltestellen mit Umsteigen oder eine Fahrt mit der S-Bahn zur nächsten Haltestelle.</p> <p>- Sollte kurzfristig eine Änderung nicht möglich sein, sollte auf jeden Fall die Vorschrift "ohne Umsteigen" wegfallen (wäre sogar kostenneutral). Wieso sollte es nicht erlaubt sein, 2 Haltestellen mit dem Bus und 1 Haltestelle mit der U-Bahn als Kurzstrecke zu fahren?</p>			
69	94	Förderung der freien Kulturszene	<p>Neben Staatstheater, Philharmonikern und SWR hat Stuttgart jede Menge kleinere, nicht dauerhaft öffentlich geförderte Kulturbetriebe, zum Beispiel Kulturcafé Merlin, Laboratorium, die jährlich neu ihre (geringen) Fördergelder beantragen müssen und sich nur durch viele ehrenamtliche Mitarbeiter tragen können.</p> <p>Diese Kulturbetriebe ermöglichen eine Vielfalt der Szene, die zur Lebendigkeit und Attraktivität der Stadt beiträgt. Das gilt es zu schützen und zu erhalten durch ein gerechteres System der Kulturförderung!</p>	Bü. 90/Grüne 411, SPD 538	wird später entschieden	<p>Mittel von jährlich 90.000 € zur dauerhaften Aufstockung des Innovationsfonds Theater wurden formal beschlossen und stehen ab 2012 zur Verfügung. Weitere Mittel für die Koordination und Öffentlichkeitsarbeit konnten in Höhe von 10.000 € umgesetzt werden. Darüber hinaus zusätzlich erforderliche Mittel von 80.000 € müssten ggf. aus dem vom Gemeinderat beschlossenen zusätzlichen Budget Kulturförderung in Höhe von 400.000 € bereitgestellt werden, über dessen Verteilung aber noch nicht entschieden wurde.</p> <p>Grundsätzlich gilt, dass die Budgetierung für die Institutionellen Förderungen alle zwei Jahre im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt der Stadt Stuttgart festgelegt und beschlossen wird. Daher ist es nicht erforderlich, in jedem Jahr neu eine Entscheidung über die generelle Förderung und die Fördersumme herbeizuführen. Hierdurch wird den Einrichtungen eine finanzielle Planungssicherheit garantiert, die für ihre Arbeit essentiell ist.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
70	512	Mehr Transparenz und weniger Filz	Die Gemeinderäte sowie Bürgermeister werden verpflichtet sämtliche Nebentätigkeiten sowie Mitgliedschaften in Vorständen, Aufsichtsräten, Stiftungen und Verbänden zu veröffentlichen, unter anderem auf der Homepage der Stadt Stuttgart.		vom GR nicht beantragt	Eine allgemeine Verpflichtung zur Veröffentlichung von Nebentätigkeiten für die Gemeinderäte und Bürgermeister gibt es bei der Stadt Stuttgart nicht. Eine solche Verpflichtung ist rechtlich teilweise auch nicht zulässig. Die Mitglieder des Gemeinderats haben sich jedoch eine Ehrenordnung gegeben, in der geregelt ist, dass insbesondere auch Nebentätigkeiten dem Oberbürgermeister jährlich angezeigt werden sollen.
71	337	Stuttgart soll Strom mittels Solaranlagen selbst produzieren	Stuttgart hat viele Bereiche wo Solaranlagen aufgestellt und Strom produziert werden könnte. Dann muss der Strom nicht weit weg gekauft und über Leitungen weit transportiert werden. Es müsste dann nicht bei jeder Gebäudesanierung eine Solaranlage auf dem Dach montiert werden.		vom GR nicht beantragt	
72	234	Car-Sharing-Stellplätze bereitstellen	Car-Sharing (Stadtmobil Stuttgart) funktioniert hervorragend. Für dieses intelligente Modell sollten seitens der Stadt Stellplätze in der Innenstadt bereit gestellt werden. Ich nutze "Stadtmobil Stuttgart" seit 6 Jahren und kann es nur empfehlen!		vom GR nicht beantragt	
73	626	Großprojekte mit den Bürgern planen	Nach den schrecklichen Erfahrungen mit unserem Bahnhof wünsche ich mir, dass Großprojekte nur noch in Abstimmung mit dem Bürger geplant werden, transparent und fair und ohne Vetterleswirtschaft.		wird teilweise umgesetzt	Für die Beteiligung der Bürger an städtebaulichen Planungen wurden zusätzlich jährlich 50.000 € zur Verfügung gestellt. Ergänzend können z.B. eintägige Workshops wie für das Schoch-Areal aus den hierfür bereitgestellten Planungsmitteln finanziert werden.
74	731	Kostenloses Fahren mit der SSB für Kitagruppen und deren Betreuer	Bildung im Vorschulbereich heisst, die Kita verlassen und auch die Bildungsangebote und kulturellen Angebote der Stadt nutzen! Mache ich mit meiner Kita - Gruppe nur 5 Ausflüge pro Monat, bei denen die Erzieherinnen keine SSB-Monatstickets haben, ist bereits mein halbes zur Verfügung stehendes Geld für einen Monat aufgebraucht, wenn die Erzieherinnen Fahrkarten brauchen! Der Besuch in öffentlichen Hallenbädern ist kostenlos, ist kostenloses Fahren mit der SSB möglich?		bereits teilweise umgesetzt	Generell gilt deutschlandweit im ÖPNV, dass Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres kostenfrei befördert werden. Zudem hat der VVS vor einigen Jahren die Regelung eingeführt, wonach Kindergartengruppen generell kostenfrei fahren dürfen, ausgenommen Erzieher/innen und Begleitpersonen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
75	765	Waffensteuer	<p>Die Stadt Stuttgart führt eine allgemeine Waffensteuer ein. Ausnahmen und Sonderregelungen sind nur dann zu berücksichtigen, wenn diese durch andere Gesetze erzwungen werden.</p> <p>Die Bemühung, nach dem Amoklauf von Winnenden die Zahl der Waffen durch eine Steuer zu reduzieren, wurde leider fallen gelassen. Das war eine falsche Entscheidung, obwohl OB Schuster folgenden Satz gegenüber der Presse äußerte: "Unser erstes Anliegen nach dem Amoklauf von Winnenden ist es, die Zahl der Waffen zu reduzieren, denn jede Waffe weniger ist ein Mehr an Sicherheit."</p> <p>Schusswaffen sind eine ständige Bedrohung für die Menschen. Die Zahl der Kontrollen sind bedingt durch zu wenig Personal leider viel zu gering, Verstöße eher die Regel als die Ausnahme. Ein Gutachten des Städtetags von Baden-Württemberg hat die Zulässigkeit dieser neuen Steuer bestätigt. Jedes Jahr sind zusätzliche Einnahmen von mindestens 1,5 Millionen Euro zu erwarten.</p>	SÖS/Linke 710	wird nicht umgesetzt	<p>Unter Berücksichtigung der rechtlich gebotenen Befreiungstatbestände bei der Einführung der Waffenbesitzsteuer steht der mit der Erhebung der Steuer verbundene Verwaltungsaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zum Steuerertrag. Deshalb hat der Gemeinderat 2010 von der Einführung einer Waffenbesitzsteuer abgesehen. An dieser Sachlage hat sich bis heute nichts geändert.</p> <p>Das Ziel einer Verringerung von Schusswaffen bleibt aber bestehen. Dazu wurden vom Gemeinderat verbesserte Kontrollen und Gebührenerhöhungen nach dem Waffengesetz beschlossen.</p>
76	838	Keine Prestigeprojekte bauen solange Verschuldung zu hoch	Dringende Sanierungsprojekte haben Vorrang vor teuren Prestige-Projekten		vom GR nicht beantragt	
77	459	Attraktivität des Marienplatzes erhöhen	Der trotz neuer Eisdielen nach wie vor wenig attraktive Marienplatz könnte durch einen Wochenmarkt belebt werden. Meines Wissens hat der Stadtteil einen hohen Prozentsatz an Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Es läge von daher nahe, einen Markt ähnlich dem sogenannten Türkenmarkt am Maybachufer in Berlin zu versuchen. Dort gibt es viele - aber nicht ausschließlich - türkischstämmige Standbesucher. Der dortige Markt ist eine Attraktion sowohl für Einheimische als auch Touristen. Kosten, etwa für die Reinigung des Platzes nach Marktende, dürften wohl durch die Standgebühren neutralisiert werden. Eine zusätzliche		bereits umgesetzt	Im Stuttgarter Stadtgebiet werden aktuell 27 Wochenmärkte abgehalten. Einer hiervon ist der 2011 erstmals auf dem Marienplatz wöchentlich, mittwochs durchgeführte Markt. Da hier nicht nur die Waren einer Region angeboten werden, sondern lokale, wie auch nationale und internationale Spezialitäten, kann ein breites Publikum mit dessen vielfältigen Nachfragen angesprochen werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			(Lärm-)Belästigung der Anwohner steht auch nicht zu befürchten, da der Wochenmarkt ja nicht in den Abendstunden stattfindet.			
78	134	Mülleimer und Toiletten an Spielplätzen	Um Wildpinkeln und eine zunehmende Vermüllung der Spielplätze im gesamten Stadtgebiet zu vermeiden, sollten die Spielplätze mit mehr Mülleimern und auch mit Toilettenhäuschen (auch mit Bezahlung) ausgestattet werden.		vom GR nicht beantragt	
79	186	1. Energetische Schulhaussanierung	<p>Es besteht die Gefahr, dass im Rahmen des Abbaus des Sanierungsstaus an den Schulen die dringend notwendige energetische Sanierung vernachlässigt wird. Es ist beispielsweise zu beobachten, dass ein undichtes Flachdach mit großem Aufwand und hoher Dämmung saniert wird – nicht jedoch die Fassade des Gebäudes gedämmt wird. So sind Folgebauschäden (Schimmelbildung) vorprogrammiert.</p> <p>Alle Schulen, bei denen größere Sanierungsmaßnahmen anstehen, sollten im Rahmen dieser Sanierung energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Eine energetische Schulhaussanierung aller Schulgebäude sollte bis 2017 abgeschlossen sein – ganz im Sinne der Ziele des Klimaschutzabkommens bis 2020.</p>	SPD 516, SÖS/Linke 724	wird umgesetzt	Bei den Schulhaussanierungen werden grundsätzlich die energetischen Standards entsprechend der gültigen Energieeinsparverordnung beachtet. Der beauftragte Gutachter und das städtische Hochbauamt haben bei der Aufstellung des Maßnahmenkatalogs eine gesamtheitliche Betrachtung zugrunde gelegt. Dadurch ist gewährleistet, dass alle notwendigen Maßnahmen an einem Gebäude zeitnah umgesetzt und dadurch unter anderem Folgeschäden durch unvollständige Sanierung vermieden werden.
80	203	Villa Berg als kultureller Veranstaltungsort	Villa Berg wieder zugänglich für die Bürger als Treffpunkt und Veranstaltungsort.		vom GR nicht beantragt	
81	404	Bad Berg	<p>Das Bad Berg muss bis auf kleine Ausbesserungen so bleiben, wie es ist.</p> <p>Statt Abriss und Angleichung an das nebengelegene Leuze sollte mehr mit dem spezifischen Reiz des Areals geworben werden. So ein Kleinod gibt es nur selten in Deutschland. Durch mehr Werbung könnten eventuell Erhalt oder gar steigende Umsätze erreicht werden.</p>	SPD 544	GR lehnt ab	Verwaltung und Gemeinderat haben angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Bereich der Sanierungsmaßnahmen andere Prioritäten gesetzt, so dass eine Sanierung und Modernisierung des Mineral-Bads Berg zunächst zurückgestellt werden muss. Zur Steigerung der Attraktivität des Bades wurde aber einem im Bürgerhaushalt vielfach geäußerten Wunsch nach Einführung eines Abendtarifs entsprochen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
82	392	Mineralbad Berg	Das Mineralbad Berg soll saniert werden, aber mit Erhalt des Innenschwimmbeckens und des Charmes der 50. Jahre. Nutzung ganzjährig, denn alle Schwimm- und Freibäder werde subventioniert, warum nicht das Berg?	SPD 544	GR lehnt ab	Verwaltung und Gemeinderat haben angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Bereich der Sanierungsmaßnahmen andere Prioritäten gesetzt, so dass eine Sanierung und Modernisierung des Mineralbads Berg zunächst zurückgestellt werden muss. Zur Steigerung der Attraktivität des Bades wurde aber einem im Bürgerhaushalt vielfach geäußerten Wunsch nach Einführung eines Abendtarifs entsprochen.
83	153	Oberirdische Stadtbahnstrecken begrünen und Strassenverkehr verringern	<p>Inspiriert von anderen Städten möchte ich anregen, die oberirdischen Strecken der Stadtbahn so weit wie möglich zu begrünen, also Rasengleise zu verwenden, entlang der Strecken Bäume und kleine Hecken (z.B. Buchs) zu pflanzen. Insbesondere in der Neckarstraße oder Heilbronner Straße ergäbe sich so eine deutliche Steigerung im Strassenbild und kleine Hecken und Bäume nah an den Fahrbahnen könnten auch viel vom Lärm auffangen.</p> <p>Außerdem ergäbe sich dadurch wertvolle innerstädtische Grünfläche, die gut für das Stadtklima sein könnte. Wenn man ganz mutig wäre, könnte man sogar die innerstädtischen Fahrspuren für Autos reduzieren und durch den beabsichtigten Rückbau mehr Platz und Lebensqualität für Fußgänger, Radfahrer und die Stadtbewohner insgesamt erzielen! Die Straßen und Quartiere könnten wieder lebendiger und weit attraktiver sein! Hohe, schlanke Bäume finden auch neben der Oberleitung Platz. Hecken gibt es unter anderem auch neben der Haltestelle "Löwentorbrücke". Das könnte man doch ausbauen. Insgesamt also meiner Meinung nach eine Ausgabe die sich für die Lebensqualität deutlich rechnet!</p>		vom GR nicht beantragt	



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
84	206	Energetisches Sanierungskonzept und Strategie für die gesamte Stadt	<p>Wir sind heute am Punkt der Energiewende. Einerseits ist es wichtig, auf die nachhaltige Energieerzeugung zu setzen. Andererseits ist es sehr wichtig vor allem Energie einzusparen. Neue Projekte werden generell energieeffizient gebaut. Allerdings ist der Großteil der Bestandsgebäude in Stuttgart mehr als 30 Jahre alt.</p> <p>Daher mein Vorschlag. Erarbeiten Sie ein Strategiepapier für die komplette energetische Sanierung jedes Gebäudes und Unternehmens.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.) Analyse des Bestandes</li> <li>2.) Machbarkeitsstudie bis 2022</li> <li>3.) Finanzierungsvorschlag wie Anreize geschaffen werden können, damit auch Privathaushalte mitmachen und es auch finanzieren können</li> <li>4.) Einsatz von energiesparenden Technologien wie LEDs für Straßenbeleuchtung</li> <li>5.) Ökobilanzierung der Stadt Stuttgart und Strategiepapier bis 2022.</li> </ol> <p>--&gt; Ziel sollte es sein, wenn wir 2022 den Atomkraft-Ausstieg umgesetzt haben, dass wir auch als Stadt Stuttgart auf einem baulich durchgängig energetischen niedrigem Stand sind. Das schafft Investitionen und Arbeitsplätze für die Zukunft für unsere Stadt.</p>	SPD 516	wird teilweise umgesetzt	Das städtische Klimaschutzkonzept sieht verschiedene Maßnahmen zur Energieeinsparung vor. Die Stadt führt auch ein Forschungsprojekt „Stadt mit Energieeffizienz -SEE Stuttgart“ durch, das die wesentlichen Punkte des Vorschlags umgesetzt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
85	257	Wiederherstellung des unkontrollierten Einstiegs in SSB-Busse am Tag	<p>Das Ziel muss sein, mehr Menschen zum Fahren mit dem ÖPNV zu bewegen, hier insbesondere von Bussen. Durch den Zwang zum Einstieg beim Fahrer zwecks Vorzeigen des Fahrausweises während der gesamten Betriebszeit wird die Pünktlichkeit der Busse vor allem im Berufsverkehr in der Innenstadt beeinträchtigt, die Bequemlichkeit der Nutzung durch die dominierenden (etwa 70 Prozent) Verbundpaßinhaber unter den Fahrgästen verringert und so letztlich die Fahrgastzahl gedrückt, und damit auch die Auslastung der Busse ohne nennenswerte Treibstoffeinsparung. Die Stadt muss so auch den ÖPNV, hier die SSB-Busse, wieder stärker bezuschussen und/oder die Fahrpreise stärker erhöhen, was zu noch niedrigeren Fahrgastzahlen bei dem ohnehin schon außerordentlich hohem Fahrpreisniveau in Stuttgart führt.</p> <p>Daher sollte die rückwärtsgewandte Maßnahme des allgemeinen Vorne-Einstiegs- und Fahrausweisvorzeigezwangs, die entgegen der allgemeinen, umgekehrten Entwicklung in anderen Städten erfolgt ist, zurück genommen werden.</p> <p>Es genügt völlig, ab und zu tagsüber einen Kontrolleur in Linienbussen mitfahren zu lassen. Gelegentliches Schwarzfahren in Bussen ist daher zu tolerieren, zumal die Betriebskosten von SSB-Bussen ohnehin niedriger sind als die von S- und U-Bahn. Wie bis Februar 2011 kann ab 21 Uhr bis Betriebsende wieder der Einstieg vorne vorgeschrieben bleiben, um keine Kontrolleure ab dieser wenig genutzten Zeit einsetzen zu müssen.</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
86	372	Polizei-Kennzeichnung	<p>Die Stadt Stuttgart setzt sich, im Rahmen ihrer Kompetenzen, für eine Anschaffung anonymisierter Kennzeichnungsmittel für Polizeibeamte ein. Hierbei kann es sich zum Beispiel um eindeutig nummerierte Armbinden oder ähnliche Erweiterung der Uniformen handeln.</p> <p>Diese Kennzeichen tragen die Beamte, wann immer sie in Gruppen auftreten, zum Beispiel bei Großveranstaltungen und Demonstrationen. Welcher Beamte welche Nummer trägt, wird jeweils vor dem Einsatz erfasst. So kann der Beamte im Bedarfsfall identifiziert werden, ohne dass pauschal Persönlichkeitsrechte verletzt werden.</p> <p>Dies würde dem Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit ungemein zuträglich sein, da so schwarze Schafe innerhalb der Polizei zum Beispiel auf Fotos und Videos identifizierbar wären. Somit gerät nicht die gesamte Polizei aufgrund von Verfehlungen einzelner in Verruf, und Kollegen werden es eher vermeiden die schwarzen Schafe zu decken.</p>		Stadt ist nicht zuständig	
87	1018	Stuttgarter Amtsblatt online stellen	Stuttgarter Amtsblatt online stellen, kostet nicht mehr und Alle Bürgerinnen haben die Möglichkeit sich zu informieren.	FDP 688	wird später entschieden	Im Zusammenhang mit den Überlegungen zu einem neuen Vertriebskonzept für das Stuttgarter Amtsblatt wird im Frühjahr 2012 darüber entschieden, ob das Amtsblatt online gestellt wird.
88	408	Stäffele sanieren	Die Stuttgarter Stäffele sind charakteristisch für unsere Stadt und ein wichtiger Teil der städtischen Infrastruktur. Ihr baulicher Zustand ist zum Teil katastrophal. Es wäre schön, wenn die größten Schäden zeitnah behoben werden könnten – bevor das ganze so teuer wird, dass es die ersten Sperrungen gibt.	Bü. 90/Grüne 379 CDU 455, SPD 518, Fr. Wähler 584, REP 805,	GR stimmt zu	Für die Sanierung der Stäffele wurden im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr zusätzlich 312.000 € für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen eingestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
89	397	Nachhaltiger Ausbau und Förderung des ÖPNV	Nachhaltiger Ausbau und Förderung des ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) Schiene- und Bus.	Bü. 90/Grüne 388	wird umgesetzt	Der Ausbau neuer Verkehrsangebote und die nachhaltige Förderung des ÖPNV wird auch in Zukunft mit hoher Priorität weiterverfolgt und die Maßnahmen der vergangenen Jahre wie der stetige Ausbau des Stadtbahnnetzes und die Ausweitung der Beschleunigungsmaßnahmen im Busverkehr konsequent fortgesetzt.
90	446	Aufbau der Schulsozialarbeit und der Betreuung	<p>An den Schulen müssen sowohl die Sozialarbeit als auch die Betreuung stark ausgebaut werden. An vielen Schulen gibt es nach wie vor weder vernünftige Einzelförderung noch Aufenthaltsräume für die Kinder, die stundeplanbedingt über Mittag dort bleiben müssen.</p> <p>Im Grundschulbereich ist ein Hortplatz immer noch wie ein Hauptgewinn. Das ist für Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind und die vorher einen Kitaplatz hatten, eigentlich eine Zumutung</p>	<p>SPD; CDU; Bü. 90/Grüne 377,</p> <p>Bü. 90/Grüne 397,</p> <p>CDU 427,</p> <p>SPD 528,</p> <p>Fr. Wähler 567,</p> <p>Fr. Wähler 571,</p> <p>FDP 641,</p> <p>FDP 646,</p> <p>SÖS/Linke 762,</p> <p>REP 788,</p>	GR stimmt zu	<p>Die Stadt stellt den Trägern der Schulsozialarbeit im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich Mittel in Höhe von 272.715 € pro Jahr zur Verfügung. Hiermit können 19,5 neue Stellen für die Schulsozialarbeit gefördert werden. Der zuständige Fachausschuss des Gemeinderates wird noch darüber entscheiden, welche Stuttgarter Schulen künftig eine verstärkte Förderung durch Schulsozialarbeiter erhalten sollen. Insgesamt werden somit 53,5 Vollzeitstellen für Sozialarbeit an Schulen gefördert (41 Stellen an allgemeinbildenden Schulen sowie 12,5 an beruflichen Schulen).</p> <p>Der Gemeinderat hat eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen beschlossen. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Die baulichen Maßnahmen mit Kosten von 6,48 Mio. € sollen im DHH 2012/2013 abgeschlossen werden. Für die Betriebskosten (insb. Betreuung) wurden 7,6 Mio. €/Jahr bereitgestellt.</p>
91	152	Erhöhung der Bußgelder für weggeworfenen Abfall	Die Bußgelder für weggeworfenen Abfall, angefangen von der Zigarettenkippe bis zum Möbelstück, werden entsprechend dem Beispiel der Stadt Meran in Südtirol drastisch erhöht, um damit eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Dadurch wird die Stadt sauberer und es werden gleichzeitig mehr Einnahmen erzielt.		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
92	189	Erhöhung der Schuletats	<p>Die Schuletats haben in der Vergangenheit mit der Entwicklung der Preise nicht Schritt gehalten, sondern waren im Gegenteil noch zusätzlich Sparverpflichtungen unterworfen. Folge ist sowohl überaltertes Schulmobiliar als auch abgenutztes Schulmaterial sowie nicht zeitgemäße technische Ausstattung. Es wird gefordert, dass die derzeitigen Etats deutlich erhöht werden, um Mobiliar, Inventar und Lern- und Lehrmittel auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen.</p> <p>Zukünftig muss der Schuletat in Höhe der jeweiligen amtlich festgestellten Inflationsrate automatisch angepasst werden. Es muss eine Ansparmöglichkeit für größere Anschaffungen geben. Zusätzlich braucht jede Lehrkraft einen Laptop oder jedes Klassenzimmer einen vernetzten PC, um die Nutzung zeitgemäßer Medien im Unterricht voranzutreiben. Das Ziel muss sein, bei der EDV-Ausstattung mindestens den Landesdurchschnitt zu erreichen. Die Unterhaltskosten für bereits gebaute Küchen oder Kantinen (durch IZBB) müssen bei der Höhe der Schuletats ebenfalls berücksichtigt werden.</p>	CDU 424, SPD 529	GR stimmt teilweise zu	<p>Wie schon bei früheren Haushaltssicherungskonzepten wurde der Schulbereich auch beim Haushaltssicherungskonzept 2009 von Einsparvorgaben ausgenommen. Vielmehr wurden die Budgets für Lern- und Lehrmittel im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aufgestockt, zuletzt um 530.000 € im Doppelhaushalt 2010/2011. Das Schulverwaltungsamt erhält außerdem im Rahmen der Priorisierung der vorhandenen Mittel für konkrete dringliche Maßnahmen zusätzliche Mittel, unter anderem für Energiekostensteigerungen, Gebäudereinigung und auch für Unterhaltungsmaßnahmen.</p> <p>Darüber hinaus wurden für die IT-Ausstattung der Schulen bis 2016 jährlich 307.000 € zur Verfügung gestellt. Für die dadurch erforderliche Netzwerkbetreuung wurden dauerhaft jährliche Folgekosten von 27.000 € zusätzlich bereitgestellt.</p>
93	237	Fahnen am Schloßplatz abbauen	Die Werbefahnen verschandeln den Schlossplatz, einen der schönsten Plätze Europas, in unwürdiger Weise. Auch das Kunstmuseum wird dadurch optisch beeinträchtigt. Es muss auch werbefreie Räume in einer Stadt geben. Bitte abbauen. Die Fahnenmasten können sicher an anderer, nicht störender Stelle eingesetzt werden und dadurch Einnahmen erzielt werden.		bereits umgesetzt	Die Fahnenmasten wurden bereits abgebaut.
94	588	Mehr Bäume in die Innenstadt	Eine Baumallee in der Schützenstrasse in Stuttgart fortführen bis kurz vor der Einmündung in die Werastrasse. Effekte: Durch mehr Grün bessere Luft in der ganzen Innenstadt und gleichzeitig ein Beitrag zur Verkehrsberuhigung im Viertel, da nicht mehr ganz so schnell gefahren wird.	Bü. 90/Grüne 380, SPD 517	wird später entschieden	Für ein Straßenbaumprogramm wurden für die Jahre 2012-2014 pauschal je 250.000 € pro Jahr. bereitgestellt. Wo tatsächlich Bäume gepflanzt werden können, ist zu einem späteren Zeitpunkt noch festzulegen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
95	192	Ganztagsschulen – Aufenthaltsräume und Betreuung	<p>Da immer mehr Kinder und Jugendliche – bedingt durch den Stundenplan – den ganzen Tag in der Schule sind, fordern wir den Ausbau von Ganztagsschulen. Eine funktionierende Ganztagsschule benötigt Lehrpersonal, entsprechend ausgebildetes und qualifiziertes Betreuungspersonal, geeignete Räumlichkeiten und gesunde Ernährung. Außerdem ist in diesem Zusammenhang der Ausbau der sportlichen Betätigungsmöglichkeiten an der Schule notwendig.</p> <p>Bis zur flächendeckenden Umsetzung der Ganztagsschule muss als Übergangslösung dafür gesorgt werden, dass für die Schülerinnen und Schüler, die zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht nicht nach Hause gehen können, angemessene Aufenthaltsräume und entsprechendes Betreuungspersonal zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die Grundschulkinder, die im Rahmen der „verlässlichen Grundschule“ betreut werden.</p> <p>Für Betreuungsangebote in der Schule muss die räumliche und personelle Ausstattung der regulären Horte der Maßstab sein.</p> <p>Der Ausbau der Betreuungsplätze für Schulkinder muss mit dem Ausbau der Kita-Plätze Schritt halten. Es darf keine Lücke in der Betreuung entstehen.</p> <p>Wir fordern, dass jede Familie überall in Stuttgart einheitliche Standards der Betreuung vorfindet. Um das zu gewährleisten, muss diese Betreuung unter einheitlicher Trägerschaft stattfinden.</p> <p>Bei Ganztagsschulen sollte es möglichst vor Ort an der Schule eine Ferienbetreuung geben, ansonsten einen garantierten Platz im Ferienwaldheim ohne zusätzliche finanzielle Belastung für die Eltern.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 394,</p> <p>CDU 420,</p> <p>SPD 527,</p> <p>FDP 641,</p> <p>SÖS/Linke 726,</p> <p>SÖS/Linke 764</p>	GR stimmt zu	<p>Im Doppelhaushalt 2012/2013 und der mittelfristigen Finanzplanung investiert die Landeshauptstadt Stuttgart 35 Mio. € für die Einrichtung von Ganztagesesschulen an acht Grund- und zwei weiterführenden Schulen. Die Stadt beabsichtigt, die Umsetzung voraussichtlich bis 2020 abzuschließen. Dies hängt auch von der Bereitstellung von Mitteln und Lehrern durch das Land ab. Für die laufenden Betriebskosten für die 10 Schulen wurden im Endausbau jährlich 8,692 Mio. € bereitgestellt.</p> <p>Bis alle Grundschulen in Ganztagesesschulen umgewandelt sind, strebt die Stadt als Zwischenlösung eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen an. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Hierzu wurden weitere Mittel für bauliche Maßnahmen in Höhe von 6,48 Mio. € und für Betriebskosten jährlich 7,6 Mio. € bereitgestellt.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
96	813	Feuersee	Bänke und Fußweg rund um den Feuersee sollten saniert werden, um eine Insel der Erholung entstehen zu lassen. Der Seegrund sollte so gerichtet werden, dass der Wasserspiegel wieder erhöht und die Seeoberfläche vergrößert werden kann. Entsprechende Frischwasserzugaben wie in andere Seen in Stuttgart könnten die Wasserqualität wieder so heben, dass auch die beliebten Schwäne wieder zu sehen sind.	Bü. 90/Grüne 385 CDU 457, SPD 514	GR stimmt zu	Der Feuersee soll saniert werden. Dafür werden im Jahr 2013 100.000 € und 2014 400.000 € zur Verfügung gestellt. Damit soll insbesondere die Schlammschicht am Seegrund entfernt werden und erste Maßnahmen zur Abdichtung des Seeufers durchgeführt werden. Darüber hinaus werden im Doppelhaushalt 2012/2013 120.000 € für die für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Feuersee zur Verfügung gestellt.
97	946	Wettautomaten in die Vergnügungssteuer einbeziehen	Immer mehr Gaststätten haben auch Wettautomaten. Da es sich hierbei auch um Glücksspiel dreht, sollten diese auch der Vergnügungssteuer unterliegen.	Bü. 90/Grüne 378 , SPD 566, SÖS/Linke 711	GR stimmt teilweise zu	Die Besteuerung von Wettautomaten wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. Allerdings hat der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Prüfung des Vorschlags die Besteuerung von Wettbüros beschlossen. Dabei wird von einem zusätzlichen Steueraufkommen von 0,6 Mio. € ausgegangen.
98	1191	24 Stunden- Betrieb von U-Bahnen, S- Bahnen und Bussen	In anderen Großstädten ist es schon lange an der Tagesordnung und ich denke, auch in Stuttgart wäre es sinnvoll, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel die ganze Nacht über genutzt werden könnten. Sicherlich kann hier nicht von Rentabilität gesprochen werden, allerdings von einer Serviceleistung der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) und des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) an die Kunden!  Der ÖPNV könnte ab einer gewissen Uhrzeit nur noch halbstündlich oder stündlich fahren, ich denke hier wäre so manchem geholfen! Die Nachtbusse am Wochenende sollten weiterhin eingesetzt werden.	FDP 645	wird nicht umgesetzt	Aufgrund der hohen zusätzlichen Betriebskosten eines durchgehenden Nachtverkehrs unter der Woche ist ein solches Angebot mit den der SSB zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln derzeit nicht zu realisieren.  Mit dem Nachtbusbetrieb an Donnerstagen werden seit Dezember 2011 Erfahrungswerte im Hinblick auf die Fahrgastresonanz gesammelt. Nach dem zweijährigen Probebetrieb kann dann eine Entscheidung zur Beibehaltung, Einstellung oder, unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden finanziellen Belastungen, Ausweitung des Nachtverkehrs getroffen werden.
99	811	Erhalt des Nordbahnhof-Areals als kreatives Kulturzentrum	Das Nordbahnhof-Areal sollte als kreatives Kulturzentrum erhalten bleiben (Wagenhallen/Jakob XVII/René Higuita) respektive ausgebaut werden - mit eventuellen Dependancen in anderen Stadtbezirken - Stuttgart braucht künstlerische Freiräume und die Stadt sollte so ein Projekt unterstützen		bereits umgesetzt	Der Mietvertrag wurde im Herbst 2010 um weitere fünf Jahre bis Ende 2015 verlängert. Außerdem wurden für bauliche Maßnahmen im Rahmen des Festivals "72 Hour Urban-action" 150.000 € bereitgestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			(weicher Standortfaktor mit enormer Breitenwirkung).			
100		Entwicklung eines Fahrradwegekonzeptes in der Innenstadt	Fahrradfahren in der Stuttgarter Innenstadt ist wie eine Fahrt zwischen Scylla und Charyptis. Richtung Osten kann man durch den Park: super Spaß bei Nacht (im Winter ab 17 h, also nach der Arbeit). In alle andere Richtungen kann man entweder illegal (aber sicher) auf dem Gehweg fahren oder sich mitten in den Feierabendverkehr auf den Hauptstraßen werfen. Fahrradwege nur kurz vor Kreuzungen wie zum Beispiel Am Neckartor sind wenig hilfreich.	Bü. 90/Grüne 383, Bü. 90/Grüne 390, SPD 518	wird umgesetzt	Das Radverkehrskonzept für das Stadtgebiet von Stuttgart sieht umfangreiche Maßnahmen für den Fahrradverkehr vor, die das Radfahren sicherer und attraktiver machen sollen.  Im Stadthaushalt stehen jährlich 866.000 € für den Radverkehr zur Verfügung. Für eine weitere Verbesserung des Radverkehrs wurden für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 1,5 Mio. € zusätzlich bewilligt.
101	230	Eindämmung der Leuchtreklamen zur Energieeinsparung, zur Vermeidung von Elektro-Smog und Reizüberflutung	Auch in Stuttgart ist die Strom-Verschwendung, die krankmachende Reizüberflutung und der gesundheitsschädliche Elektro-Smog durch ausufernde Werbung mit Leuchtreklamen und so weiter ein großes Problem.  Zudem zerstören die in allen Großstädten immer gleichen Leuchtreklamen von großen Firmen, Handelsketten usw. die Individualität einer Stadt.  Die Stadt Stuttgart hat deshalb dafür zu Sorgen, dass Leuchtreklamen auf das absolut notwendige Mass und deren Nutzungsdauer zur Energieeinsparung beschränkt werden.		vom GR nicht beantragt	



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
102	900	Verbessertes ÖPNV-Angebot in den Abendstunden	<p>Am späteren Abend fahren Busse nur noch im 30-Minutentakt. Welch ein Pech, wenn die Stadtbahn am Pragsattel mit ein wenig Verspätung ankommt und man sieht den Bus zum Burgholzhof nur noch von hinten. Wer so den Anschluss verpasst, hat fast eine halbe Stunde lang (Warte-)Zeit, um sich in Ruhe zu überlegen, ob er das nächste Mal nicht doch besser mit dem Auto fährt.</p> <p>Insbesondere in der Spätverkehrszeit können Hauptlastrichtungen definiert werden, auf die die Anschlussbeziehungen optimiert werden. Wer am späteren Abend ein eher abgelegenes Wohngebiet erreichen will, dem ist der Anschluss wichtiger als Fahrplantreue. Anschlusssicherungsfunktionen gehören inzwischen zu den wichtigsten Elementen jedes rechnergestützten Betriebsleitsystems. Ob Anschlüsse tatsächlich erreicht werden, muss wirksam überwacht werden.</p> <p>Am späteren Abend fahren die Busse im 30-Minutentakt und die Stadtbahnen passend dazu im 15-Minutentakt. Gegen 22.30 Uhr aber werden die Stadtbahnen ausgedünnt auf 20-Minutentakt. Pech für jeden, der anschließend noch einen Bus braucht, um nach Hause zu kommen: Die Takte passen nicht mehr. Nur noch ein einziges Mal in der Stunde ist ein guter Anschluss überhaupt möglich.</p> <p>Daher soll bei den Stadtbahnfahrplänen die Taktänderung vom 15- auf den 20-Minutentakt ab etwa 22.30 Uhr entfallen.</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
103	1015	Erhalt und Weiterfinanzierung der "AWO-Wohnbegleitung Paul-Lincke-Str. 8" in Botnang	<p>Erhalt und Weiterfinanzierung der "AWO-Wohnbegleitung Paul-Lincke-Str. 8" in Botnang</p> <p>Die Finanzierung der seit 1990 bestehenden Seniorenberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Stuttgart für die Bewohner des Hauses Paul-Lincke-Str. 8 läuft im Juni 2012 aus.</p> <p>In den kleinen Sozialwohnungen der SWSG leben vorwiegend über 60jährige Menschen aus ganz Stuttgart, mit kleiner Rente und/oder Grundsicherung im Alter und mit erhöhtem Hilfebedarf.</p> <p>2/3 der etwa 60 BewohnerInnen haben Migrationshintergrund und dadurch erhebliche Sprachprobleme und, wie die meisten anderen älteren Menschen im Haus, Verständnisschwierigkeiten bei der Erledigung von Anträgen und anderen schriftlichen oder telefonischen Sachverhalten (z. B. zu Problemen des Alterns, Behinderungen, Schulden, Suchterkrankungen).</p> <p>Die zugehende Sozialarbeit der AWO-Wohnbegleitung fördert durch Beratung direkt vor Ort und aktivierende Gruppenangebote im Familien- und Nachbarschaftszentrum FuN im Haus das Zusammenleben der 11 Nationalitäten, lindert Einsamkeit und bietet durch Vermittlung verschiedener Pflegedienste, Nachbarschaftshilfen und ehrenamtlichen Sprachhelfern aus Botnang und Stuttgart West den älteren Menschen die Voraussetzung dafür, möglichst lange selbständig in der eigenen Wohnung leben zu können (zur Zeit bis Pflegestufe III bzw. bis 95jährig).</p> <p>Dadurch werden öffentliche Mittel eingespart und hohe Pflegeheimkosten vermieden.</p> <p>Für dieses breitgefächerte Angebot ist weiterhin eine 50% Stelle für Sozialarbeit erforderlich.</p>	SPD 549, SÖS/Linke 740	wird geprüft	Die Möglichkeit einer Weiterführung der AWO-Wohnbegleitung wird im Aufsichtsrat der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) beraten. Dabei wird auch die Möglichkeit einer Umwandlung in ein betreutes Seniorenwohnen geprüft.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
104	909	Bei Bildung und Erziehung nicht kürzen	Frühkindliche Bildung ist sehr wichtig und dabei sollte ganz klar investiert werden, damit die Kindergärten und Kitas den Kindern ein Angebot anbieten können, wo die Potentiale gefördert werden können. Es ist eine Investition in die Zukunft. Guter Betreuungsschlüssel, Kreativprogramm, Ausflüge, Spielmaterialien, Internet, Computer und so weiter kosten alles Geld und sind wichtig um die Kinder zur Selbstständigkeit, Eigenständigkeit zu fördern. Daher sollte der Haushalt in jedem Fall keine Kürzungen beschließen!	SPD 529	GR stimmt zu	<p>Im Bereich Bildung und Erziehung ist im Doppelhaushalt 2012/2013 nicht gekürzt worden. Im Gegenteil, noch nie hat die Landeshauptstadt so viel in Bildung und Betreuung investiert: In den nächsten beiden Jahren werden für die Kindertagesbetreuung für Investitionen und laufende Aufwendungen 555 Mio. € zur Verfügung stehen.</p> <p>Bis 2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.</p> <p>Außerdem werden im Doppelhaushalt über 630 Mio. € in Schulen fließen. Zentrale Punkte sind Schulsanierungen, die Schaffung von zehn Ganztageschulen und der Ausbau von Schülerhäusern.</p>
105	188	Werbeplakate für AWS einsparen	Seit einiger Zeit läuft eine Imagekampagne für die Abfallbetriebe Stuttgart (AWS) mit Plakaten "Wir mögen die Orangen". Jedem Bürger dürfte bewusst sein, dass wir eine funktionierende Abfallentsorgung brauchen. Ob der Einzelne für die Orangen Sympathie empfindet oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Deswegen könnte man die Kosten der Plakataktion künftig einsparen.		vom GR nicht beantragt	
106	880	Kurzstrecke auch für Kinder	Warum gibt es keine Kurzstrecke für Kinder? Kinder zahlen den gleichen Preis wie Erwachsene. Das passt nicht zu einer Stadt, die sich kinderfreundlich nennt.		vom GR nicht beantragt	
107	846	Rauchverbot auf Spielplätzen	Auf allen Spielplätzen in Stuttgart sollte nicht geraucht werden dürfen. Zu den üblichen Argumenten wie der Gesundheitsgefährdung durch Passivrauchen, das auch unter freiem Himmel gegeben ist, kommt hier noch der Vorbildeffekt und die Verschmutzung durch weggeworfene Kippen dazu. Kleinkinder kön-	CDU 440	wird umgesetzt	Die Stadt wird 2012 eine Satzung für Grün- und Spielflächen erlassen, in der auch das Rauchverbot auf Spielplätzen geregelt sein wird.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			nen trotz guter Beaufsichtigung unbemerkt einen Kippe finden und essen, was eine sehr ernste Vergiftung zur Folge hat.  Daher bitte: Zigarettenfreie Spielplätze in Stuttgart			
108	674	Erzieherinnen in der Ausbildung anständig vergüten	Die Erzieherinnen in der Ausbildung bezahlen, damit man mehr Jugendliche für diese Arbeit anlocken kann. Wo gibt es in der heutigen Zeit noch so eine Ausbeutung?		bereits teilweise umgesetzt	Angehende Erzieherinnen erhalten bei der Stadt im Vorpraktikum, Zwischenpraktikum sowie im Anerkennungsjahr eine Vergütung.
109	549	Nacht über Stuttgart in der Nacht	Wie fast jede Großstadt ist auch Stuttgart in der Nacht ein heller Fleck vom Weltall aus gesehen. Wozu? Müssen wir im Weltall auf uns aufmerksam machen? Brauchen wir dies, um als moderne Großstadt zu gelten? Sicher nicht. Hier einige Vorschläge zur Reduzierung dieser Energieverschwendung: 1. Alle städtischen Lichtquellen, die erneuert werden müssen, werden so ausgerichtet, dass sie nur den gewünschten Gegenstand beleuchten und die Lichtstrahlen nicht nach oben gerichtet sind. 2. Alle städtischen Lichtquellen verbrauchen nur soviel Energie wie für Ihren Zweck notwendig ist. 3. Alle städtischen Lichtquellen, die unnötig sind, werden abgebaut oder nicht betrieben. 4. In Stuttgart werden Laserstrahlen, die nur der Werbung dienen, verboten. 5. Es gibt keine Genehmigungen mehr für großflächige Lichtreklamen oder Videoleinwände für Dauerbetrieb. 6. In einer Informationskampagne werden Hausbesitzer auf unnötige Außenbeleuchtungen hingewiesen. Zusammen mit weiteren Ideen erreichen wir damit für Stuttgart sicher eine Verringerung des Energieverbrauchs bei genügend Helligkeit für uns Erdenbewohner. Ein zweiter Effekt stellt sich zusätzlich ein: Wir sehen endlich wieder einen schönen Sternenhimmel über Stuttgart.		wird teilweise umgesetzt	Die Stadt Stuttgart investiert in die Modernisierung der Beleuchtung von Straßen und öffentlichen Plätze beispielsweise durch die Umgerüstet auf effiziente LED Leuchtmittel und auf Leuchten mit gerichtetem Licht.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
110	437	Protokolle städtischer Gremien im Internet veröffentlichen	Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen städtischer Gremien inklusive Bezirksbeiräte werden grundsätzlich im Internet zugänglich gemacht. Kosten: Einmalige Anpassung der Stuttgart Website, Minimale Arbeitszeit für Einhängen der aktuellen Word-Protokolle.		bereits teilweise umgesetzt	Öffentliche Protokolle von Gemeinderat und Verwaltungsausschuss sind im Internet verfügbar unter <a href="http://www.stuttgart.de/ratsdokumente">http://www.stuttgart.de/ratsdokumente</a> .
111	1844	Frei-Tickets für Ministeriumsangestellte abschaffen	Ministeriumsangestellte verfügen noch immer über Frei-Tickets für VVS, die sogar übertragbar sind. Das ist nicht notwendig. Bitte abschaffen.		vom GR nicht beantragt	
112	123	Mineralbad Berg - Abendtarif	Eine Abkühlung an Sommerabenden nach Feierabend wäre sicher für viele Bürger erstrebenswert, wenn der Eintritt im Freibad des "Neuner" (Mineralbad Berg/schließt um 19.30 Uhr) zum Beispiel ab 18.00 Uhr nicht mehr mit dem vollen Tagespreis (7,10 Euro) zu Buche schlagen würde.		wird umgesetzt	Im Mineralbad Berg wird ab Januar 2012 ein Abendtarif probeweise eingeführt. In den letzten eineinhalb Stunden wird der Einzelntritt anstatt 7,60 € nur noch 5,70 € kosten.
113	139	Vandalismus konsequenter bestrafen	Gegen Vandalismus (zum Beispiel Aufreißen von Gelben Säcken) sollte die Stadt konsequenter vorgehen. Wer erwischt wird, sollte eine Geldstrafe bekommen. Falls diese Strafe nicht bezahlt werden kann, ist die Strafe in Arbeitsstunden abzuleisten. Bei wiederholtem Vandalismus sollte der Täter mit einer höheren Geldstrafe bestraft werden und einen Eintrag ins Führungszeugnis erhalten.		vom GR nicht beantragt	
114	301	Straßenbeleuchtung außerhalb einsparen	Es gibt Straßen, wie zum Beispiel die Rotenwaldstraße außerhalb des Westbahnhofes, die nachts beleuchtet sind. An diesen Straßen sind keine Fußgänger zu erwarten. Eine Beleuchtung solcher Straßen erscheint mir Energieverschwendung, Autobahnen werden auch nicht beleuchtet. Das gleiche gilt z.B. für die Wildparkstraße, die glaube ich außerhalb des Stadtgebietes liegt. - Aber warum nicht Leonberg/ Gerlingen auf solche Verschwendung ansprechen?		wird teilweise umgesetzt	Außerorts setzt die Stadt an bebauungsfreien Abschnitten Straßenbeleuchtungen nur bei außerordentlichem Erfordernis sehr restriktiv ein.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
115	430	300.000 € für Fahrradweg über Charlottenplatz streichen	Das Vorhaben, 300.000 € für einen Radweg über den Charlottenplatz auszugeben, kann komplett storniert werden. Das Preis-Leistungsverhältnis ist miserabel. Die Maßnahmen ist komplett überflüssig, da an der Planie eine gute, ungefährliche Umgehung in unmittelbarer Nähe vorhanden ist. Die Querung auf der Kreuzung wird von den Radlern daher auch nicht angenommen werden. Mit einem Bruchteil der Summe kann stattdessen der Engpass zwischen Neuem Schloss und Landtag beseitigt werden.		vom GR nicht beantragt	
116	1352	Kurzstrecke S-Bahn wieder einführen	Die S-Bahn Kurzstrecke von der Haltestelle Stadtmitte bis zum Hauptbahnhof sollte wieder eingeführt werden, da die Königsstraße eine sehr lange Straße ist.		vom GR nicht beantragt	
117	988	300 Sozialmietwohnungen jährlich fördern	<p>Bei allen Bürgerumfragen liegt das Problem der zu hohen Wohnkosten an vorderster Stelle. Bezahlbare Wohnungen werden in Stuttgart kaum noch gebaut. So fördert die Stadt in diesem Jahr gerade noch 20 Sozialmietwohnungen - obwohl allein die Warteliste des Wohnungsamtes 3200 Fälle umfasst. Ich beantrage deshalb, dass die Stadt Stuttgart in den nächsten Jahren mindestens 300 Sozialmietwohnungen pro Jahr fördert. Ohne Grundstückssubvention müssten hierfür rund 9 Millionen € pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Übrigens: zu Zeiten von OB Rommel wurden rund 600 (!) Mietwohnungen pro Jahr gefördert. Nachdem die neue Landesregierung zukünftig ihren Mitteleinsatz dem Mietwohnungsbau in den Ballungszentren zukommen lassen will, wäre es ein Armutszeugnis für unsere Stadt, wenn diese Mittel für Stuttgart nicht abgerufen werden und einkommensschwache Bürger weiterhin Jahre auf eine bezahlbare Wohnung warten müssten.</p>	Bü. 90/Grüne 392, CDU 466, SPD 535, SÖS/Linke 717	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat beschlossen, im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 100 Sozialmietwohnungen zu fördern. Hierfür werden insgesamt 3 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
118	2157	S21 stoppen und aussteigen!	<p>Heute, 22.07.11 wurden die geheimen Papiere der Bahn bekannt, damit ist offensichtlich , dass S21 viel teurer wird, als die Bahn es je zugegeben hat.</p> <p>Ohnehin ist dieses Projekt sein Geld nicht wert und würde unsere Stadt über Jahrzehnte ruinieren.</p> <p>Wie nützlich wäre es für den Haushalt unserer Stadtm auf S21 zu verzichten.</p> <p>Uns Stuttgarterh ist der Kopfbahnhof sowieso lieber!</p>		vom GR nicht beantragt	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Stadt und Land haben sich in der Volksabstimmung zu S21 für das Projekt ausgesprochen. Gemeinderat und Verwaltung halten daher weiterhin an der Umsetzung des Projekts und der vertraglich vereinbarten städtischen Beteiligung fest.</p> <p>Die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an den Projektkosten wurde bereits mehrfach dargelegt.</p>
119	227	Keine Altkleidersammlungen mit Eimern mehr genehmigen	Nichts gegen Altkleidersammlungen, aber die Vorgehensweise mit dem ungefragten Aufstellen von Eimern finde ich einfach nur störend.		vom GR nicht beantragt	
120	394	Reduktion der Ampelanlagen	Viele Ampeln gerade in den eingemeindeten Stadtbezirken sind überflüssig oder schlecht geschaltet. Rechtsabbieger brauchen meist keine Ampel, Rechtsabbiegespuren und grüne Welle als verpflichtend vorgeben auf Hauptstraßen. Wiedereinführung von Zebrastreifen anstatt von Ampeln.		vom GR nicht beantragt	
121	519	Geld sparen, Ampeln ausschalten	<p>An der Kreuzung Engelboldstraße - Böblingerstr. - Gallusstraße ist die Ampelschaltung (früher gings ganz ohne) nachts wie am Wochenende immer in vollem Betrieb. Völlig unnötig, da am Wochenende und spätabends wirklich wenig Verkehr ist.</p> <p>Die Sparmaßnahme wäre natürlich auch für andere Kreuzungsbereiche zu treffen!</p>		vom GR nicht beantragt	

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
127	500	Dokumentations- und Forschungs- zentrum Hotel Silber	Für ein von der Stadt und dem Land gemeinsam getragenes Dokumentations- und Forschungszentrum Hotel Silber sollen Mittel in den Haushalt eingestellt werden, damit a) umgehend damit begonnen wird, in wissenschaftlich vorbereiteten Interviews das Wissen der letzten noch lebenden Zeitzeugen abzufragen und zu dokumentieren. b) Stadt, Land, weitere kompetente Träger und insbesondere bürgerschaftliche Initiativen baldmöglichst einvernehmlich auf Fragen wie Trägerschaft, notwendige Baumaßnahmen, personelle Ausstattung, benötigte Sachmittel, stufenweise Weiterentwicklung und so weiter Antworten erarbeiten und daraus eine tragfähige Konzeption entwickelt wird; c) die stadthistorisch relevanten Themen benannt und Forschungsziele dazu definieren werden, zum Beispiel Mitwirkung des Gesundheitsamtes bei diversen Formen der NS-"Euthanasie", Verfolgung und Diskriminierung der Homosexuellen vor und nach Ende des Zweiten Weltkrieges, Verfolgung und Diskriminierung von Sinti und Roma, der "Assozialen", städtische Personalpolitik und so weiter	SPD 538,  SÖS/Linke 690	GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hat der Gemeinderat entschieden, 20.000 € zur Beteiligung an der Konzepterstellung für einen Lern- und Gedenkort "Hotel Silber" zur Verfügung zu stellen. An dem Prozess werden sich städtische Einrichtungen (Stadtarchiv, Planungsstab Stadtmuseum) beteiligen.  Zur Durchführung von Befragungen authentischer Zeitzeugen wird angestrebt, wissenschaftliche Stipendien bei Stiftungen zu akquirieren. Generationengespräche zwischen Zeitzeugen der NS-Zeit und Stuttgarter Schülerinnen und Schüler sollen aus dem Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“ finanziert und unter der Federführung des Planungsstabs Stadtmuseum durchgeführt werden.
129	241	Kitagebühren - kinderfreundlichste Stadt	Als die Haushaltskassen der Stadt letztes Jahr leer waren, rückte Stuttgart - scheinbar notgedrungen und trotz der starken linken Präsenz im Gemeinderat (!) - von seinem zuvor propagierten Ziel, "kinderfreundlichste Stadt" Deutschlands zu werden, maßgeblich ab. Insbesondere die signifikante Erhöhung der Kitagebühren, die ausgerechnet kinderreiche Familien besonders hart traf (Vergünstigungen für Geschwisterkinder wurden gestrichen) ist hier zu nennen. Stuttgart ist für Familien kein attraktiver Platz mehr zum Wohnen und Leben. Immer mehr Familien verlassen Stuttgart. Bezahlbarer Wohnraum für Familien existiert nicht und zu diesen hohen Wohnkosten kamen dann letztes Jahr noch die starken Gebührenerhöhungen der Kitas.	SÖS/Linke 695,  SÖS/Linke 752	GR lehnt ab	Nach einer Grundsatzentscheidung des Gemeinderats aus dem Jahr 1999 sollen die Gebühren für Kindertageseinrichtungen alle zwei Jahre angepasst werden. Der Gemeinderat hat sich im Zuge einer Gesamtabwägung dafür entschieden, die Gebühren im Jahr 2012 turnusgemäß zu erhöhen. Die Erhöhung der Gebühren dient einerseits einer besseren Finanzausstattung vor allem der freien Träger der Kindertageseinrichtungen, andererseits sind die Kosten der Kindertagesbetreuung durch verbesserte Betreuungsstandards und Bildungsangebote erheblich gestiegen.  Im Vergleich mit anderen Städten liegen die Gebühren für Kindertageseinrichtungen bei der Landeshauptstadt Stuttgart an der unteren



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Welche Familie kann es sich überhaupt noch leisten, hier zu wohnen? Ist eine kinderfreundliche Stadt eine, in der es bald keine Familien mehr gibt? Nun sprudeln die Steuereinnahmen wieder, den Haushaltskassen der Stadt geht es gut. Wäre es da nicht logisch, die sinnwidrigen Maßnahmen, die man letztes Jahr ergriffen hat, um das Haushaltsloch zu stopfen, wieder rückgängig zu machen? Auch gilt es zu bedenken: Mütter, die nach der Geburt wieder arbeiten, füllen die Steuerkassen durch ihre Arbeitsleistung. Da kommt insgesamt - auch ohne Kitagebühren - mehr Geld ins öffentliche Leben zurück als die Kinderbetreuung kostet. Kitagebühren sind nicht nur kinder- und familienfeindlich, sie sind auch nicht logisch.			ren Grenze.
131	256	Schlaglöcher dringend reparieren	Der Etat von etwa 1 Millionen Euro für die Reparatur der Schlaglöcher auf Stuttgarter Straßen wurde verantwortungslos gestrichen - dieser muss wieder eingesetzt werden, und ist eigentlich dann noch zu wenig.  Aber für die Sicherheit, auch für Radfahrer ist es dringend, um plötzliche Ausweichmanöver zu vermeiden - ganz abgesehen von der Rufschädigung der Stadt und negativem Image bei den Touristen/Besuchern.	CDU 445, SPD 519, Fr. Wähler 576, FDP 687, REP 804	GR stimmt zu	Für die Sanierung von Straßen wurden pro Jahr 1,0 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. In den Jahren 2012 und 2013 stehen dann insgesamt 8,0 Mio. € pro Jahr. zur Verfügung.
140	366	Kauf und Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofgelände in Vaihingen zum Erholungs- und Freizeitbereich	Im Stadtbezirk Vaihingen stehen inzwischen etwa 45.000 Einwohnern etwa 60.000 Arbeitsplätze gegenüber. Entsprechend diesem im Vergleich mit selbständigen Gemeinden ähnlicher Größe einmaligen Missverhältnis ist die Verkehrsbelastung durch Pendler und Lieferverkehr enorm. Der Stadtbezirk Vaihingen hat in den vergangenen 20 Jahren weit überdurchschnittlich zur wirtschaftlichen und Einwohnerentwicklung Stuttgarts beigetragen. Die zahlreichen Gewereneubaugebiete gingen immer zu Lasten von auch klimatisch für die Gesamtstadt wichtigen Grün- und Erholungsräumen. Mitten im Orts-	SÖS/Linke 718	GR lehnt ab	Eine entsprechende Entwicklung und städtebauliche Ordnung dieser Flächen ist aus dem geltenden Baurecht heraus möglich. Über die zukünftige Nutzung der Fläche entscheidet der Gemeinderat im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens. Ein Erwerb der Flächen durch die Landeshauptstadt ist nicht erforderlich.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>kern, wo sinnvoller Weise Wohnungen angesiedelt werden müssten, entstand ein internationales Daimler-Schulungszentrum und ein großer Bürokomplex. Der dringend benötigte Wohnraum wurde dafür erneut auf den noch verbliebenen Grünbereichen am Rande errichtet.</p> <p>Auch das sich derzeit im Besitz des Immobilienverwerters Aurelis befindliche ehemalige Güterbahnhofgelände liegt inmitten einer der letzten Frischluftschneisen.</p> <p>Es ist höchste Zeit, nun für die zahlreichen durch Gewerbeansiedlung und neue Wohngebiete, die auch innerörtlich massiv verdichtet wurden, einen grünen Ausgleich zu schaffen. Dies umso mehr als die ständige Neuschaffung von Gewerberäumen vor allem dazu geführt hat, dass der Büroleerstand im traditionell bestehenden Gewerbegebiet Vaihingen/ Möhringen ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist. Die Stadt soll daher das 25.000 Quadratmeter große Gelände erwerben und zu einem grünen Erholungsbereich mit Freizeiteinrichtungen entwickeln. Dies trägt nicht nur zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität in Vaihingen bei, sondern erhöht auch die Attraktivität des Gewerbegebiets für die dort Beschäftigten. Bei realistischer Bewertung des Geländes, das derzeit den Wert von Verkehrsflächen hat, übersteigen die Kosten für Kauf und entsprechender Entwicklung rund 2,5 bis 3 Millionen Euro nicht. Diese können mit einem Teil der laut "Schlichterspruch" von der Bahn an die Stadt zurück zu zahlenden 7 bis 8 Millionen Euro für die weiter als Bahnfläche zu erhaltende Gäubahntrasse finanziert werden.</p>			

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
142	745	Ausbau von Ganztagesbetreuungsplätzen für Kinder von 1-3	Die Anzahl an Ganztagesbetreuungsplätzen für Kinder von 1-3 sind viel zu gering und müssen dringend ausgebaut werden, um Müttern die Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen.	CDU; SPD; Bü. 90/Grüne 377,  Fr. Wähler 567,  FDP 641,  SÖS/Linke 762,  REP 788	GR stimmt zu	In den Jahren 2012-2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.
146	801	Schulsanierungen	Die nach den (neutralen) Gutachten erforderlichen Sanierungen nacheinander durchführen.	SPD; CDU; Bü. 90/Grüne 377,  Fr. Wähler 567,  FDP 641,  SÖS/Linke 727,  REP 788	GR stimmt zu	Für die vollständige Umsetzung des im Gutachten festgestellten Sanierungsbedarfs wurden durch den Gemeinderat zusätzlich 254,8 Mio. € für die erforderlichen Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt. Das Programm soll bis 2016 abgeschlossen sein.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
153	1548	Feuerwehr Stuttgart	<p>Bei einem interkommunalen Vergleich zwischen den Städten vergleichbarer Größenordnung fällt auf, dass in der Landeshauptstadt Stuttgart die geringste Anzahl an Einsatzkräften zur Verfügung steht. Ebenfalls ist in der Verwaltung der Branddirektion zu wenig Personal zur Verfügung um einen befriedigenden Dienstbetrieb gewährleisten zu können.</p> <p>Die Feuerwehr Stuttgart ist das Schlusslicht bei der technischen Ausstattung und Zusammengefasst ist anhand des kommunalen Vergleichs bestätigt, dass das Sicherheitsniveau in Stuttgart – gemessen an den Einsatzfunktionen der Feuerwehr – im Vergleich zu anderen Städten vergleichbarer Größe unterdurchschnittlich ist.</p> <p>Besonders die Freiwilligen Feuerwehr Abteilungen fahren mit 20 bis 30 Jahre alten Fahrzeugen durch die Landeshauptstadt und sind insgesamt technisch "veraltet". Eine EDV Anbindung an bestehende Netze wird der Freiwilligen Feuerwehr mangels Personal bei der Branddirektion sowie fehlenden finanziellen Mitteln verwehrt.</p> <p>Zusammengefasst haben wir hier in Stuttgart eine der schwäbischen Vorgabe wirkende Feuerwehr die für das "nötigste" gerüstet ist aber für das "Mögliche" nicht in der Lage ist es umzusetzen!</p> <p>Diese durchaus wirtschaftliche Betrachtung führt dazu, dass insbesondere im Grundschutz die Feuerwehr Stuttgart bundesweit den letzten Platz einnimmt.</p>	<p>CDU 472, SPD 562, SÖS/Linke 722</p>	GR stimmt teilweise zu	Der personelle Bedarf im Einsatzdienst wurde mit externer Unterstützung geprüft. Nachdem bereits 2011 sieben Stellen geschaffen wurden, hat der Gemeinderat bei den Haushaltsberatungen weitere 16 neue Stellen bewilligt. Die Personalkosten belaufen sich zusätzlich auf insgesamt 1,15 Mio. €.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
154	491	Absenkung der Grundsteuer von 520 auf mindestens 450 Hebesatzpunkte	Im letzten Haushalt wurde die Grundsteuer um satte 30 Prozent von 400 auf 520 Hebesatzpunkte angehoben, was zu einer jährlichen Mehrbelastung von rund 33 Millionen Euro führt, die sowohl Hausbesitzer, wie auch Mieter trifft und damit das Wohnen in Stuttgart (noch) teurer macht. Unter den 15 größten Städten in Deutschland hat neben Stuttgart und Dortmund für das Jahr 2010 niemand die Grundsteuer erhöht. Lagen die Hebesätze in Stuttgart im Vergleich der Großstädte am unteren Ende, liegt Stuttgart nun auf dem dritten Rang. Verglichen mit umliegenden Städten in der Region liegt Stuttgart mit Abstand auf dem ersten Rang. Im Zeitpunkt der Erhöhung war die Einnahmesituation der Stadt nicht rosig. Dies hat sich nun aber mit der Aufhellung der Konjunktur und den stark steigenden Steuereinnahmen ins Gegenteil verkehrt. Deshalb musste sich die Stadt – anders als ursprünglich vorgesehen – auch nicht neu verschulden. Zudem verfügt Stuttgart im Vergleich zu anderen Großstädten noch immer über solide Finanzen. Deswegen soll nun eine Absenkung auf mindestens 450 Punkte vorgenommen werden.	Fr. Wähler 569,  FDP 643,  REP 789,	GR lehnt ab	Der Grundsteuerhebesatz wird in Höhe von 520 v. H. beibehalten. Eine Herabsetzung des Hebesatzes fand in den Haushaltsplanberatungen keine Mehrheit angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der sich ergebenden weiteren erheblichen finanziellen Belastungen aus der Sanierung der Schulen, sowie dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Kindertagesbetreuung.
156	671	Deutlich mehr Kreisverkehre statt Ampelregelungen an Kreuzungen anlegen	Wenn man in Stuttgart an eine Kreuzung fährt, stehen mindestens immer 75% aller Teilnehmer, manchmal sogar alle! Ein Kreisverkehr hält den Verkehr immer im Fluss, d.h., die Leute kommen schneller voran, sind weniger genervt, es wird weniger Energie verschwendet und die Umwelt weniger belastet durch stehende Fahrzeuge, nachts fährt man fast barrierefrei.  Ampellösungen sind die un kreativsten und sollten nur noch dort eingesetzt werden, wo es entweder keinen Platz für einen Kreisverkehr gibt oder wo es sicherheitsrelevant ist. Ein Kreisverkehr braucht keinen Strom, er fällt nie aus und hält den Verkehr am Laufen.	CDU 446,  SPD 519,  Fr. Wähler; FDP 577,  Fr. Wähler 606,  Fr. Wähler 607,  FDP 679	GR stimmt zu	Die Anzahl der Kreisverkehrsplätze in Stuttgart erhöht sich kontinuierlich. Inzwischen gibt es im gesamten Stadtgebiet 54 Kreisverkehrsplätze, wovon allein in den letzten 3 Jahren 14 hinzugekommen sind. Im Zuge von Straßenumgestaltungen durch Stadtbahn- Baumaßnahmen sollen in den nächsten drei Jahren nun mindestens 6 neue Kreisverkehre gebaut werden. Für den Doppelhaushalt 2012/2013 wurde zusätzlich Mittel in Höhe von 50.000 € für die Planung eines weiteren Kreisverkehrs beschlossen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
157	451	Verschönerung Eckensee beim Staatstheater	<p>Der Eckensee ist durch seine zentrale Lage ein Aushängeschild für Stuttgart. Leider wirkt er mit den Waschbetonplatten eher wie ein Feuerlöschbecken ohne Charme. Auch die zum Teil sehr unbequemen Sitzmöglichkeiten aus Stein laden hier nicht zum verweilen ein.</p> <p>Mit einer natürlichen Böschung, mehr Pflanzen und Bäumen sowie Sitzmöglichkeiten würde eine kleine Oase mitten in der Stadt entstehen.</p>	REP 791	Stadt ist nicht zuständig	Die Zuständigkeit liegt nicht bei der Landeshauptstadt Stuttgart. Der Eckensee gehört dem Land Baden-Württemberg. Die Stadt wird den Vorschlag an das Land weiterleiten.
161	1820	Unterstützung für die Rosenau	<p>Seit über zehn Jahren gibt es die kleine, aber feine Kulturbühne im Stuttgarter Westen mit Kabarett, Kleinkunst und Musik vom Feinsten! Auf dem Programm stehen etablierte, aber auch viele neue, junge Künstler und besonders die Veranstaltungen wie Poetry Slam, OpenStage und die Mütternacht - Der Comedy-Club, die für Stuttgart dort „erfunden“ wurden, sind einmalig!!</p> <p>Längst ist die Bühne bei Künstlern und beim Publikum anerkannt - oft sind die Veranstaltungen ausverkauft – und aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken.</p> <p>Und trotzdem kämpft die Rosenau immer noch um ihre Existenz! Daher der Vorschlag, die Rosenau im nächsten Haushalt langfristig und mit ausreichend Geld auszustatten, sodass Michael Drauz und sein Team endlich ohne Existenzangst arbeiten und ein Programm über das ganze Jahr hindurch anbieten können. Bei vielen Programmen ist das Publikum im Vergleich zu anderen Bühnen sehr jung, was auch etwas damit zu tun hat, dass die Eintrittspreise bis jetzt eher niedrig gehalten wurden.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 411</p> <p>CDU 508,</p> <p>SPD 538,</p> <p>FDP 667,</p> <p>SÖS/Linke 730,</p>	wird später entschieden	Eine Finanzierung erfolgt eventuell im Rahmen eines Budgets Kulturförderung. Die Verteilung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 400.000 € wird durch den Gemeinderat erfolgen. Ein Ergebnis soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Jahr 2012 vorliegen, kann derzeit aber noch nicht konkret terminiert werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
165	1540	Sanierung der Berufsfeuerweh- wachen	In der Stadt Stuttgart arbeiten derzeit rund 490 Berufsfeuerweh-männer und -frauen. Sie sind 365 Tage im Jahr an 24 Stunden pro Tag für unsere Sicherheit da. Es gibt 5 Berufsfeuerweh-wachen, die langsam in die Jahre kommen. Die Männer und Frauen verbringen Tag und Nacht in teils maroden Gebäuden, welche dringend Sanierungen brauchen. Hierfür sollte endlich Geld investiert werden!	CDU 471, SPD 561, FDP 668,	GR stimmt zu	Der Sanierungsbedarf in den Berufsfeuerweh-wachen wurde durch einen externen Gutachter untersucht. Es ist eine stufenwei-se Sanierung der Feuerwachen vorgese-hen. Als erste Maßnahme hat der Gemeinderat für den Ersatz-Neubau der Feuerwache 5 1,4 Mio. € Planungsmittel im Doppelhaushalt 2012/2013 bewilligt.
179	1986	Erhöhung der öffentlichen Unter- stützung für Gauthier Dance Theater	Das Gauthier Dance Theater mit der Spielstätte im Theaterhaus ist für die Besucher und die Stadt Stuttgart eine kulturelle Bereicherung wonach sich andere Städte die Finger nach lecken würden. Die öffentliche Anerkennung durch eine ausreichende finanzielle Unterstüt-zung der Stadt Stuttgart sollte dies endlich anerkennen und den Fortbestand dieser Tanz-compagnie in Stuttgart sichern. Allen empfehle ich den Besuch der letzten Produktion von lucky seven, Sie werden begeistert sein von dieser ideenreichen und wundervollen Truppe.	Bü. 90/Grüne 411,  CDU 508,  SPD 542	GR stimmt zu	Gauthier Dance wurde bereits 2011 mit einer einmaligen Förderung von 80.000 € aus Projektmitteln unterstützt. Ab 2012 wird die städtische Förderung auf 300.000 € pro Jahr (2012/2013) ausgeweitet. Zusätzlich erhält Gauthier Dance eine Förderung vom Land.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
193	1505	Förderung der verbandlichen Jugendarbeit	<p>Bessere Förderung der Stuttgarter Jugendverbände und dadurch Verbesserung der Grundlagen für freiwilliges ehrenamtliches Engagements von Jugendlichen. Spareffekt: Was müssten wir ausgeben, wenn es dieses Engagement nicht oder nicht mehr in der jetzigen Vielfalt gäbe? Wir beantragen a) die Aufhebung der seit 1993 gedeckelten Förderung für die verbandliche Jugendarbeit. b) die Erhöhung der Förderung für Jugendverbände um jährlich 58.000 Euro</p> <p>Begründung: In der Mitgliederversammlung des Stadtjugendrings am 28. Februar 2011 wurde ein Antrag eingebracht und beschlossen, dass aufgrund der zunehmenden Belastung des ehrenamtlichen Engagements in Jugendverbänden einerseits und der Kostensteigerung andererseits die Forderung gestellt werden soll die nicht mehr nachvollziehbare Deckelung der verbandlichen Förderung aufzuheben und gleichzeitig um 58.000 Euro zu erhöhen. Bei derzeit ca. 1.700 gemeldeten und arbeitenden Jugendgruppen in den Stuttgarter Jugendverbänden würde eine gleichmäßige Verteilung der Mittelerhöhung zwar nur 34 Euro je Gruppe jährlich bedeuten aber zumindest ein Signal der Anerkennung für die erbrachte jährliche Leistung von Jugendverbänden deutlich machen.</p>	FDP 659, SÖS/Linke 693	GR stimmt zu	Die Förderung der Jugendverbände wurde für den Doppelhaushalt 2012/2013 um jeweils 58.000 € erhöht. Die Deckelung der Förderung wurde insoweit aufgehoben.
195	524	Ausbau der Kindertagespflege	<p>Ab 2013 haben auch Kinder auch unter 3 Jahren einen rechtlichen Anspruch auch einen Betreuungsplatz. Viele Eltern (gerade die Mütter) gehen nach einem Jahr Elternzeit wieder arbeiten. Wovon soll sonst die Miete bezahlt und Lebensmittel gekauft werden? Von einem Einkommen kann man hier in Stuttgart nicht leben.</p> <p>Leider stehen deutlich zu wenig Krippenplätze zur Verfügung. Und was machen Eltern, die ihr</p>	CDU; SPD; Bü. 90/Grüne 377, Bü. 90/Grüne 408, CDU 437, SPD 523,	GR stimmt zu	Die Kindertagesbetreuung wird in der Landeshauptstadt auch in den kommenden Jahren ausgebaut. Bis 2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Kind lieber in einer kleinen, individuellen Gruppe betreuen möchten? Wohin mit stark förderbedürftig Kindern?</p> <p>Bisher war es so, dass die Eltern für eine Tagesmutter selber aufkommen musste. Die Stadt übernimmt lediglich 3,9 Euro (brutto) pro Betreuungsstunde. Das aber auch nur, wenn die Eltern nicht mehr wie 1200 Euro verdienen. So kostet die arbeitswillige Mama also ein Betreuungsplatz (40 Stunden-Woche) bei einer Tagesmutter rund 600 Euro. Wenn ein begehrter Krippenplatz ergattert ist, ist dies natürlich deutlich günstiger.</p> <p>Aber welche Tagesmutter betreut den für 3,9 Euro brutto? Zumal hier noch Lebensmittel und Versicherungen etc. bezahlt werden müssen? Eigentlich ungerecht, zumal andere Landkreise wie Filderstadt oder Ludwigsburg deutlich mehr für Tagesmutter zuzahlen. Zumal die Stadt Tagesmütter deutlich billiger als eine Erzieherin oder der Unterhalt eines Kindergartens kommt. So würden mehr Frauen die Möglichkeit haben schnell wieder in ihren Beruf zurück zukehren oder selber die Familienkasse als Tagesmutter aufzudecken.</p> <p>Achja, Tagesmütter sind teilweise sehr qualifiziert mit einer pädagogischen Ausbildung/ Weiterbildungen durch das Jugendamt oder sogar einem Bundeszertifikat.</p> <p>Mein Vorschlag: Ausbau der Kindertagespflege mit leistungsgerechter Bezahlung.</p>	<p>Fr. Wähler 567,</p> <p>FDP 641,</p> <p>SÖS/Linke 758,</p> <p>SÖS/Linke 762,</p> <p>REP 788</p>		<p>Die Mittel für die Kindertagespflege werden insgesamt um 1.376.000 € aufgestockt. Damit kann unter anderem auch die Vergütung der Tagesmütter verbessert werden. Diese wird künftig gestaffelt einerseits nach Alter der Kinder, andererseits nach Qualifikation der Tagesmütter erbracht. Künftig erhalten Tagesmütter mit einer Qualifizierung von mehr als 70 Unterrichtseinheiten für die Betreuung von unter 3jährigen Kindern 5,30 € je Betreuungsstunde, bei über 3jährigen 4,70 €. Bei einer geringeren Qualifikation der Tagesmütter beträgt der Stundensatz für 0-3jährige 4,30 €, für über 3jährige 4,00 €. Außerdem werden die Kosten für die Sozial- bzw. Unfallversicherung übernommen. Es werden künftig auch verstärkt Großpflegestellen mit bis zu 9 Kindern gefördert. Im Jahr 2012 sollen 10, im Jahr 2013 weitere 5 Großpflegestellen eingerichtet werden. Darüber hinaus wird ein Ersatzbetreuungsstützpunkt eingerichtet, um den Ausfall einzelner Tagesmütter auffangen zu können.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
196	611	Feuerwehrgerätehaus Stuttgart-Münster	Bereitstellung der Planungsmittel für den Umbau des Feuerwehrgerätehauses	CDU 471, SPD 561, Fr. Wähler 618, FDP 668, REP 793	GR stimmt zu	Zur Aufstockung des Feuerwehrhauses in Münster wurden 2013 50.000 € Planungsmittel bewilligt.
197	248	Zugänge zu Unterführungen / Stadtbahnhaltestellen barrierefrei umbauen	Zugänge zu unterirdischen Stadtbahnhaltestellen / Unterführungen sollen mit einem Aufzug oder zumindest einer Rolltreppe (beide Richtungen) ausgestattet werden. Dies ist sowohl für Eltern mit Kleinkindern als auch für alte oder behinderte Mitbürger notwendig, um den öffentlichen Nahverkehr problemlos nutzen zu können.	Bü. 90/Grüne 389	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für die nächsten 3 Jahre je 100.000 € beschlossen, um drei Stadtbahnhaltestellen barrierefrei zu gestalten (Österreichischer Platz; Türlenstraße und Maybachstraße).
202	187	Aufstockung von pflegerischen Kräften an Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder, aber auch an Regelschulen, die behinderte Kinder aufnehmen	Es ist dringend notwendig, dass sowohl an Sonderschulen als auch an entsprechenden Regelschulen mehr Personal fest angestellt wird (Krankenschwestern, Kinderpflegerinnen). Die anstehende Inklusion macht einen schrittweisen Ausbau in diesem Bereich dringend erforderlich.	Bü. 90/Grüne 399, SPD 530	GR stimmt zu	Es wurden 2,1 neue Stellen für pflegerische Kräfte an Sonderschulen beschlossen. Hierfür stellt die Stadt rund 105.000 € zur Verfügung.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
204	493	Neustrukturierung und Aufwertung Energiesparprogramm für Wohnraum	<p>Das seit 13 Jahren bestehende städtische Energiesparprogramm für Wohnraum wird gut angenommen. Die im Haushalt bisher eingestellten jährlichen Mittel von zirka 2,75 Millionen Euro haben für die Nachfrage nicht ausgereicht, so dass die Stadt aus anderen Haushaltstiteln hierfür nachgelegt hat. Der tatsächliche Bedarf liegt bei über 3 Millionen Euro im Jahr, der mindestens im Haushalt eingestellt werden sollte. Die Vollsanierungsquote für nicht geförderten Wohnraum liegt nach Auskunft des Energieberatungszentrums deutlich unter 2 Prozent. Wenn gesamtgesellschaftlich gewollt ist, dass ein möglichst großer Wohnungsbestand saniert wird (wovon sowohl Vermieter, wie auch Mieter profitieren), ist eine Ausweitung des Förderprogramms, der damit einhergehenden Beratung durch das Energie-Beratungs-Zentrum (EBZ) sowie eine entsprechende Bewerbung erforderlich.</p> <p>Nachdem seit der letzten Richtlinienänderung das Energiesparprogramm eine Verschiebung zugunsten von Einzelmaßnahmen erfolgte, muss die Regelförderung, das heißt die Gesamtsanierung insbesondere von kleineren Mehrfamilienhäusern wieder stärker in den Fokus gerückt werden. Ziel muss es sein, die jährliche Regelförderung in diesem Bereich von 180 Bewilligungen auf 250 zu steigern, was einen Mehraufwand von 910.000 Euro bedeutet. (70 mal 13.000 Euro je Antrag). Zu begleiten ist dies mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, um die Eigentümer zur Sanierung zu bewegen, sowie dazu erforderliche – ergebnisoffene – Beratung durch das EBZ sicherzustellen. Insgesamt werden hierfür weitere Mittel von 1,0 Millionen Euro vorgeschlagen. Dies gilt insbesondere auch deswegen, da die KPW keine Zuschüsse im Mehrfamilienhausbereich gibt. Hier besteht also eine Förderlücke.</p>	Bü. 90/Grüne 392, CDU 467, SPD 516, Fr. Wähler 626	wird umgesetzt	<p>Für die Jahre 2012 und 2013 wurden für das Energiesparprogramm je 2,5 Mio. € bewilligt.</p> <p>Bei der Pauschalförderung wird eine Beratungspflicht durch das Energieberatungszentrum Stuttgart e.V. eingeführt.</p> <p>Zur Stärkung des Regelprogramms soll in der Pauschalförderung nur noch eine Maßnahme gefördert werden.</p> <p>Die Fördertatbestände der Pauschalförderung sollen erweitert werden.</p> <p>Die überarbeiteten Förderrichtlinien werden auf dieser Grundlage dem Gemeinderat zeitnah zur Beschlussfassung vorgelegt werden.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
208	1233	Programm "1001 Baum für Stuttgart"	Zu einer attraktiven Stadt gehören Bäume in den Straßen. Berlin, München und selbst Karlsruhe(!) haben eine Kultur der lebenswerten Baumalleen. In Stuttgart dagegen sind solche Straßen Mangelware. Eine der wenigen Ausnahmen: die Bismarck- oder auch die Johannesstraße, die nicht zuletzt wegen ihrer großen alten Bäume zu den schönsten und begehrtesten Wohnlagen in der Innenstadt gehören. Im Gegensatz dazu "schreien" reine Asphaltpisten wie die Schwab- oder die Olgastraße nach mehr Grün. Bäume spenden im Sommer Schatten, erzeugen Sauerstoff und filtern Schadstoffe aus der Luft. Statt willkürlich verteilter Einzelbäume, die mitunter etwas verloren wirken, bedarf es einer Gesamtkonzeption. Auf deren Basis sollen nach und nach einzelne Straßen komplett begrünt werden. Der Verlust einzelner Parkplätze ist verschmerzbar, wenn man im Gegenzug Stadtgestalt und -klima deutlich verbessert.	Bü. 90/Grüne 380,  SPD 517	GR stimmt zu	Für ein Straßenbaumprogramm wurden für die Jahre 2012-2014 pauschal je 250.000 € pro Jahr. bereitgestellt. Wo tatsächlich Bäume gepflanzt werden können, ist zu einem späteren Zeitpunkt noch festzulegen.
210	718	Förderung Schulen in freier Trägerschaft	Investitionen in Bildung sind Investitionen der Zukunft! Schulen in freier Trägerschaft werden momentan finanziell benachteiligt. Deutliche Streichungen haben diese Einrichtungen seit dem letzten Jahr erfahren müssen. Gerade Schulen und Bildungseinrichtungen benötigen jedoch eine solide, langfristige und bindende Finanzierungshilfe von Stadt und Staat. Dies ist momentan nicht der Fall.	Fr. Wähler 625	wird nicht umgesetzt	Trotz der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung reduzierten Zuschüsse liegt die Landeshauptstadt Stuttgart bei der freiwilligen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft an der Spitze in Baden-Württemberg. Nach dem Privatschulgesetz ist das Land für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zuständig.  Der Antrag auf Rücknahme der Kürzung der Zuschüsse für freie Träger wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgezogen.
217	124	Einführung einer Stadtmaut	Täglich fahren unzählige PKWs aus der Umgebung nach Stuttgart. Dies führt alltäglich zu Staus und Behinderungen. Die Straßen werden abgenutzt und die Luft verschmutzt. Dabei ist Stuttgart recht gut mit den umliegenden Städten und Gemeinden durch die öffentlichen Verkehrsmittel vernetzt.	SÖS/Linke 709	wird nicht umgesetzt	Da die Landesregierung Baden-Württemberg derzeit keine rechtlichen Schritte zur Einführung einer City-Maut plant, kann dieses Thema auch von Seiten der Stadt wegen der fehlenden Rechtsgrundlage nicht weiterverfolgt werden.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Eine Maut, z.B. nach dem Vorbild London, könnte hier Linderung verschaffen. Diese kann in geringer Höhe anfallen, z.B. 2 € am Tag. Bei steigenden Benzinpreisen würde dies aber bereits so Manchen zum Umdenken zwingen. Wer bisher nur aus Bequemlichkeit das Auto nutze steigt dann zukünftig vielleicht um. Wer nicht regelmäßig in Stuttgart ist, den interessieren auch die 2 € nicht.</p> <p>Stuttgart ist hierbei der Gewinner, denn zusätzlich zu den 2 € pro PKW verdient der VVS und die SSB (bedeutet weniger Zuschüsse durch die Stadt). Außerdem wird der Verkehr (meine Vermutung) spürbar reduziert.</p> <p>Für die Umsetzung einer Maut gibt es zahlreiche Varianten. Mein Vorschlag wäre eine Plakettenpflicht (für Kennzeichen ohne "S") oder (bei z.B. Firmenfahrzeugen mit anderen Kennzeichen) eine gratis Dauerplakette (oder auch gegen eine kleine Gebühr). Zu kontrollieren hätte dies dann z.B. die Polizei die i.d.R. eh regelmäßiger Kontrollen (z.B. Umweltplakette) durchführt oder bei stehenden Autos das Ordnungsamt.</p> <p>Erwerben könnte man die Plakette z.B. über das Internet zum ausdrucken oder über Tankstellen in der Umgebung für 2,10 (damit die Tankstellen auch etwas daran verdienen und somit einen Anreiz haben).</p> <p>Sicherlich ließe sich eine Stadtmaut auch elektronisch regeln, dies würde allerdings hohe Investitionskosten fordern. Daher wäre meine Idee ein Pilotprojekt mit einem günstigeren Einstieg und wenn das Ergebnis den Erwartungen entspricht kann man Aufrüsten.</p> <p>Meine Idee ist vielleicht nicht neu und auch noch nicht sonderlich gut durchdacht - doch denke ich, dass eine Maut grundsätzlich gut für</p>			

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Stuttgart und natürlich die Stuttgarter Bürger wäre.			
219	769	Mehr Kindergarten- plätze anbieten	Es gibt in der Stadt noch immer zu wenig verfügbare Kindergartenplätze. Die Anzahl sollte hier deutlich erhöht werden.	CDU; SPD; Bü. 90/Grüne 377,  Bü. 90/Grüne 408,  CDU 437,  SPD 523,  Fr. Wähler 567,  FDP 641,  SÖS/Linke 758,  SÖS/Linke 762,  REP 788	GR stimmt zu	In den Jahren 2012-2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
232	317	Freie Fahrt für Hortkinder	<p>Schüler, die einen Hort oder eine altersgemischte Tageseinrichtung für Kinder besuchen, müssen in öffentlichen Verkehrsmittel bezahlen.</p> <p>Dies macht es Einrichtungen schwer, Ausflüge für die Kinder zu planen. Selbst kostengünstige Ausflüge innerhalb von Stuttgart werden so zu fast unbezahlbaren Ausflügen.</p> <p>Daher bitte ich:</p> <p>Stellt die Schulkinder, die eine Tageseinrichtung für Kinder besuchen von den Kosten für öffentliche Verkehrsmittel frei.</p>	<p>SÖS/Linke 745,</p> <p>SÖS/Linke 838</p>	GR lehnt ab	<p>Ein entsprechender Haushaltsantrag wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Der VVS wird das Thema Einführung einer generellen netzweiten Gültigkeit des Scool-Abos in enger Abstimmung mit den öffentlichen Finanzierungsträgern in die anstehenden Gespräche zur Tarifentwicklung 2013 einbringen. Damit würde sich die Problematik bei Klassenausflügen und sonstigen schulischen Veranstaltungen weiter entspannen. Ca. 50% der Schüler nutzen schon heute das Scool-Ticket.</p> <p>Generell gilt deutschlandweit im ÖPNV, dass Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres kostenfrei befördert werden. Zudem hat der VVS vor einigen Jahren die Regelung eingeführt, wonach Kindergartengruppen generell kostenfrei fahren dürfen, ausgenommen Erzieher/innen und Begleitpersonen.</p>
233	741	Rollstuhl- und Behindertenfreundliches Stuttgart	<p>"- Schaffung von deutlich mehr Rollstuhlge-rechten oder Behindertengerechten Wohnungen (aus eigener Erfahrung weiß ich, was es heißt, jahrelang ohne Hilfe die eigene Wohnung nicht mehr verlassen zu können, da kein geeigneter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und somit ein selbständiges Leben kaum mehr möglich ist).</p> <p>Vermehrte Absenkung von Gehsteigen oder Anbringung geeigneter Rampen (die kleinen Teerklumpen, die man immer wieder als Ram-pen-Ersatz im Stadtgebiet findet, sind meist denkbar ungeeignet, da zu schmal und somit schlecht befahrbar, oft finden sich auch deutlich zu steile Rampen).</p> <p>Schaffung von Rollstuhlge-rechten Haltestellen welche problemlos nutzbar sind</p> <p>Ausschilderung von Rollstuhlgeeigneten Wegen um endlose Rundfahrten zu vermeiden, dies wäre sicher auch eine große Hilfe für Touristen</p> <p>Diese Auflistung könnte noch um vieles erwei-</p>	SÖS/Linke 767	GR stimmt teilweise zu	<p>Die Einhaltung der Vorgaben der Landesbauordnung für barrierefreies Wohnen werden durch das städtische Baurechtsamt überprüft und gegebenenfalls auftretende Unregelmäßigkeiten abgestellt.</p> <p>Bei der Planung von öffentlichen Gebäuden und sonstigen öffentliche Baumaßnahmen werden seit langem die Belange von körperlich eingeschränkten Mitbürgern im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften beachtet und die notwendigen Maßnahmen bei der Ausführung auch umgesetzt.</p> <p>Darüber hinaus hat der Gemeinderat für die nächsten 3 Jahre je 100.000 € beschlossen, um drei Stadtbahnhaltestellen barrierefrei zu gestalten (Österreichischer Platz; Türlenstraße und Maybachstraße).</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>tert werden (Ausbesserung stark geschädigter Straßenbeläge, Barrierefreie Zugänge in Läden und in öffentlichen Gebäuden...) und dient oft nicht nur Rollstuhlfahrern und anderen Behinderten sondern auch älteren Mitbürgern oder Eltern mit Kinderwagen.</p> <p>Insbesondere bei Schaffung von neuen Haltestellen, Gebäudezugängen usw. sollte es doch möglich sein, diese Gegebenheiten schon bei der Planung zu berücksichtigen ohne dass hierdurch zwingend deutlich höhere Kosten entstehen müssen. Integration lässt sich oft schon durch kleine Schritte erreichen oder verbessern."</p>			
234	1172	Rauchverbot auf Spielplätzen durch Verbotsschilder aussprechen	<p>Ich würde es mir wünschen, wenn auf allen Stuttgarter Spielplätzen Rauchverbotsschilder aufgestellt werden. Ob die Stadt ein Rauchverbot dort aussprechen darf, kann ich leider nicht beurteilen (siehe dazu auch den Artikel in den Stuttgarter Nachrichten vom 7.4.11: <a href="http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.rauchfreie-zonen-raucher-auf-spielplaetzen-unerwuenscht.145e91a7-b68c-4fee-8109-87bcd79ab5fc.html">http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.rauchfreie-zonen-raucher-auf-spielplaetzen-unerwuenscht.145e91a7-b68c-4fee-8109-87bcd79ab5fc.html</a>).</p> <p>Wenn die Stadt tatsächlich kein Hausrecht auf Spielplätzen hat (was ich mir eigentlich nicht vorstellen kann), dann könnte dies vom Stuttgarter Stadtrat so abgeändert werden, damit die Stadt auf Spielplätzen das Hausrecht erhält und Raucher darauf hinweist, dass der Zigarettenqualm und vor allen Dingen die Kippen als Hinterlassenschaften im Spielsand nicht nur unerwünscht sondern hochgradig gefährlich sind. Eigentlich sollte man von Eltern soviel Verständnis erwarten, die Realität sieht leider anders aus...</p> <p>Wer rauchen will, kann dies gerne tun, aber</p>	CDU 440	wird teilweise umgesetzt	Das Aufstellen von Rauchverbotsschildern wurde innerhalb der Haushaltsberatungen beantragt. aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Fraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt. Die Stadt wird 2012 eine Satzung für Grün- und Spielflächen erlassen, in der auch das Rauchverbot auf Spielplätzen geregelt sein wird.



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			bitte nicht auf Spielplätzen! Hinweisschilder, würden aus meiner Sicht bereits erheblich dazu beitragen, dass das Rauchen dort eingestellt oder zumindest stark eingedämmt wird. Oder wer stellt sich schon gerne, mit einer Zigarette im Mund, auf einen Spielplatz neben ein Rauchverbotsschild?			
245	1918	Nesenbach aus dem Untergrund herausholen	Da Stuttgart im Zentrum leider nicht an einem größeren Fließgewässer liegt, sollte der gedeckelte Nesenbach nach Möglichkeit wieder an die Oberfläche gebracht werden. Dies eröffnet städtebaulich eine enorme Lebensqualitätsverbesserung. Nicht umsonst sind in anderen Städten gerade Bach- und Flussbereiche gesäumt von Cafes und Tourismus.	SPD 514	wird später entschieden	Der Bau der kompletten Bachwasserleitung zwischen Kaltental und Unteren Schlossgartenanlagen kann nach Bereitstellung der Mittel erst nach dem Bau des neuen Hauptsammlers für den Nesenbach im Zuge von Stuttgart 21 (ca. 2014) durchgeführt werden. Dies setzt eine entsprechende Beschlussfassung durch den Gemeinderat voraus.
250	622	Historisches Herzstück für die vielfältige Nutzung durch Weilemer Bürger erhalten: Altes Rathaus und Schule	2010 haben bereits über 2.500 Bürger durch ihre Unterschrift den Erhalt des Alten Schulhauses und des Alten Rathauses für die Weilemer gefordert. Vielfältige Nutzung ist möglich, zum Beispiel durch die Kindergruppe Regenbogen, einen Schülerhort, Räume für Vereine, Heimatmuseum und anderes.  Das Sanierungs-Konzept erspart nicht nur den Bau neuer Räumlichkeiten. Die Identifikation mit "Heimat und Geschichte" wird ermöglicht und durch die Begegnung junger und älterer Menschen wird Gemeinschaft erlebt und gelebt und damit ein Beitrag zum "Wohlfühl-Bezirk" geleistet.	Bü. 90/Grüne 379,  CDU 460,  Fr. Wähler; FDP 614	GR stimmt zu	Für die Sanierung der Alten Schule und des Alten Rathaus in Weilemdorf wurden 2012 789.000 € bewilligt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
260	1263	Betreuung in Kindergärten	In unserem Kindergarten kommt es immer wieder vor, dass wegen Fachkräftemangel die Kinder nicht an Aktionen teilnehmen können (Waldtag, Theater, Turnen usw.). Sobald eine Person ausfällt, ist der Kindergarten "unter Wasser". Hier wird am falschen Fleck gespart denn Kinder sind unsere Zukunft!	Bü. 90/Grüne 400, SPD 565, SÖS/Linke 704	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 2,4 Mio. € für Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen bewilligt. Dabei liegt ein Schwerpunkt darin, die Personalsituation in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Darüber hinaus wurde der gesetzliche Mindestpersonalschlüssel in Kindertageseinrichtungen erhöht. In den Jahren 2012 und 2013 gibt die Stadt für zusätzliche Betreuungskräfte in städtischen Einrichtungen sowie in Einrichtungen freier Träger insgesamt 26 Mio. € mehr aus.
271	535	City-Maut: Umsteigen - Umweltschützen und Straßen entlasten	Einführung einer City-Maut (Maut-Tickets über Tankstellen, S- und U-Bahn-Automaten verkaufen). Diese Einnahmen konsequent nutzen, um den Takt bei S- und U-Bahnen zu erhöhen und die Preise zu senken. Neue Zoneinteilungen, da die Fahrten im Innenraum, wenn Zonen überschritten werden, zu teuer sind. (Berlin und Hamburg sind auf längeren Strecken günstiger!)	SÖS/Linke 709	wird nicht umgesetzt	Da die Landesregierung Baden-Württemberg derzeit keine rechtlichen Schritte zur Einführung einer City-Maut plant, kann dieses Thema auch von Seiten der Stadt wegen der fehlenden Rechtsgrundlage nicht weiterverfolgt werden.
277	1883	Sanierung des Feuersees	Immer wieder der Feuersee. Er könnte so schön sein, wenn - das Wasser bessere Qualität hätte - die Grünflächen gepflegt wären - der Müll am und im See beseitigt würden - die Bänke erneuert würden - oder ein völlig neues Konzept zur Freizeitnutzung verwirklicht würde. Im Herbst wird das Wasser abgelassen. Zurück bleibt über den ganzen Winter ein stinkender, dreckiger Tümpel. Ohne den Müll, die Fahrräder, die Einkaufswagen aus dem See zu entfernen läuft im Frühjahr wieder Wasser nach. Ich bin dann zwar nicht glücklich, aber froh, den Dreck nicht mehr zu sehen. Der schwäbische Sparwahn geht so weit, dass nun auch schon früh am Abend die Fontäne abgestellt wird. Es gibt außer Sparen auch noch Lebensqualität. Die darf ruhig paar Euro kosten.	Bü. 90/Grüne 385 CDU 457, SPD 514	GR stimmt zu	Der Feuersee soll saniert werden. Dafür werden im Jahr 2013 100.000 € und für 2014 400.000 € zur Verfügung gestellt. Damit soll insbesondere die Schlamm-schicht am Seegrund entfernt werden und erste Maßnahmen zur Abdichtung des Seeufers durchgeführt werden. Darüber hinaus werden im Doppelhaushalt 2012/2013 120.000 € für die für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Feuersee zur Verfügung gestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Bitte den See sanieren! Er ist ein Kleinod inmitten der Stadt.			
285	945	Vergnügungssteuer erhöhen	Die Vergnügungssteuer auf 20 % erhöhen, um vielleicht doch mal die Geräteanzahl in der Stadt einzudämmen. Die Mehreinnahmen könnte man gut gebrauchen.	Bü. 90/Grüne 378, SPD 566, SÖS/Linke 711	GR stimmt zu	Im Doppelhaushalt wurde eine Erhöhung der Vergnügungssteuer beschlossen. Dadurch rechnet die Stadt mit ca. 4,5 Mio. Mehreinnahmen pro Jahr. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus einer Erweiterung der Steuertatbestände (künftige Besteuerung von PCs mit Internetzugang, von Wettbüros, sowie von Bordelle/Laufhäuser) und einer Erhöhung des Steuersatzes für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit von 18 auf 22 %.
299	481	Radweg Feuerbacher Tal	Zwischen Botnang und Feuerbach wird dringend ein befestigter Radweg benötigt. Das Fahren auf der Straße ist gefährlich, auf dem unbefestigten Radweg im Wald kann man bei Regen nicht fahren. Danke.	CDU 460, Fr. Wähler 602	wird später entschieden	Es wurde eine pauschale Steigerung der Mittel für den Radverkehr in Höhe von 1,5 Mio. € pro Jahr. beschlossen. Im Fachausschuss soll über die Verwendung der Mittel beraten werden.
313	2039	Stuttgart Dance Company - Eric Gauthier	Aus "Gauthier Dance - Dance Company Theaterhaus Stuttgart" sollte zukünftig die "Stuttgart Dance Company - Eric Gauthier" werden. Ein wunderbarer Botschafter der Kulturstadt Stuttgart. Das Ensemble verleiht dem Ruf Stuttgarts als Tanzstadt neuen Schwung: Deutscher Tanzpreis "Zukunft" 2011. Die langfristige Bindung des Ensembles an Stuttgart sollte uns eine angemessene Förderung wert sein.	Bü. 90/Grüne 411, CDU 508, SPD 542	GR stimmt zu	Gauthier Dance wurde bereits 2011 mit einer einmaligen Förderung von 80.000 € aus Projektmitteln unterstützt. Ab 2012 wird die städtische Förderung auf 300.000 € pro Jahr (2012/2013) ausgeweitet. Zusätzlich erhält Gauthier Dance eine Förderung vom Land.
315	589	Weitere betreute Taubentürme/ Taubenverschläge einrichten	Die Tauben beschern uns nur Kosten: Reinigungskosten, Maßnahmen zur Taubenabwehr. Trotzdem ist alles vollgekotet.  Mein Vorschlag: Mindestens noch ein Dutzend dieser betreuten Taubentürme /Taubenverschläge einrichten! So konzentriert sich der Kot nur an wenigen Stellen und kann leicht beseitigt werden. Außerdem lässt sich dort die Vermehrung der Tauben unterbinden. Das reduziert Kosten für Gemeinde und Wirtschaft und wiegt die Investitionen mehr als auf.	Bü. 90/Grüne 403, CDU 453, SPD 520	GR stimmt zu	Für die Reduzierung der Taubenpopulation stellt die Stadt im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich 115.000 € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln sollen Standorte für neue Taubenobjekte (=Taubenschläge oder Taubentürme) gesucht und verwirklicht werden. Es können voraussichtlich 2-3 neue Taubenobjekte geschaffen werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
321	760	Sozialticket für Bedürftige im VVS	<p>Die Stadt Stuttgart setzt sich für die Einführung eines Sozialtickets im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) unter den Verbundpartnern ein. Das Ticket soll monatlich nicht mehr kosten als die im Arbeitslosengeld (ALG) II-Bedarfssatz veranschlagten Mittel für Mobilität. Auch Armutsschwellenhaushalte wie Aufstocker und Wohngeldempfänger sollen als Anspruchsberechtigte berücksichtigt werden. Für Kinder und Jugendliche soll ebenfalls entsprechend der ALG II-Sätze ein Sozialticket geschaffen werden.</p> <p>Durch die Tarifstruktur im VVS ist es für viele Menschen aus finanzieller Sicht nicht möglich eine Wertmarke zu lösen. In den vergangenen 10 Jahren sind die Ticketpreis im Schnitt um 30 Prozent gestiegen. Das bedeutet für diejenigen mit geringem Haushaltseinkommen alltäglich eine räumliche Isolation die es den Betroffenen unmöglich macht, kulturelle, demokratische und soziale Bedürfnisse zu befriedigen. Die regionale Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten von 2009 zeigt deutlich, dass lediglich 4,9 Prozent der Nicht-Erwerbstätigen den öffentlichen Verkehr nutzen (können). Es ist also kaum zu erwarten, dass eine für den VVS "teure Flucht" aus regulären Tickets in ein Sozialticket erfolgen kann.</p> <p>Erfahrungen aus anderen Städten wie Köln zeigen, dass ein Sozialticket zu einer besseren Auslastung der Busse und Bahnen führt und durch viele neue Stammkunden dabei kostenneutral ist. Zudem wird den Betroffenen Teilhabe am öffentlichen Leben zurückgegeben, anstatt fortlaufend deren soziale Netzwerke und Familien durch den preisbedingten Ausschluss vom öffentlichen Verkehr zu zerstören.</p>	SÖS/Linke 696	GR lehnt ab	<p>Der Vorschlag, ein Sozialticket im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) einzuführen, wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen aufgegriffen und geprüft. Die Umsetzung wäre allerdings mit einem finanziellen Mehraufwand für die Stadt in Millionenhöhe verbunden. Angesichts der eingeschränkten finanziellen Spielräume wurde der entsprechende Haushaltsantrag von den Antragstellern zurückgezogen.</p> <p>Im Rahmen der Bonuscard gewährt die Landeshauptstadt Stuttgart Fahrkostenzuschüsse zur Ermäßigung der VVS-Fahrpreise. Der jährliche Aufwand hierfür beläuft sich auf rund 2,2 Mio. €.</p>

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
323	687	Sicherstellen der Städtischen Mittel für die Jugendarbeit: Café Alberta, Wilde 13 und MefJu	<p>Einen ganz wichtigen Beitrag zur Intergration und Bildung von Jugendlichen leisten in Sillenbuch die Mobile Jugendarbeit, das "Cafe Alberta", die "Wilde 13" und MefJu. Diese drei Projekte tragen wesentlich dazu bei, dass benachteiligte Jugendliche (und deren Familien), meist mit Migrationshintergrund, in das gesellschaftliche Leben integriert werden. Dies geschieht durch überwiegend ehrenamtliche geleistete Arbeit von Sillenbacher Bürgerinnen und Bürger. Ein Schwerpunkt liegt in der Unterstützung im Bereich schulische und berufliche Bildung.</p> <p>Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es neben der finanziellen Unterstützung durch die Träger der Projekte (Katholisch Kirchengemeinde und Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt) unbedingt auch der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Stuttgart.</p>	Fr. Wähler 585, SÖS/Linke 766	wird umgesetzt	Die Förderung der genannten Projekte war im Haushaltsentwurf vorgesehen und wurde so auch vom Gemeinderat beschlossen. (Cafe Alberta ca. 70.000, Wilde 13 ca. 20.000, MefJu 16.900 €)
356	2077	Förderung der Arbeit mit straffälligen und gefährdeten Migranteng jugendlichen von Stuttgart	<p>Der Bedarf an Betreuung und Begleitung von gefährdeten und straffälligen Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund ist gewachsen. Das Patenschaften- und Mentorenprogramm der DJR wird vermehrt von Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in Anspruch genommen.</p> <p>Für die Betreuung der Jugendlichen steht ein Netzwerk zur Verfügung, das sich im Laufe der letzten Jahre aus den Arbeitsprozessen herausgebildet hatte. Zu dem produktiven Netzwerk gehören neben den Sozialunternehmen auch die Polizei, Staatsanwaltschaft und die Jugendrichter. Damit wird jedem Jugendlichen eine Chance geboten und Perspektiven aufgezeichnet.</p> <p>Wir schlagen vor, das Patenschaften- und Mentorenprogramm der DJR e. V. in den Haushaltsplan 2012 und 2013 mit einer Fördersumme in Höhe von 66.000 € aufzunehmen.</p>	CDU 439	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für das Patenschafts- und Mentorenprogramm der Deutschen Jugend aus Russland e.V. eine Förderung in Höhe von 25.000 € pro Jahr beschlossen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Auch in schwierigen und scheinbar hoffnungslosen Fällen werden Ansätze unserer Arbeit bleiben: Empowerment und "Hilfe zur Selbsthilfe". Wir geben keinen Jugendlichen auf.			
363	1909	Freie Schulen besser fördern	Im letzten Jahr hat der Gemeinderat die Kürzung des Sachkostenzuschusses für die Freien Schulen von 60% auf 45% beschlossen. Wir fordern für den nächsten Haushalt die Rücknahme dieser Kürzung und die Wiedereinführung der 60%-Regel. Denn: Die Freien Schulen wollen weder eine Verschlechterung des Unterrichts aufgrund fehlender Finanzmittel noch eine soziale Ausgrenzung von Kindern, deren Eltern sich das Schulgeld nicht (mehr) leisten können - jedes Kind soll die Schule besuchen können, die für Sie oder ihn am besten ist.	Fr. Wähler 625	wird nicht umgesetzt	Trotz der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung reduzierten Zuschüsse liegt die Landeshauptstadt Stuttgart bei der freiwilligen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft an der Spitze in Baden-Württemberg. Nach dem Privatschulgesetz ist das Land für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zuständig.  Der Antrag auf Rücknahme der Kürzung der Zuschüsse für freie Träger wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgezogen.
375	620	Bereitstellung der Projektmittel für den Bezirksbeirat in vollem Umfang (Bürgerschaftliches Engagement).	Mit den von der Stadtverwaltung bereitgestellten Projektmitteln haben die Bezirksbeiräte in der Vergangenheit bürgerschaftliches Engagement im eigenen Stadtbezirk unterstützen können.  Kleinere Projekte und Vorhaben von engagierten Bürgerinnen und Bürger scheitern sehr oft an den fehlenden Geldmitteln. Es werden keine immensen Summen für die tollen und vielseitigen Projekte benötigt. Im letzten Doppelhaushalt wurden die bereits zugesagten Mittel erheblich gekürzt.  Die Projektmittel für den Bezirksbeirat sollen auf den ursprünglichen Stand angehoben werden.	Fr. Wähler 638	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat eine Erhöhung des Budgets der Bezirksbeiräte zur Förderung des besonderen ehrenamtlichen Engagements im Stadtbezirk wegen anderweitiger Prioritäten abgelehnt. Dieses Budget war aufs Ganze gesehen bisher immer ausreichend gewesen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
379	464	Sprachförderung für Bürger mit Migrationshintergrund	Bürger mit Migrationshintergrund sollten schon ab dem Besuch des Kindergartens eine Sprachförderung erhalten. So erhalten wir eine leistungsfähigere Gesellschaft und müssen letztendlich auch weniger Hartz 4-Empfänger bezahlen. Durch eine bessere Integration von Migranten erhalten wir gute Arbeitskräfte die unsere Stadt voranbringen. Das Abschaffen der Sprachbarriere hat hierbei höchste Priorität!	Bü. 90/Grüne 408, CDU 437, SPD 523, SÖS/Linke 758	GR stimmt zu	Die bereits im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel für die Sprachförderung in Höhe von 1.953.000 € wurden für das Jahr 2012 um 426.400 € und 2013ff. um 376.400 € erhöht. Damit können insgesamt 507 Gruppen in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen Sprachfördermaßnahmen erhalten.
385	516	Mobile Jugendarbeit ausbauen	Es gibt in vielen aber noch nicht allen Stadtbezirken mobile Jugendarbeit in Ergänzung zu den Jugendhäusern. Der flächendeckende Ausbau zum Beispiel in den oberen Neckarvororten wäre eine sinnvolle Investition, um Jugendlichen eine Perspektive zu bieten oder in Krisen zu begleiten.	Fr. Wähler 587,  SÖS/Linke 754	GR stimmt teilweise zu	In der Diskussion über die Schaffung bzw. Finanzierung von Stellen für die mobile Sozialarbeit in den Neckarvororten und in Vaihingen wurde vom Gemeinderat mehrheitlich kein Bedarf gesehen. Dementsprechend wurde der Antrag abgelehnt. Beschlossen wurde die Förderung einer 0,5 Stelle für den Stadtbezirk Stammheim.
387	1368	Sprachförderung für Kinder	Alle KiTas, Horte, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sollten bei der Sprachförderung von Kindern, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, unterstützt werden. Entweder finanziell oder mit entsprechendem Personal. Nur Kinder, die deutsch sprechen können, können auch lesen und schreiben lernen, und damit einen Schulabschluss machen, der sie hoffentlich später vor Arbeitslosigkeit bewahrt.	Bü. 90/Grüne 408, CDU 437, SPD 523, SÖS/Linke 758	GR stimmt zu	Die bereits im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel für die Sprachförderung in Höhe von 1.953.000 € wurden für das Jahr 2012 um 426.400 € und 2013ff. um 376.400 € erhöht. Damit können insgesamt 507 Gruppen in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen Sprachfördermaßnahmen erhalten.
392	1063	Mountainbike- oder Downhill-Parcour zwischen Degerloch und Stuttgart-Süd	Anlegen einer ausgewiesenen Strecke für Mountainbike Fahrer.	Bü. 90/Grüne 402	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für den Bau und die Unterhaltung einer Downhillstrecke im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt 135.000 € zur Verfügung gestellt. Diese Downhillstrecke soll auf der bereits jetzt schon genutzten Abfahrt im Dornhaldenwald von Stuttgart-Degerloch nach Stuttgart-Süd eingerichtet werden.
394	191	Naturwissenschaftliche Räume	Die Geschwindigkeit des Ausbaus der naturwissenschaftlichen Räume geht immer noch zu schleppend vor sich und muss deutlich beschleunigt werden. Da es der Bildungsplan verlangt, hat jeder Schüler in Stuttgart auch Anspruch darauf, danach unterrichtet zu werden.	CDU 423, SPD 529, SÖS/Linke 724	GR stimmt zu	Für die Einrichtung von drei weiteren NWT-Räumen wurden 1,05 Mio. € bereitgestellt. Die Umsetzung soll innerhalb von 4 Jahren erfolgen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
424	1488	Zuschuss zum Olgäle sichern und erhöhen	<p>Das Stuttgarter Olgahospital (s' Olgäle / das Kinderklinikum) schreibt rote Zahlen. Dies hat zwei Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Olgäle übernimmt zum einen ambulante Leistungen (Bereitschaftsdienst), die sonst eigentlich von den niedergelassenen Ärzten übernommen werden. Die Krankenkassen, beziehungsweise die Kassenärztliche Vereinigung, zahlen dem Klinikum für die Kinder-Ambulanzen aber nicht die gleiche Summe wie den niedergelassenen Ärzten, sondern einen geringeren Anteil bzw. zum Teil gar nichts.</li> <li>- Es gibt ein strukturelles Defizit, dessen Ursache und Höhe aber noch nicht klar ist.</li> </ul> <p>Der Gemeinderat hat daher für die letzten zwei Jahre einen Sockelzuschuss von 5 Millionen Euro jährlich bewilligt.</p> <p>Mein Vorschlag ist es nun, dass die Stadt Stuttgart die Kinderklinik noch weiter unterstützt! Es ist ganz klar die Aufgabe der Stadt, für eine Gewährleistung der medizinischen Versorgung (vor allem für Kinder) zu sorgen. Der Zuschuss sollte beibehalten bzw. falls nötig erhöht werden. An der Gesundheit unserer Kinder darf nicht gespart werden.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 409,</p> <p>CDU 855,</p> <p>SPD 534,</p> <p>SÖS/Linke 706</p>	GR stimmt zu	Auf Antrag mehrerer Fraktionen des Gemeinderats wurde beschlossen, die Gewährung des Sockelzuschusses für das Olgahospital in Höhe von 5 Mio. € pro Jahr um zwei weitere Jahre bis zum Umzug in den Neubau im Jahr 2013 zu verlängern. Dies ist auch Bestandteil der Verlängerung des so genannten 4-seitigen Vertrags zur dauerhaften wirtschaftlichen und qualitativen Sicherung und Weiterentwicklung des Klinikums.
435	686	Bürgerhaus mit integrierter Stadtteilbibliothek in Sillenbuch endlich bauen!	<p>Seit vielen Jahrzehnten warten die Sillenbacher, Heumadener und Riedenberger auf das versprochene Bürgerhaus. Die Bezirksverwaltung ist zur Zeit in einem maroden Gebäude untergebracht. Für Rollstuhlfahrer ist zum Beispiel das Bürgerbüro nur mit fremder Hilfe zu erreichen. Auch die Feuerwehr Sillenbuch ist in für die heutige Zeit unzulänglichen Räumen im alten Bezirksrathaus beheimatet.</p> <p>Was uns Bürgern fehlt ist ein neues Bezirksrathaus mit der längst überfälligen Stadtteilbibliothek, Tagungsräumen für den Bezirksbeirat, für Ehrungen, Trauungen, Infoveranstaltungen. Und die Feuerwehr könnte auch noch im</p>	<p>Fr. Wähler 596,</p> <p>FDP 675</p>	wird nicht umgesetzt	Innerhalb der Haushaltsberatungen wurden Planungsmittel für ein Bürger- und Verwaltungszentrum Sillenbuch beantragt. Aufgrund knapper Finanzmittel wurde der Antrag wegen fehlender Priorität zurückgezogen.



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Untergeschoss untergebracht werden. Eigentlich längst beschlossenen Sache, nur die Mittel fehlen.			
452	664	Bau eines geplanten Fußgänger- und Radwegsteges	Bau des geplanten Fußgänger- und Radwegsteges zwischen dem Gewerbegebiet Zuckerfabrik, dem Wohngebiet Hallschlag und dem Stadtbezirk Münster Der Steg stellt eine wichtige Verbindung zum geplanten Travertinpark dar. Er ist zudem ein wichtiger Schulweg, da Kinder vom Hallschlag die Elise von König-Schule besuchen.	Fr. Wähler 609	GR lehnt ab	Im Zuge der Haushaltsplanberatungen wurden für den Fußgängersteg zwischen Münster und Hallschlag (Zuckerfabrik) Planungsmittel beantragt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Gemeinderatsfraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt.
466	445	Sanierung des Elly-Heus-Knapp Gymnasiums	Durchführung der schon seit Jahren dringend notwendigen energetischen Sanierung (Fenster, Fassadeisolierung und so weiter) des Elly-Heus-Knapp-Gymnasiums.	CDU 422, SÖS/Linke 726	wird später entschieden	Im Doppelhaushalt 2012/2013 wurde für die Planung verschiedener Schulbaumaßnahmen eine Pauschale von 4 Mio. € beschlossen. Welche konkreten Maßnahmen tatsächlich geplant werden können, wird durch Priorisierung festzulegen sein. Die Entscheidung darüber, ob Planungsmittel für die Sanierung des Elly-Heuss-Knapp Gymnasiums 2012/2013 zur Verfügung stehen, muss noch getroffen werden.
481	2025	Ausbau der Hortbetreuung	In Stuttgart fehlen in ganz erheblichem Umfang Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder, die vorhandenen Hortplätze reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Daher ist der Ausbau dringend erforderlich. Die Hortbetreuung ist flexibler und wird den Bedürfnissen der Familien deutlicher mehr gerecht als die von der grün-roten Landesregierung geplante Einführung von gebundenen, also für alle verpflichtenden Ganztagschulen.	Bü. 90/Grüne 394, CDU 420, SPD 527, FDP 641, SÖS/Linke 726, SÖS/Linke 764	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen beschlossen. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Die baulichen Maßnahmen mit Kosten von 6,48 Mio. € sollen im DHH 2012/2013 abgeschlossen werden. Für die Betriebskosten (insb. Betreuung) wurden 7,6 Mio. €/Jahr bereitgestellt.
488	1258	Kinderspielplätze sanieren	Angesichts des Zustandes vieler Spielplätze müsste hier viel mehr investiert werden.	Bü. 90/Grüne 380, Fr. Wähler 570	GR stimmt zu	Für die Sanierung von Kinderspielplätzen wurden vom Gemeinderat pro Jahr 500.000 € pauschal zusätzlich bewilligt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
490	1563	Kindergärten	Kindergärten ausbauen. In Kindergärten Deutsch für Ausländerkinder anbieten.	CDU; SPD; Bü. 90/Grüne 377,  Bü. 90/Grüne 408,  CDU 437,  SPD 523,  Fr. Wähler 567,  FDP 641,  SÖS/Linke 758,  SÖS/Linke 762,  REP 788	GR stimmt zu	In den Jahren 2012-2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.  Die bereits im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel für die Sprachförderung in Höhe von 1.953.000 € wurden für das Jahr 2012 um 426.400 € und 2013ff. um 376.400 € erhöht. Damit können insgesamt 507 Gruppen in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen Sprachfördermaßnahmen erhalten.
503	383	Umwandlung des Hartplatzes der TSVgg Münster in einen Kunstrasen	Für die TSVgg Stuttgart-Münster spielen 250 Kinder in 13 Mannschaften aus 12 Nationen Fußball. 2010 wurde die Fußballabteilung 100 Jahre alt und erhielt in diesem Jahr zum 12 Male in Folge den Anerkennungspreis für gute Jugendarbeit vom württembergischen Fußballverband. Über 30 Jahre ist unser alter Hartplatz nun alt und entspricht bei weitem nicht mehr den Anforderungen des modernen Fußballtrainings und gefährdet zusätzlich die Gesundheit der Kinder. Deshalb sollte der Platz dringend in einen Kunstrasen umgewandelt werden.	CDU 463,  SPD 545,  Fr. Wähler 580,  FDP 656,  REP 800	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat beschlossen, den vorhandenen Tennenplatz in einen Kunststoffrasenplatz umbauen zu lassen. Hierfür stellt er 630.000 € zu Verfügung und ein Landeszuschuss in Höhe von 80.000 € wird beantragt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
510	1799	Psychologische Fachkräfte in Schulen	<p>Die zunehmende psychische Labilität von Kindern und Jugendlichen braucht innerhalb der Bildungseinrichtungen konstante gut ausgebildete Fachkräfte. Diese sollten den Unterricht begleiten und den Kindern und Jugendlichen als Ansprechpartner ausreichend zur Verfügung stehen.</p> <p>Die Arbeitszeiten dieser Fachkräften müssten so getaktet werden können, dass diese Personen nicht selbst in Überforderungszustände geraten. Diese Investion wäre zukunftsweisend, da die Stabilität, Sozialkompetenz und Urteilsfähigkeit der Jugend die Grundlage gesellschaftlicher Weiterentwicklung ist.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 397,            CDU 427,            SPD 528,            Fr. Wähler 571,            FDP 646</p>	GR stimmt zu	Die Stadt stellt den Trägern der Schulsozialarbeit im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich Mittel in Höhe von 272.715 € pro Jahr zur Verfügung. Hiermit können 19,5 neue Stellen für die Schulsozialarbeit gefördert werden. Der zuständige Fachausschuss des Gemeinderates wird noch darüber entscheiden, welche Stuttgarter Schulen künftig eine verstärkte Förderung durch Schulsozialarbeiter erhalten sollen. Insgesamt werden somit 53,5 Vollzeitstellen für Sozialarbeit an Schulen gefördert (41 Stellen an allgemeinbildenden Schulen sowie 12,5 an beruflichen Schulen).
516	1142	Klimaschutz durch mehr städtisches Energiecontracting	<p>Die Stadt Stuttgart hat für stadteigene Liegenschaften ein Energiecontracting-Programm mit einem Fonds von derzeit 8,8 Millionen Euro eingerichtet. Damit kann das Amt für Umweltschutz Energiesparmaßnahmen, z. B. Wärmedämmung an stadteigenen Gebäuden, finanzieren. Was diese Investitionen an Energiekosten für die Stadt Stuttgart einsparen, fließt bis zur Höhe der jeweiligen Investitionssumme wieder zurück in den Fonds und kann für neue Energieeffizienzinvestitionen genutzt werden. Dieses bewährte Modell sollte dringend ausgebaut werden. Indem der Fonds (einmalig, d. h., ohne weitere Kosten für die Folgejahre!) auf 20 Millionen Euro aufgestockt wird, können ausstehende Energieeffizienzmaßnahmen zügiger durchgeführt werden. Damit kann die Stadt Stuttgart zeigen, dass Klimaschutz ihr ein ernstes Anliegen ist.</p> <p>Der Gemeinderat verabschiedete im Herbst 2007 ein umfangreiches Maßnahmenpaket, damit bis 2020 in der gesamten Stadt 40 Prozent weniger CO2 ausgestoßen werden. Dieses ambitionierte Ziel bedarf zur erfolgreichen Umsetzung ausreichender Finanzmittel auch im Energiecontracting, zumal diese hier über Energiekosteneinsparungen wieder an die Stadt zurückfließen. Die Stadt muss bei ihren</p>	<p>Bü. 90/Grüne 391,            SPD 516,            SÖS/Linke 781</p>	GR stimmt teilweise zu	Die Mittel für das stadtinterne Contracting wurden für die Jahre 2012 und 2013 um jeweils 2 Mio. € erhöht.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			eigenen Gebäuden mit gutem Vorbild vorangehen!			
523	650	Hallenbad Feuerbach sanieren	Das Feuerbacher Hallenbad sollte unbedingt saniert und auch modernisiert werden.	CDU 469, Fr. Wähler 595	GR lehnt ab	Verwaltung und Gemeinderat haben angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Bereich der Sanierungsmaßnahmen andere Prioritäten gesetzt. Da weder die Betriebssicherheit noch die Funktion des Hallenbads Feuerbach gefährdet ist, kann die Maßnahme im Kontext aller anstehenden Projekte im Bäderbereich erst zur Aufnahme in den nächsten Doppelhaushalt 2014/2015 angemeldet werden.
532	959	Finanzielle Unterstützung des Projektes „Mefju“ auch im nächsten Doppelhaushalt	<p>Bei dem Projekt „Mefju“ – Mentoren für Jugendliche – fördern ehrenamtliche Mentoren gezielt und individuell Jugendliche aus dem Stadtbezirk Sillenbuch im Alter von 12 bis 20 Jahren, deren Eltern wegen fehlender Deutschkenntnisse oder einer schwierigen sozialen Lage die Schulkarriere ihrer Kinder nicht begleiten können.</p> <p>Die Mentoren unterstützen die jungen Leute bei den Hausaufgaben, bei der Verbesserung der Deutschkenntnisse, bei der Suche nach einem Praktikums- oder Ausbildungsplatz oder nach einer weiterführenden Schule und helfen ihnen und oft auch ihren Familien im Leben zurechtzukommen</p> <p>Die Mentoren werden durch eine Sozialpädagogin unterstützt und begleitet. Sie führt zu Beginn jeder Patenschaft Gespräche mit Eltern, Jugendlichen und Mentoren und hilft weiter, wenn es bei den Patenschaften Probleme gibt. Für die Mentoren organisiert sie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung.</p> <p>Viele Jugendliche bekommen erst durch das Projekt die Chance einen Lebensweg einzuschlagen, der ihnen einen Platz in unserer Gesellschaft ermöglicht.</p>	Fr. Wähler 585, SÖS/Linke 766	wird umgesetzt	Das Projekt "Mefju" erhält im Doppelhaushalt 2012/2013 jährlich einen städtischen Zuschuss in Höhe von 16.900 €.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Alle Beteiligten hoffen und wünschen, dass dieses Projekt fortgesetzt werden kann.			
537	1424	Sprachförderung vor allem in KiTas und in Kitas, in denen ein Großteil der Kinder 2-sprachig aufwachsen	Die Sprache wird in den ersten Lebensjahren, also im Kita-Alter einfach und gut gelernt. In Stuttgart leben sehr viele Nationen und das gehört zu Stuttgart! Die Sprachförderung in den KiTas, in denen ein Großteil der Kinder 2-sprachig aufwachsen, sollte noch mehr unterstützt werden. Die Unterstützung stelle ich mir in der Form vor, dass der Personalschlüssel erhöht wird und das Personal eine Ausbildung als Erzieher haben. Da dieser Beruf immer unattraktiver wird, sind die angehenden Erzieher nicht motiviert genug und gehören auch nicht zu den Leuten, die die Sprache gut können. Außerdem gibt es immer mehr Quereinsteiger.	Bü. 90/Grüne 408, CDU 437, SPD 523, SÖS/Linke 758	GR stimmt teilweise zu	Die bereits im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel für die Sprachförderung in Höhe von 1.953.000 € wurden für das Jahr 2012 um 426.400 € und 2013ff. um 376.400 € erhöht. Damit können insgesamt 507 Gruppen in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen Sprachfördermaßnahmen erhalten.
564	177	Neubau Kinder- und Jugendhaus Giebel mit Kindertageseinrichtung und Räumen für den Bürgerverein	Neubau Kinder- und Jugendhaus in Giebel mit Kindertageseinrichtung und Räumen für den Bürgerverein	Bü. 90/Grüne 393, Fr. Wähler; FDP 572	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für den Neubau eines Kinder- und Jugendhauses (einschl. Gemeinwesenräume) in Giebel insgesamt 4,165 Mio. € bewilligt, die sich auf die Jahre 2013-2015 verteilen.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
566	1120	Ganztagesesschulen nur auf freiwilliger Basis	<p>Der Ausbau von Ganztagesesschulen ist sinnvoll und eine große Erleichterung für berufstätige Eltern. In jedem Stadtteil sollte deswegen eine Ganztagesesschule angeboten werden.</p> <p>Allerdings wäre es wichtig, dass diese ein freiwilliges Angebot bleibt, für deren Nutzung die Eltern ein angemessenes Entgelt entrichten, so wie es auch beim Schülerhort der Fall ist.</p> <p>Eine verpflichtende Ganztagesesschule für alle Kinder schießt über das Ziel hinaus. Sie würde dazu führen, dass durch den Wegfall der freien Nachmittage die Möglichkeiten eingeschränkt werden, dass sich die Kinder in (Sport-)Vereinen oder im musischen Bereich usw. ihren Neigungen entsprechend betätigen.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 394,</p> <p>CDU 420,</p> <p>SPD 527,</p> <p>FDP 641,</p> <p>SÖS/Linke 726,</p> <p>SÖS/Linke 764</p>	GR stimmt teilweise zu	<p>Im Doppelhaushalt 2012/2013 und der mittelfristigen Finanzplanung investiert die Landeshauptstadt Stuttgart 35 Mio. € für die Einrichtung von Ganztagesesschulen an acht Grund- und zwei weiterführenden Schulen. Die Stadt beabsichtigt, die Umsetzung voraussichtlich bis 2020 abzuschließen. Dies hängt auch von der Bereitstellung von Mitteln und Lehrern durch das Land ab.</p> <p>Bis alle Grundschulen in Ganztagesesschulen umgewandelt sind, strebt die Stadt als Zwischenlösung eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen an. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung.</p> <p>Die Rahmenbedingungen für die Teilnahme an der Ganztagesesschule werden durch das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg festgelegt. Hierbei besteht die Möglichkeit für die Schulen den Unterricht als Halbtagesesschule, Ganztagesesschule oder als teilgebundene Ganztagesesschule zu organisieren. Bei einer Anmeldung der Schüler zur Ganztagesesschule oder zum ganztägigen Anteil der teilgebundenen Ganztagesesschule besteht dann allerdings auch ganztägige Schulpflicht.</p>
573	684	Besserer Erhalt der Straßen	Die Straßen in Stuttgart befinden sich größtenteils in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Ein deutlich besserer Unterhalt der Straßen, wie von Technikbürgermeister Herrn Thürnau gefordert, sollte unterstützt werden.	<p>CDU 445,</p> <p>SPD 519,</p> <p>Fr. Wähler 576,</p> <p>FDP 687,</p> <p>REP 804</p>	GR stimmt zu	Für die Sanierung von Straßen wurden pro Jahr 1,0 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. In den Jahren 2012 und 2013 stehen dann insgesamt 8,0 Mio. € pro Jahr. zur Verfügung.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
596	526	neues 50m Sport- bad mit zusätzli- chem 25m Becken	<p>Situationsbeschreibung: Heute stehen mit dem Inselbad und dem Stadtbad Cannstatt zwei Bäder zur Verfügung, in denen zeitgleich Leistungsschwimmen auf der 50 Meter Bahn und Schwimmausbildung und Breitenschwimmen auf der 25m Bahn möglich ist. Dies entspricht grob einer Kapazität von 22 mal 25 Bahnen.</p> <p>Angedachtes Konzept laut Machbarkeitsstudie Sportbad Neckarpark: Ablösung der beiden Bäder durch ein 50m Hallenbad. Dies hätte umgerechnet eine Kapazität von 20 mal 25 Meter Bahnen.</p> <p>Folgerung: Die Machbarkeitsstudie zum neuen Sportbad im Neckarpark zielt in die richtige Richtung, geht aber von falschen Voraussetzungen aus und ist zu kurz gedacht. Bereits mit der heute zur Verfügung gestellten Wasserkapazität kommen die Vereine nicht aus und streiten sich um die Wasserflächen. Das Sportbad mit nur einem 50m Becken hätte eine geringere Kapazität und es wäre kein Parallelbetrieb Leistungssport, Ausbildung, Breitenschwimmen, Schulschwimmen, Gesundheitssport und Wasserball möglich.</p> <p>Vorschlag: Um weiterhin in Bad Cannstatt Kindern das Schwimmen lernen zu ermöglichen und die Vereinsarbeit parallel zum Leistungssport zu betreiben, ist deshalb unbedingt zum geplanten 50m Becken ein weiteres 25 Meter mal 16 Meter Becken nötig. Gerade für das Schwimmen lernen ist das zweite Becken geeignet, da dabei oft sogar quer 16 Meter geschwommen wird um den Kindern die Angst zu nehmen.</p> <p>Wenn der geplante Hubboden und die Sprunganlage dafür vom 50m Becken in das zweite Becken wandert, ergeben sich sogar Einspa-</p>	CDU 469,  SPD 544	GR stimmt teilweise zu	Vom Gemeinderat wurden für 2012/2013 Planungsmittel in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. € beschlossen, um ein Sporthallenbad NeckarPark als Ersatz für das stark sanierungsbedürftige Hallenbad Cannstatt und die abgängige Traglufthalle im Inselbad Untertürkheim errichten zu können. Über die Ausgestaltung des künftigen Sporthallenbades wird erst im Rahmen des Planungsprozesses entschieden.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>rungseffekte.</p> <p>Das zweite Becken ist auch die einzige Möglichkeit, die durch die G8 und Ganztagschulen stattfindende Konzentration der Vereinsarbeit auf die frühen Abendstunden im bisherigen Umfang zu ermöglichen. Eine Einbeckenlösung wäre einen deutliche Verschlechterung gegen den heute bereits schlechten Zustand.</p> <p>Zwei Becken würde auch eine Öffnung für die Öffentlichkeit ermöglichen, ohne den Vereinen die Wasserfläche an einem Tag zu kürzen. Dann müsste ggf. auch nur das 25 Meter Becken und nicht das 50 Meter Becken an diesem Tag höher temperiert werden, was zu einer weiteren deutlichen Ersparnis über geringere Energiekosten führen würde.</p> <p>Weiter wird das zweite Becken für die Schulen benötigt, um genügend Kapazität im Schwimmunterricht zur Verfügung zu stellen, denn aufgrund des Lärmpegels müssen im 50 Meter Becken bei Quernutzung Bahnen frei bleiben, so dass die heutige Kapazität der zwei Bäder bei einem Becken allein nicht erreicht würde.</p>			



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
598	2188	Ganztageschulen zügig ausbauen	sichergestellt sollten warme Mahlzeiten und ausreichend lange Betreuungszeiten für alle Kinder sein	Bü. 90/Grüne 394,  CDU 420,  SPD 527,  FDP 641,  SÖS/Linke 726,  SÖS/Linke 764	GR stimmt teilweise zu	Im Doppelhaushalt 2012/2013 und der mittelfristigen Finanzplanung investiert die Landeshauptstadt Stuttgart 35 Mio. € für die Einrichtung von Ganztageschulen an acht Grund- und zwei weiterführenden Schulen. Die Stadt beabsichtigt, die Umsetzung voraussichtlich bis 2020 abzuschließen. Dies hängt auch von der Bereitstellung von Mitteln und Lehrern durch das Land ab. Für die laufenden Betriebskosten für die 10 Schulen wurden im Endausbau jährlich 8,692 Mio. € bereitgestellt.  Bis alle Grundschulen in Ganztageschulen umgewandelt sind, strebt die Stadt als Zwischenlösung eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen an. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Hierzu wurden weitere Mittel für bauliche Maßnahmen in Höhe von 6,48 Mio. € und für Betriebskosten jährlich 7,6 Mio. € bereitge- stellt.
601	1328	Sozialarbeiter auch an Stuttgarter Realschulen	Hauptschulen sind mit Sozialarbeitern und Trainingsräumen ausgestattet. Gymnasien haben kleinere Klassen, da es in jedem Stadt- teil verschiedene Schulen mit unterschiedlichen Ausrichtungen (naturwissenschaftlich, sprach- lich, sportlich...) gibt. Doch Realschulen in Stuttgart sind das "Stiefkind", da sie weder mit Sozialarbeitern noch mit Trainingsräumen ausgestattet sind, obwohl sie eine so hohe Klassengröße haben, da es oft in jedem Stadt- teil nur eine Realschule gibt. Deswegen mein Appell an Sie, sich besser um die Realschulen zu kümmern.	Bü. 90/Grüne 397,  CDU 427,  SPD 528,  Fr. Wähler 571,  FDP 646	GR stimmt zu	Die Stadt stellt den Trägern der Schulsozi- alarbeit im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich Mittel in Höhe von 272.715 € pro Jahr zur Verfügung. Hiermit können 19,5 neue Stellen für die Schulsozialarbeit (dar- unter 9 an Realschulen) gefördert werden. Der zuständige Fachausschuss des Ge- meinderates wird noch darüber entschei- den, welche Stuttgarter Schulen künftig eine verstärkte Förderung durch Schulsozialar- beiter erhalten sollen. Insgesamt werden somit 53,5 Vollzeitstellen für Sozialarbeit an Schulen gefördert (41 Stellen an allgemeinbildenden Schulen sowie 12,5 an beruflichen Schulen).

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
606	1313	Radwege und Überwege an der Straße am Kräherwald / L 1187 bauen	Entlang der Kräherwaldstraße, insbesondere im Abschnitt ab dem Stuttgarter Reit- und Fahrverein in Richtung Killesberg, befinden sich beidseits der (zu stark, zu schnell befahrenen) L 1187 lediglich schmale Fußwege, die in schlechtem baulichen Zustand, teilweise überwachsen und schmal sind - diese sind für Radfahrer freigegeben. Es wäre wünschenswert, dass der Straßenraum der Kräherwaldstraße, die auch für viele Radfahrer eine wichtige Verbindung (Berufspendler, Freizeitverkehr) darstellt, so neu gegliedert wird, dass in beiden Fahrrichtungen angemessene und sichere Radwege entstehen. Es fehlen außerdem in diesem Abschnitt Überwege, die ein sicheres Überqueren der Fahrbahn - auch für Kinder! - ermöglichen. Die derzeitige Situation begünstigt den motorisierten Freizeitverkehr.	Fr. Wähler 604	wird später entschieden	Der Ausbau des Radweges entlang der Kräherwaldstraße befindet sich noch in der Planung. Der vorhandene Straßenquerschnitt und die Grundstückssituation ermöglichen keine günstige und schnelle Lösung. Sobald die Planungen abgestimmt und ausführungsfähig sind, wird geprüft, ob eine Ausführung im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen Pauschalmittel erfolgen kann.
608	1266	Bildungspolitik	Ein Thema ist die Bildungspolitik: Die Stadt hat im letzten Jahr den Zuschuss für die freien Schulen in Stuttgart gekürzt, wir erhielten 50.000 Euro weniger. Jetzt wäre es an der Zeit, diese Kürzung zurückzunehmen.	Fr. Wähler 625	wird nicht umgesetzt	Trotz der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung reduzierten Zuschüsse liegt die Landeshauptstadt Stuttgart bei der freiwilligen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft an der Spitze in Baden-Württemberg. Nach dem Privatschulgesetz ist das Land für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zuständig.  Der Antrag auf Rücknahme der Kürzung der Zuschüsse für freie Träger wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgezogen.
615	1257	Kronprinzenstraße gestalten	Eine der zentralsten Straßen in Stuttgart befindet sich in desolatem Zustand: die Kronprinzenstraße. Der Bodenbelag ist ein Flickenteppich, der die Straße zur "Buckelpiste" macht. Bänke, Stromkästen, Streugutbehälter usw. stehen wild im Weg herum, das Ganze hat Hinterhofcharakter und ist einer Landeshauptstadt nicht würdig. Stattdessen müsste diese zentrale Straße eine Visitenkarte der Stuttgarter Innenstadt sein.  Kann man sie nicht endlich mal anständig	CDU 444, FDP 686,	wird nicht umgesetzt	Die Instandsetzung und Umgestaltung der Kronprinzenstraße wurde während den Haushaltsplanberatungen beantragt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Fraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			sanieren, so wie die Königstraße? Eine einheitliche Gestaltung mit einem schönen Bodenbelag täte Not. Wie wäre es mit einem Gestaltungswettbewerb? Wie viel Potential in einer solchen Straße stecken kann, ist derzeit an der Querspange zwischen Königsraße und Marienstraße zu besichtigen, die momentan umgestaltet wird. Dieser Bereich beim Wilhelmsbau ist seither kaum wiederzuerkennen: viel attraktiver als vorher.			
621	1837	Mehr Entlastung und Lebensqualität für die Bürger in Zuffenhausen	<p>Umbau des Knotenpunktes B10/27 an der Friedrichswahl</p> <p>Der Stadtbezirk Zuffenhausen wird durch die Trassenführung der B10/27 in zwei Teile zerschnitten. Die Schadstoff- und Schallimmissionen verteilen sich begünstigt durch die Hochlage der Trasse über das gesamte Stadtgebiet von Zuffenhausen. Bereits jetzt ist eine deutliche Steigerung des Schwerverkehrsanteils durch das LKW – Durchfahrtsverbot im Stadtgebiet Stuttgart eingetreten.</p> <p>Eine zusätzliche Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch den Bau des Rosensteintunnels ist bereits prognostiziert. Laut Lärminderungsplan liegt die Belastung für den drittgrößten Stadtbezirk (37.000 Einwohner) jetzt schon über den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwert. Seit Jahren nimmt daher die Lebensqualität in Zuffenhausen ab. Über 12.000 Bürger forderten mit Ihren Unterschriften die Tieferlegung B10 / B27.</p> <p>Das Auffahrtsbauwerk an der Friedrichswahl wird laut Beschluss zurückgebaut und der Anschluss der B10/27 neu gestaltet, dies darf aber nicht zu einer Kapazitätserhöhung führen. Hier müssen nun Weichen für eine künftige Tieferlegung der Trasse gestellt werden.</p> <p>Der Bürgerverein Zuffenhausen e.V. und die Schutzgemeinschaft Krailenshalde e.V. setzen</p>	CDU 446,  SÖS/Linke 769	GR lehnt ab	Für den Umbau des Knotenpunktes B10/27 an der Friedrichswahl wurden Planungsmittel für die Erstellung eines Gutachtens zum Umbau der Friedrichswahl beantragt. Im Rahmen der Prioritätensetzung wurde dieses Vorhaben aufgrund der engen Finanzlage als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			sich hierfür schon seit Jahren ein.			
633	1225	Kreisverkehr Solitudestraße/ Engelbergstraße	Den seit Jahren geplanten Kreisverkehr bauen um den Verkehrsfluss zu verbessern.	SPD 519 Fr. Wähler; FDP 577,	GR lehnt ab	Innerhalb der Haushaltsberatungen wurde der Umbau der viel befahrenen Kreuzung Solitudestraße / Engelbergstraße / Spechtweg (Stadtbezirk Weilimdorf) in einen Kreisverkehr beantragt. Die Fraktionen haben aufgrund der begrenzten Finanzmittel jedoch andere Prioritäten gesetzt.
661	1979	Benachteiligung bei der Kinderbetreuung abbauen	<p>Berufstätige Eltern im Einzelhandel, Dienstleistungsbereich, Alters- und Pflegebereich, Krankenhaus und so weiter sind bei der Kinderbetreuung massiv benachteiligt. Es gibt keine oder nur vereinzelt Betreuungsangebote, die auf diesen Bedarf eingehen. Diese sind jedoch teuer und führen somit zu Ungerechtigkeiten.</p> <p>Beispiel: Eine Friseurin hat eine 5-Tage-Woche, allerdings von Dienstag bis Samstag - das öffentlich geförderte Kita-System bietet Betreuung aber nur von Montag bis Freitag an.</p> <p>Bedarfsgerechte Angebote führen zu mehr Zufriedenheit bei Eltern und Beschäftigungsmöglichkeiten (siehe auch Fachkräftemangel oder Pflegenotstand). Dies rechnet sich auch gesamtgesellschaftlich. Forderung: Schaffung von Kita-Plätzen mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten.</p>	<p>CDU; SPD; Bü. 90/Grüne 377,  Bü. 90/Grüne 408,  CDU 437,  SPD 523,  Fr. Wähler 567,  FDP 641,  SÖS/Linke 758,  SÖS/Linke 762,  REP 788</p>	GR stimmt zu	<p>In den Jahren 2012-2015 werden 1.763 zusätzliche Ganztagesplätze für 0-3jährige Kinder und 1.917 Ganztagesplätze für über 3jährige Kinder geschaffen. Dafür investiert die Stadt einmalig etwa 101,5 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Plätze betragen jährlich etwa 44,3 Mio. €.</p> <p>Die Mittel für die Kindertagespflege werden insgesamt um 1.376.000 € aufgestockt. Damit kann unter anderem auch die Vergütung der Tagesmütter verbessert werden. Diese wird künftig gestaffelt einerseits nach Alter der Kinder, andererseits nach Qualifikation der Tagesmütter erbracht. Künftig erhalten Tagesmütter mit einer Qualifizierung von mehr als 70 Unterrichtseinheiten für die Betreuung von unter 3jährigen Kindern 5,30 € je Betreuungsstunde, bei über 3jährigen 4,70 €. Bei einer geringeren Qualifikation der Tagesmütter beträgt der Stundensatz für 0-3jährige 4,30 €, für über 3jährige 4,00 €. Außerdem werden die Kosten für die Sozial- bzw. Unfallversicherung übernommen. Es werden künftig auch verstärkt Großpflegestellen mit bis zu 9 Kindern gefördert. Im Jahr 2012 sollen 10, im Jahr 2013 weitere 5 Großpflegestellen eingerichtet werden. Darüber hinaus wird ein Ersatzbetreuungsstützpunkt eingerichtet, um den Ausfall einzelner Tagesmütter auffangen zu können.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Im Zuge der Umsetzung des gesetzlich vorgegebenen Mindestpersonalschlüssels für die Kindertagesbetreuung wurde den Trägern die Möglichkeit einer 10-stündigen Ganztagesbetreuung eröffnet. Kitas mit Abend- oder Wochenendöffnungszeiten sind unter <a href="http://www.stuttgart.de/kits">http://www.stuttgart.de/kits</a> zu finden.
674	1616	Downhill Strecke	Die Zahl der sogenannten Downhill Sportbegeisterten nimmt permanent zu. In Stuttgart sind die Möglichkeiten diesen Sportlern mit ihren Spezialfahrrädern eine geeignete Abfahrtsstrecke zur Verfügung zu stellen, trotz Hanglage, sehr begrenzt. Bislang gab es nur von Forstamt, Anwohnern, Spaziergängern, Hundebesitzern und Sonstigen Personen heftig bekämpfte illegale Strecken; wobei teilweise sogar kriminelle Verhinderungstaktiken (wie z.B. Spannen von Angelschnüren auf der Strecke und Ähnliches) angewendet wurden. Es wäre daher dringend an der Zeit, diesen Sportlern eine legale Downhill Strecke einzurichten und zwar von Degerloch nach Heslach.	Bü. 90/Grüne 402	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für den Bau und die Unterhaltung einer Downhillstrecke im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt 135.000 € zur Verfügung gestellt. Diese Downhillstrecke soll auf der bereits jetzt schon genutzten Abfahrt im Dornhaldenwald von Stuttgart-Degerloch nach Stuttgart-Süd eingerichtet werden.
693	1508	Investitionsstau Krankenhäuser	Da das Land den für die Gebäudeerhaltung notwendigen Investitions- und Instandhaltungsbedarf der Krankenhäuser nicht bereit stellt, soll der Träger dies übernehmen. Zum einen ist das eine Aufforderung an die Politiker mehr Druck auf das Land aus zu üben, zum anderen muss der jeweilige Krankenhausträger als Verantwortliche einspringen. Im Falle der städtischen Krankenhäuser ist das unsere Landeshauptstadt. Mit den für die Gebäudesanierung festgelegten Mitteln könnten Massnahmen zur Energieeinsparung und Wärmeisolierung erfolgen und somit Betriebskosten eingespart werden. Das Haus selbst muss diese Kosten welche laut Gesetz das Land zu tragen hätte nicht auch noch aus dem laufenden Budget heraus durch harte Sparmassnahmen finanzieren.	Bü. 90/Grüne 409, CDU 855, SPD 534, SÖS/Linke 707	GR stimmt zu	Im Rahmen der Verlängerung des so genannten 4-seitigen Vertrags zur dauerhaften wirtschaftlichen und qualitativen Sicherung und Weiterentwicklung des Klinikums wurde unter anderem festgelegt, dass die Stadt für die Jahre 2012 und 2013 einen jährlichen Zuschuss für Investitionen in Höhe von 15 Mio. € gewährt. Ab 2014 beträgt der Zuschuss jährlich 12 Mio. € für die Laufzeit des Vertrages bis 2018.  Der städtische Haushalt übernimmt den gesamten Eigenanteil des Klinikums an den Baukosten für den Neubau der Frauenklinik und der Kinderklinik Olgahospital in Höhe von 132 Mio. €. Daneben trägt der städtische Haushalt auch die gesamten Kosten der Zwischenfinanzierung für die weiteren Großprojekte "Zentrum für seelische Gesundheit" in Bad Cannstatt sowie "Zentraler

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Neubau" am Katharinenhospital während der Bauphase.  Wie in den Jahren 2010 und 2011 erhält das Olgahospital auch für die Jahre 2012 und 2013 nochmals einen Ertragszuschuss in Höhe von jeweils 5 Mio. €, da die geplante Effizienzrendite erst nach dem Umzug 2013 realisiert werden kann.
710	1426	Fahrradweg am Kräherwald ausbauen	<p>Die Straße "Am Kräherwald" ist eine der meistbefahrenen Straßen in Stuttgart. Durch den Wegzug der Messe hat sich das hohe Verkehrsaufkommen nicht reduziert, im Gegenteil, es fahren immer mehr LKWs auf dieser Landesstraße, die den dort vorbeifahrenden Fahrradfahrern sehr nahe kommen. Denn direkt neben dieser großen Straße ist ein 90-cm-Gehweg-Streifen, der für Fußgänger und Radfahrer in zwei Richtungen (hin + her) erhalten muss. Der Zustand ist haarsträubend - der Asphalt weist über große Flächen Löcher und Risse auf, die für Fahrradfahrer sehr gefährlich sind. Auch wird die angrenzende Wiese bzw. Büsche nicht immer rechtzeitig gemäht bzw. zurück geschnitten, so dass der Weg noch mehr eingeengt wird.</p> <p>Hier ist eine Verbreiterung des Geh- und Radweges dringend notwendig, ist sie doch mit einer Erhöhung der Sicherheit für Radfahrer verbunden, speziell auch für Kinder und Schüler, die hier in die drei angrenzenden Schulen unterwegs sind.</p> <p>Die bereits eingeplanten 300.000,- Euro für die Fahrradüberquerung am Charlottenplatz können hierfür eingesetzt werden, so dass sich die Maßnahme für die Stadt Stuttgart kostenneutral darstellt.</p>	Fr. Wähler 604	wird später entschieden	Der Ausbau des Radweges entlang der Kräherwaldstraße befindet sich noch in der Planung. Der vorhandene Straßenquerschnitt und die Grundstückssituation ermöglichen keine günstige und schnelle Lösung. Sobald die Planungen abgestimmt und ausführungsfähig sind, wird geprüft, ob eine Ausführung mit den vom Gemeinderat beschlossenen Pauschalmitteln erfolgen kann.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
733	835	Radweg Botnang - Feuerbach; Nadelöhr am Botnanger Ortsrand beseitigen!	Die 4-spurige (!) Straße nach Feuerbach verengt sich am Ortsrand Botnangs in der Kurve auf 2 schmale Spuren und jeweils einen schmalen Gehweg(auf dem man bei Regen nassgespritzt wird und der bei Schnee nicht geräumt wird). Als Radfahrer kann man erst danach rechts auf den Lina-Hähnle-Weg abbiegen oder sein Fahrrad links einen Treppe hochtragen, um einen schmalen Begleitweg neben der Straße zu erreichen. Dieser Weg könnte so ausgebaut werden, dass auch Botnanger Schüler, die in Feuerbach zur Schule gehen, diesen benützen könnten. Vor allem die Treppe am Beginn des Weges sollte beseitigt werden, indem die steile Böschung abgegraben wird und so die Einfahrt in den Weg möglich wäre. Von den Kleingärten müsste ein Streifen abgetrennt werden, so könnte der Radweg hindernisfrei von der breiten Botnanger Ortsstraße hergeführt werden.	CDU 460, Fr. Wähler 602	wird später entschieden	Es wurde eine pauschale Steigerung der Mittel für den Radverkehr in Höhe von. 1,5 Mio. € pro Jahr beschlossen. Im Fachausschuss soll über die Verwendung der Mittel beraten werden.
734	787	Laufbahnsanierung des LAC Degerloch e.V. - Stadion Hohe Eiche	Der LAC Degerloch e.V. ist unter den Leichtathletikvereinen in Stuttgart derjenige mit dem größten Anteil an Jugendlichen und Kindern. Etwa 60 Prozent unserer 310 Mitglieder sind Jugendliche bzw. Kinder. Um ein angemessenes und nicht gesundheitsschädliches Training sowie Veranstaltungen für den Verein sowie für Schulen zu gewährleisten, benötigen wir dringend eine Sanierung unserer Laufbahn im Stadion Hohe Eiche (Stuttgart-Hoffeld). Viele Bereiche der Bahn lösen sich bereits ab, oder sind bereits soweit abgenutzt, dass wir nicht mehr lange mit gutem Gewissen Sportler darauf laufen lassen können. Die Sanierung der 30 Jahre alten Bahn wird nun bereits seit 8 Jahren verschoben.	SPD 545, Fr. Wähler 580, FDP 656	GR lehnt ab	Das Sport- und Erholungsgebiet Waldau ist mit einer Fläche von ca. 41 ha das zweitgrößte Sportgebiet in Stuttgart - nach dem Sportzentrum im NeckarPark - und hat eine sehr große Bedeutung für den gesamten Stuttgarter Sport (Breiten- und Freizeitsport, Leistungssport, Veranstaltungen). Zurzeit wird ein Entwicklungskonzept für die Gestaltung und Entwicklung des Gebiets Waldaus erarbeitet. Die Interessen des LAC Degerloch e.V. werden hierbei berücksichtigt.
747	1389	Fußgängersteg zwischen Nagoldstraße Münster-Bahnhofsgelände und Hallschlag-Zuckerfabrikgelände	Die Fußgängerverbindung zum Industriegebiet Hallschlag (Supermärkte Aldi, Lidl, diverse Handwerksbetriebe, neue BIL-Schule und umgekehrt die Verbindung für Schüler vom Hallschlag, die die Elise-von-König-Schule in Münster besuchen) ist seit Jahren dringend notwendig. Damit wird die verbotene und	Fr. Wähler 609	GR lehnt ab	Im Zuge der Haushaltsplanberatungen wurden für den Fußgängersteg zwischen Münster und Hallschlag (Zuckerfabrik) Planungsmittel beantragt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Gemeinderatsfraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			gefährliche Querung der Bahngleise verhindert.			
749	829	Plieningen Hallenbad soll länger öffnen und attraktiv bleiben!	Das Hallenbad Plieningen soll die ganze Woche öffnen statt bisher nur einmal. Dadurch würden mehr Besucher kommen, die auch Einnahmen bringen. Mit dem Einbau einer (kleinen) Wasserrutsche würde die Attraktivität des Bades gesteigert.	CDU 470, Fr. Wähler 621	wird nicht umgesetzt	Innerhalb der Haushaltsplanberatungen wurde die Verwaltung aufgefordert, zu prüfen, ob die Öffnung des Hallenbads Plieningen an einem zweiten Öffnungstags unter der Regie des TV Plieningens möglich wäre. Ein weiterer Öffnungstag wäre jedoch mit einem erheblichen Verwaltungs- und Abstimmungsaufwand zwischen Bäderbetrieben und Verein verbunden, der die bisher erreichten Einsparungen weitgehend aufzehren würde. Detaillierte Kosten könnten erst dann ermittelt werden, wenn von Seiten des Vereins ein konkretes Konzept vorgelegt wird, das unter anderem beinhaltet, welche Tätigkeiten in welcher Form übernommen werden. Über das Thema wird zu Beginn des Jahres 2012 im zuständigen Ausschuss weiter beraten.
764	587	Einsatz von Sozialarbeitern für Jugendliche in Stammheim	Im Bereich der Münchinger Str./Hornissenweg/Solitudeallee versammeln sich allabendlich mehrere Jugendliche. Deren Hauptbeschäftigungen sind Trinken, Lärmen und Sachbeschädigungen. Mit dem Einsatz von Sozialarbeitern könnte man das Problem vielleicht lösen oder zumindest mindern.	CDU 439, Fr. Wähler 587, SÖS/Linke 754	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat die finanzielle Förderung einer 50%-Stelle für die mobile Jugendarbeit in Stammheim beschlossen. Hierfür stellt die Stadt im Doppelhaushalt 2012/2013 jährlich 25.000 € zur Verfügung.
765	457	Straßenreparatur	Pro Jahr werden für die Reparatur und Erhaltung des Stuttgarter Straßennetzes mindestens 12,5 Millionen Euro angesetzt. Ein Teil des Straßennetzes ist in einem erbärmlichen Zustand, wie man jeden Tag leicht feststellen kann.  Die Vorstellung, mit jährlich 6 Millionen Euro ausreichend reparieren zu können, (wie im Haushalt 2011 eingestellt), ist blanke Illusion! Wir werden in wenigen Jahren da denselben Investitionsstau haben, wie heute schon im Schulbereich, mit der Folge, das es dann noch mehr finanzielle Mittel erfordert.	CDU 445, SPD 519, Fr. Wähler 576,  FDP 687, REP 804	GR stimmt zu	Für die Sanierung von Straßen wurden pro Jahr 1,0 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. In den Jahren 2012 und 2013 stehen dann insgesamt 8,0 Mio. € pro Jahr zur Verfügung.



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
777	151	Hallenbadneubau Wettkampftauglich	Nach Informationen der Medien wird im Neckarpark Cannstatt voraussichtlich ein Hallenbad entstehen, das ein bestehendes Hallenbad und ein Provisorium eines weiteren Bades ersetzt. Wenn solch ein Bad neu geplant und gebaut wird, meine Aufforderung, dann ausreichend Geld zu investieren, dass hier eine Anlage mit den Voraussetzungen entsteht, auf lange Zeit hinaus auch international bedeutsame Wettkämpfe der Hallen-Wassersportarten auszurichten. Nahe Schleyerhalle, Porsche-Arena, Stadion, Turnforum, SpOrt, Sportinternat könnte im Neckarpark ein bereits bedeutsamer - bundesweit und mehr - Standort für den Sport ausgebaut werden. - Stuttgart sieht sich als Sporthauptstadt. - - Gelegenheit im Zusammenhang mit bedeutsamen Sport-Veranstaltungen erwähnt zu werden -	CDU 469, SPD 544	GR stimmt zu	Vom Gemeinderat wurden für 2012/2013 Planungsmittel in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. € beschlossen, um ein Sporthallenbad NeckarPark als Ersatz für das stark sanierungsbedürftige Hallenbad Cannstatt und die abgängige Traglufthalle im Inselbad Untertürkheim errichten zu können. Über die Ausgestaltung des künftigen Sporthallenbades wird erst im Rahmen des Planungsprozesses entschieden.
805	1086	Kostenlose KiTa-Plätze	Stuttgart zählt zu den Regionen, in denen der Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft abhängt. Dieser sozialen Ungleichheit muss bereits im Kleinkindalter entgegengewirkt werden. Studien zeigen, dass Kinder aus benachteiligten Familien durch den Besuch einer Kindertageseinrichtung wertvolle zusätzliche Förderangebote bekommen. Neben der Abschaffung von Studiengebühren ist daher auch die Abschaffung von KiTa-Gebühren ein wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und eine Investition in die Zukunft.	SÖS/Linke 695, SÖS/Linke 752	GR lehnt ab	Nach einer Grundsatzentscheidung des Gemeinderats aus dem Jahr 1999 sollen die Gebühren für Kindertageseinrichtungen alle zwei Jahre angepasst werden. Der Gemeinderat hat sich im Zuge einer Gesamtabwägung dafür entschieden, die Gebühren im Jahr 2012 turnusgemäß zu erhöhen. Die Erhöhung der Gebühren dient einerseits einer besseren Finanzausstattung vor allem der freien Träger der Kindertageseinrichtungen, andererseits sind die Kosten der Kindertagesbetreuung durch verbesserte Betreuungsstandards und Bildungsangebote erheblich gestiegen.  Im Vergleich mit anderen Städten liegen die Gebühren für Kindertageseinrichtungen bei der Landeshauptstadt Stuttgart an der unteren Grenze.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
827	1009	Mehr behinderten-gerechte und behindertenfreundliche Wohnungen	Wir Menschen mit Behinderung möchten uns in Stuttgart barrierefreier bewegen können. Unser Wunsch sind daher mehr behindertengerechte und behindertenfreundliche Wohnungen in der Stadt Stuttgart.	SÖS/Linke 767	Wird umgesetzt	Die Einhaltung der Vorgaben der Landesbauordnung für barrierefreies Wohnen werden durch das städtische Baurechtsamt überprüft und gegebenenfalls auftretende Unregelmäßigkeiten abgestellt. Bei der Planung von öffentlichen Gebäuden und sonstigen öffentliche Baumaßnahmen werden seit langem die Belange von körperlich eingeschränkten Mitbürgern im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften beachtet und die notwendigen Maßnahmen bei der Ausführung auch umgesetzt.
846	1461	Den städtischen Naturschutzfonds für Naturschutzprojekte aufstocken	Der städtische Naturschutzfonds, mit dem Naturschutzmaßnahmen in Stuttgart zum Beispiel von Vereinen und Privatpersonen finanziell unterstützt werden hat einen Jahresetat von nur 30.000 Euro. Aufgrund des geringen Etats können viele der beantragten Maßnahmen und Aktionen zur Förderung des Naturschutzes wegen Nichtfinanzierbarkeit nicht realisiert werden. Wir fordern eine Aufstockung des städtischen Naturschutzfonds auf 100.000 Euro jährlich.	Bü. 90/Grüne 381, CDU 452, SPD 516	GR stimmt teilweise zu	Der städtische Naturschutzfonds wurde dauerhaft um jährlich 50.000 € aufgestockt.
870	927	Projekt Verwirklichung - Neubau der Schule für Körperbehinderte Stuttgart Vaihingen	Ich möchte dringend darauf hinweisen, dass die Schüler und alle Mitarbeiter der Schule für Körperbehinderte mit vermindertem Raumangebot, durch die Schließung eines ganzen Gebäudekomplexes auskommen müssen. Zur Zeit wird mit Interimslösungen etwas Abhilfe geschaffen. Damit wieder eine gute und entspanntere Lern- und Arbeitsatmosphäre geschaffen werden kann ist es ganz wichtig, dass der gut geplante Neubau bald Wirklichkeit wird. Der Traum einer schönen Schule!!!	Bü. 90/Grüne 393, CDU 421, SPD 526, SÖS/Linke 726, REP 795	GR stimmt zu	Der Ersatz- und Erweiterungsbau der Schule für Körperbehinderte wurde mit Kosten von 16,93 Mio. € beschlossen. Die Maßnahme soll im März 2013 begonnen und voraussichtlich bis November 2014 abgeschlossen werden.
874	1531	Stadtverschönerung Zuffenhausen Festplatz - Wohlfühloase im Grünen für alle Bürger mit verbesserter Luft	Neugestaltung Festplatz / Marktplatz Zuffenhausen mit Bürgerpark für Kinder, Familien und Senioren, Wasserspielen und Tages-Cafe; Reduzierung Asphalt zugunsten erweiterter Grünanlagen; Reduzierung von Schadstoffemission und Lärmpegel; optische und umweltgerechte Aufwertung zum Wohlfühlen für alle.	Fr. Wähler 599	GR stimmt teilweise zu	Für die Neugestaltung des Festplatzes in Zuffenhausen wurden im Doppelhaushalt 2012/2013 Planungsmittel in Höhe von 100.000 € beschlossen.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
879	1630	Förderung der Verbandlichen Jugendarbeit	<p>Die Finanzierung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit (Verteilung über den Stadtjugendring) wurde in den vergangenen Jahren real kontinuierlich gekürzt. Dabei leistet sie mit ihren vielen Angeboten einen wertvollen Beitrag zur Integration verschiedener Gruppen von Jugendlichen, zur sinnvollen Freizeitgestaltung, zur außerschulischen Bildung, zum bürgerlichen Engagement, zur Demokratisierung und zur Hinführung an die klassischen Werte unserer Gesellschaft. Damit erreicht sie höhere Chancengleichheit und mehr Frieden in unserer Stadt.</p> <p>Die realen finanziellen Kürzungen der letzten Jahre führen dazu, dass immer weniger Angebote realisiert werden können, immer weniger Gruppen arbeiten können. Werden die Gelder für Jugendarbeit weiter real gekürzt, wird der soziale Frieden größere Schiefelage erhalten in unserer Stadt. Eine solche Entwicklung wird sehr teuer werden, da nicht nur größer Arbeitslosenzahlen von unbetreuten (ungebildeten) Jugendlichen zu erwarten sind, sondern die Folge Ausschreitungen oder z.B. Amokläufe sind, wie die Beispiele in anderen Städten Europas deutlich zeigen.</p>	FDP 659, SÖS/Linke 693	GR stimmt zu	Die Förderung der Jugendverbände wurde für den Doppelhaushalt 2012/2013 um jeweils 58.000 € pro Jahr erhöht.
912	2060	Personalstelle Taubenwart und 10 neue Taubenschlä- ge	<p>Die Schaffung einer Personalstelle für einen Taubenbeauftragten und die Beschaffung von zunächst 10 neuen Taubenschlägen für ein erfolgreiches Taubenmanagement ist notwendig!</p> <p>Viele Bürger empfinden die große Taubenpopulation als Plage. Die Erfahrung aus anderen Großstädten zeigt gute Erfolge des Taubenmanagements zur Reduzierung der Stadttaubenpopulation.</p> <p>Eine kleine Anzahl von ehrenamtlich arbeitenden Menschen hat in den letzten 4 Jahren erfreuliche Erfolge verbuchen können. Durch die Wegnahme von mehr als 1000 Eiern aus 4</p>	Bü. 90/Grüne 403, CDU 453, SPD 520	GR stimmt teilweise zu	Für die Reduzierung der Taubenpopulation stellt die Stadt im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich 115.000 € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln sollen Standorte für neue Taubenobjekte (=Taubenschläge oder Taubentürme) gesucht und verwirklicht werden. Es können voraussichtlich 2-3 neue Taubenobjekte geschaffen werden. Eine Personalstelle für einen Taubenwart wurde in Abwägung der Prioritäten vom Gemeinderat nicht beschlossen.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Schlägen konnten 1000 Tauben nicht schlüpfen und sich weiter vermehren. Augsburg, Aachen und weitere Städte verfügen über mehr als 10 Taubenschläge aus denen Eier weggenommen werden. Für diese Schläge sind je nach Herstellung 70 bis 80 Tausend Euro notwendig. Die verantwortliche Koordination der dann viel zahlreicheren ehrenamtlichen Helfer kann nur ein hauptberuflicher bei der Stadt fest angestellter Taubenwart übernehmen.			
921	704	Senkung der Grundsteuer	Die Grundsteuer ist eine unsoziale Steuer, da sie alle unabhängig vom Einkommen trifft. Auch Mieter werden über die Nebenkosten zur Grundsteuer herangezogen. Als Ausgleich dazu sollten die Parkgebühren in der Innenstadt erhöht werden, damit mehr Autofahrer Busse und Bahnen, den ÖPNV benutzen.	Fr. Wähler 569, FDP 643, REP 789	GR lehnt ab	Der Grundsteuerhebesatz wird in Höhe von 520 vH beibehalten. Eine Herabsetzung des Hebesatzes fand in den Haushaltsplanberatungen keine Mehrheit angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der sich ergebenden weiteren erheblichen finanziellen Belastungen aus der Sanierung der Schulen, sowie dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Kindertagesbetreuung..
933	803	Schulsporthalle und Freianlage auf dem ehemaligen Fahri-on-Areal	Der Bedarf ist auch städtischerseits unumstritten. Die Sportanlage kann von mehreren umliegenden Schulen genutzt werden.	FDP 676	wird nicht umgesetzt	Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnte über die Bereitstellung von Pannungs- und Grunderwerbsmitteln nicht entschieden werden, da derzeit nicht klar ist, wann das Grundstück erworben werden kann.
934	804	Sanierung Festhalle Feuerbach	Damit die Festhalle wieder für Schul- und Vereinsveranstaltungen uneingeschränkt genutzt werden kann, muss sie saniert und technisch verbessert werden. Außerdem muss die Küche den Gegebenheiten angepasst werden.	Fr. Wähler 595	GR stimmt zu	Im Schulsanierungsprogramm sind ab 2014 für die Sanierung der haustechnischen Anlagen 1,2 Mio. € vorgesehen
941	1585	Sanierung Freibad Killesberg	Das Freibad Killesberg muss einer umfassenden Renovierung und Sanierung unterzogen werden.	SPD 544	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen, für die Sanierung des Höhenfreibads Killesberg und die Attraktivierung des Mehrzweckbeckens im Zeitraum von 2013 bis 2015 rund 2,94 Mio. € zur Verfügung zu stellen.
954	1778	Attraktivere Gablenberger Hauptstraße	Um als Fußgänger die Gablenberger Hauptstraße und vor allem deren Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen, ist sehr unattraktiv. Zum	Fr. Wähler 620	GR stimmt zu	Die Aufwertung der Gablenberger Hauptstraße, Kreuzungsbereich Schlöslestraße, wird aus der Stadtentwicklungspauschale

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			einen sind die Gehwege an einigen Stellen unerträglich schmal oder werden zusätzlich durch Pflanzkübel verkleinert. Zum anderen fehlen sichere Möglichkeiten, die Straße zu überqueren. Hier sollte eine Umgestaltung über die gesamte Länge unter Beteiligung der Anlieger und Nutzer erfolgen.			mit Kosten von 50.000 € finanziert.
956	355	Bauvorhaben - Erhaltung von Immobilien	Renovierung und Ausbau der Hohewartschule inklusive der Turnhalle Neubau einer Turnhalle auf dem Fahrion-Areal für die benachbarten Schulen  Feuerbach ist ein anerkannter attraktiver Schulstandort, den es zu fördern gilt. Gerade in den letzten Jahren wurden hier im Erhalt der Gebäude doch sehr zurückhaltend gehandelt, was einer Änderung bedarf.	CDU 422,  FDP 676,  SÖS/Linke 726	wird später ent- schieden	Im Doppelhaushalt 2012/2013 wurde für die Planung verschiedener Schulbaumaßnahmen eine Pauschale von 4 Mio. € beschlossen. Welche konkreten Maßnahmen tatsächlich geplant werden können, wird durch Priorisierung festzulegen sein. Die Entscheidung darüber, ob Planungsmittel für die Erweiterung der Hohewartschule 2012/2013 zur Verfügung stehen, muss noch getroffen werden. Im Sonderprogramm Schulsanierungen sind ab 2012 524.000 € vorgesehen.  Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnte über die Bereitstellung von Planungs- und Grunderwerbsmitteln für den Neubau einer Turnhalle auf dem Fahrion-Areal nicht entschieden werden, da derzeit nicht klar ist, wann das Grundstück erworben werden kann.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
961	612	Mehr Personal für Ortspolizeibehörden einstellen	Mehr Personal für Ortspolizeibehörden einstellen. Spareffekt: Erhöhung der Einkünfte von Bußgelde.	Bü. 90/Grüne 387, Bü. 90/Grüne 386, CDU 501, SPD 519, SPD 563, FDP 648, SÖS/Linke 786	GR stimmt zu	Das Amt für öffentliche Ordnung wird für den Ausbau der Verkehrsüberwachung 22,5 neue Stellen erhalten. Dafür stellt die Stadt rund 1,44 Mio. € zur Verfügung.
971	609	Umgestaltung des "Dreiecks" Elbe-/Iller-/Nagoldstraße	Es sollten die bereits beschlossenen Pläne nun umgesetzt werden.  Die Grünanlagen sollen verbessert und attraktiver gestaltet werden. Mit einem neuen Belags- und Beleuchtungskonzept wird das "Dreieck" ein attraktiver Platz. Es könnte ein neuer Treffpunkt für jüngere Kinder mit ihren Eltern geschaffen werden. Die Installation von verschiedenen Spielgeräten und Sitzmöglichkeiten wären möglich.	SPD 514	GR stimmt zu	Für die Umgestaltung des Dreiecksplatzes Nagold-/Iller-/Elbestraße wurden für die Jahre 2012 bis 2014 insgesamt 349.000 € beschlossen.
998	95	John Cranko Ballettschule Bau	Bau der John-Cranko-Ballettschule mit Internat.  Das ist eine internationale Institution und muss als Bild der Kultur von Stuttgart unterstützt werden.	Bü. 90/Grüne 367, Bü. 90/Grüne 412, SPD 543	GR stimmt zu	Am geplanten Neubau der John-Cranko-Schule des Stuttgarter Balletts durch das Land Baden-Württemberg wird sich die Stadt Stuttgart gemäß dem bestehenden Staatstheatervertrag und der abzuschließenden Finanzierungsvereinbarung beteiligen. Ausgehend von aktuellen Schätzungen der Baukosten wird der städtische Anteil daran voraussichtlich 16 Mio. € betragen. Diese werden ab 2014 in gleichen Teilbeträgen von je 4 Mio. € bis 2017 zur Verfügung gestellt.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1015	1275	Die Stadt soll sich beim Hotel Silber engagieren	In den letzten zwei Jahren wurde in Stuttgart viel über die Rolle der Gestapo diskutiert. Sowohl die Stuttgarter Gestapo, als auch die Leitstelle für Württemberg / Hohenzollern befand sich in dem Gebäude in der Dorotheenstraße. Die Stadt Stuttgart muss ihre Verantwortung mit übernehmen und sich an den Kosten für eine Gedenkstätte und einen Lernort beteiligen	SPD 538, SÖS/Linke 690	GR stimmt zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hat der Gemeinderat entschieden, 20.000 € zur Beteiligung an der Konzepterstellung für einen Lern- und Gedenkort "Hotel Silber" zur Verfügung zu stellen. An dem Prozess werden sich städtische Einrichtungen (Stadtarchiv, Planungsstab Stadtmuseum) beteiligen.
1026	2037	Mobile Jugendarbeit für Stammheim- Schaffung einer 100% sozialpädagogischen Stelle	Stammheim fordert schon fast 14 Jahre eine Mobile Jugendarbeit. Bisher ohne Erfolg! Es ist der einzige Stadtteil im Norden, der noch keine Mobile Jugendarbeit hat. Jedes Jahr mehrten sich Hinweise über perspektivlose Kinder und Jugendliche, die mit ihrer freien Zeit wenig anfangen können und kriminelle Energien entwickeln. Mit Hilfe einer Mobilen Jugendarbeit könnten sie an ihren Treffpunkten abgeholt werden. Sie erhalten professionelle Unterstützung zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung. Unterstützen auch Sie unser Anliegen mit ihrer Stimme. Vielen Dank!!!	CDU 439, Fr. Wähler 587, SÖS/Linke 754	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat die finanzielle Förderung einer 50%-Stelle für die mobile Jugendarbeit in Stammheim beschlossen. Hierfür stellt die Stadt im Doppelhaushalt 2012/2013 jährlich 25.000 € zur Verfügung.
1035	2186	Massive Förderung des sozialen Wohnungsbaus	Wir brauchen deutlich mehr Wohnungen für Leute, die aus wirtschaftlichen Gründen im Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt beim Erhalt einer Wohnung benachteiligt sind.  Dies trifft vor allem auf kleine Wohneinheiten zu, die für 1-Personen-Haushalte benötigt werden.  Der gegenwärtige Bestand und jener, welcher mittelfristig geplant ist, reichen nicht aus.	Bü. 90/Grüne 392, CDU 466, SPD 535, SÖS/Linke 717	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat beschlossen, im Doppelhaushalt 2012/2013 pro Jahr 100 Sozialmietwohnungen zu fördern. Hierfür werden insgesamt 3 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1040	579	Mehr Kapazität für ehrenamtliches Familienzentrum	<p>Seit März 2011 gibt es das neue ehrenamtlich geführte Familienzentrum in Untertürkheim (Wallmergebiet). Das Konzept beinhaltet die Teilhabe am gemeinsamen Leben im Stadtteil. Es bietet allen Bürgerinnen und Bürgern einen Ort, an dem sie ihre Ideen umsetzen können sowie an informativen, kulturellen, kreativen, pädagogischen und sportlichen Angeboten teilnehmen können.</p> <p>Zusätzlich zu den Programmangeboten gibt es das offene Café. Zwischen 15 und 50 Erwachsene und Kinder kommen bereits in das Zentrum. Wie gesagt, das Familienzentrum wird von uns Ehrenamtlichen gestemmt, was bei den Besucherzahlen, dem Bedarf und der ganzen Organisation fast nicht mehr zu bewältigen ist. Nur eine 400-Euro-Kraft unterstützt das Zentrum bis jetzt und diese Ressource ist auch bis zum Rand ausgeschöpft.</p> <p>Deshalb benötigen wir zusätzlich mehr Personal, eine Halbtagsstelle, vor Ort, die vor allem die pädagogische Arbeit in unserem Familienzentrum anleitet und vor allem die Ehrenamtlichen unterstützt.</p>	<p>Bü. 90/Grüne 407,</p> <p>CDU 436,</p> <p>SPD 524,</p> <p>Fr. Wähler 592,</p> <p>SÖS/Linke 750</p>	GR stimmt zu	Das Familien- und Stadtteilzentrum Untertürkheim erhält ab 2012 zur Deckung des Bedarfs eine jährliche Förderung von 33.000 €.



Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1046	228	Schnelle Einführung einer Maut für alle PKWs mit Verbrennungsmotoren	<p>Stuttgart hat die höchste Feinstaubbelastung und erstickt - insbesondere in den heißen Tagen in der Innenstadt (= Kernzone 1 des ÖPNV) - an den Abgasen. Auch der große Verkehrslärm durch die Pkw-Verbrennungsmotoren macht die Menschen, die in Stuttgart leben, auf Dauer krank.</p> <p>Was in London erfolgreich zu einer Verringerung des Pkw-Verkehrs und zu einer Erhöhung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) geführt hat, würde in dem deutlich kleineren Stuttgart erst recht erfolgreich sein.</p> <p>Zur Vereinfachung sollten bei den Kfz-Zulassungsstellen, bei den ÖNPV-Verkaufsstellen, bei den Bürger-Büros etc. Wochen- und Monats-Vignetten, die an die Autoscheiben der Pkws mit Verbrennungsmotoren zu kleben wären, verkauft werden.</p> <p>Die Politessen und die Polizei könnten bei ihren Kontrollen in Stuttgart die Einhaltung der Pkw-Maut für Pkws mit Verbrennungsmotoren überprüfen und bei Nichtbezahlung ein Bussgeld erheben.</p> <p>Die Wochen- und die Monats-Vignetten sollten pauschaliert in vier Klassen (je nach Hubraumgröße für Kleinwagen, Mittelklassewagen, Oberklassewagen und SUV) erhoben werden.</p> <p>Die Mauthöhe müßte das Doppelte eines Wochen- und Monatstickets für den ÖPNV in der Kernzone entsprechen, um den Umstieg auf den ÖPNV zu forcieren.</p> <p>Die eingenommene Maut sollte für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV/ z.B. durch bessere Abstimmung von U-Bahnen und Bussen, durch längeren nächtlichen Verkehrsbetrieb usw.), für die Verbesserung von Radwegen, für die Anschaffung von Elektro-</p>	SÖS/Linke 709	wird nicht umgesetzt	Da die Landesregierung Baden-Württemberg derzeit keine rechtlichen Schritte zur Einführung einer City-Maut plant, kann dieses Thema auch von Seiten der Stadt wegen der fehlenden Rechtsgrundlage nicht weiterverfolgt werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>und Brennstoffzellen-Bussen des ÖPNV anstelle der bisherigen Diesel-Busse, für den Ausbau der Infrastruktur für Elektro-Pkws (Ladestationen, Batteriewechsel-Stationen, Verlegung von Ladeschleifen in den Fahrbahndecken bei der Erneuerung der Fahrbahndecken für die Aufladung der Pkw-Elektro-Batterien während der Stadtfahrt mit Elektro-Pkw, für die Umrüstung des städtischen Pkw-Fuhrparks auf Elektro-Pkws, für die Förderung der Nutzung von Elektrofahrrädern und Elektro-Pkws durch die Stuttgarter Bürger etc. verwendet werden.</p> <p>Stuttgart kann seine höchste Feinstaubbelastung und den hohen Verkehrslärm nur durch eine konsequente Umstellung auf Elektro-Mobilität erreichen.</p> <p>Die Arbeitsplätze in Stuttgart sind auf Dauer im internationalen Wettbewerb nur durch Innovationen und Investitionen in die Elektro-Mobilität zu erhalten.</p>			
1063	1674	Skaterpark in Botnang bauen	<p>Der seit Jahren geplante Skaterpark in Botnang (hinter den Tennisplätzen an der Beethovenstraße) sollte endlich finanziert und gebaut werden.</p> <p>Es wurde schon ein fünfstelliger Betrag an Spenden gesammelt, den Rest soll die Stadt im nächsten Haushalt bereitstellen.</p> <p>Sonst sind die Kinder und Jugendlichen, die sich dafür seit Jahren engagieren, selbst Erwachsene, bis das mal was wird.</p>	FDP 669	wird umgesetzt	Für die Verwirklichung des Skaterparks stehen bisher 65.000 € zur Verfügung, davon über 11.000 € aus Spenden sowie 54.000 € aus Budgetmittel 2011 des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes. Der Bauantrag wird in Kürze gestellt. Der Bau der Anlage ist nach erfolgter Baugenehmigung für den Frühsommer 2012 mit Fertigstellung bis ca. August/September 2012 vorgesehen. Die Mittel reichen für eine Herstellung der Asphaltfläche, Herstellung der Zugangsrampen, Entwässerung und Bepflanzung und für eine Grundausstattung mit Skaterelementen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1094	2032	Ganztageschulen für Grund- und Hauptschulen mit kostenloser Verpflegung	Ganztageschulen für Grund- und Hauptschulen mit Frühstück + Mittagessen, da wir ein sehr großes Sozialproblem haben und viele Familien sich nicht einmal ein Essen für ihre Kinder leisten können. Besonders wichtig sind hier die Ballungszentren Rot (Uhlandschule), Zuffenhausen, Freiberg	Bü. 90/Grüne 394, CDU 420, SPD 527, FDP 641, SÖS/Linke 726, SÖS/Linke 764	GR stimmt teilweise zu	Im Doppelhaushalt 2012/2013 und der mittelfristigen Finanzplanung investiert die Landeshauptstadt Stuttgart 35 Mio. € für die Einrichtung von Ganztageschulen an acht Grund- und zwei weiterführenden Schulen. Die Stadt beabsichtigt, die Umsetzung voraussichtlich bis 2020 abzuschließen. Dies hängt auch von der Bereitstellung von Mitteln und Lehrern durch das Land ab. Für die laufenden Betriebskosten für die 10 Schulen wurden im Endausbau jährlich 8,692 Mio. € bereitgestellt.  Bis alle Grundschulen in Ganztageschulen umgewandelt sind, strebt die Stadt als Zwischenlösung eine bedarfsorientierte Einrichtung von Schülerhäusern an 54 Grundschulen an. Dort können dann 4500 Schüler in insgesamt 220 Gruppen bis 17 Uhr betreut werden. Dazu gehört auch eine Essensversorgung sowie Ferienbetreuung. Hierzu wurden weitere Mittel für bauliche Maßnahmen in Höhe von 6,48 Mio. € und für Betriebskosten jährlich 7,6 Mio. € bereitgestellt.
1095	1676	Jugendhaus in Botnang bauen	In Botnang heißt es seit Jahren, dass ein Jugendhaus gebaut werden soll, aber das Geld dafür wurde noch immer nicht bewilligt. Die Jugendlichen hängen auf Spielplätzen herum, denn außer dem selten geöffneten kleinen Jugendtreff gibt es kein Haus für die Jugendlichen. Im kommenden Haushalt soll der Gemeinderat den Bau endlich beschließen und die Mittel dafür bereitstellen.	FDP 670	wird umgesetzt	Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (StJG) hat in Abstimmung mit dem Amt für Liegenschaften und Wohnen bereits mehrere Standorte für ein Jugendhaus in Botnang untersucht und dem Gemeinderat über die Ergebnisse berichtet. Für einen verbleibenden möglichen Standort wird eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die Kosten werden aus Budgetmitteln finanziert.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1118		Rückbau Waiblinger Straße	<p>Rückbau der Waiblinger Straße im Bereich zwischen Wilhelmsplatz und Augsburger Platz auf eine Autospur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschwindigkeit kann reduziert werden</li> <li>- Platz für Radwege, Parkplätze, Bäume usw.</li> <li>- Lärmreduktion</li> <li>- weniger attraktiv für "Durchfahrer"</li> </ul>	<p>Bü. 90/Grüne 383,  SPD 518</p>	wird später entschieden	Der Rückbau der Waiblinger Straße wurde nicht konkret beschlossen. Innerhalb der Haushaltsberatungen wurden Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer in diesem Bereich beantragt. Allerdings wurde eine pauschale Steigerung der Mittel für den Radverkehr in Höhe von 1,5 Mio. € pro Jahr beschlossen. Im Fachausschuss soll über die konkrete Verwendung der Mittel beraten werden.
1136	748	Sicherung und Fortführung der Arbeit des Familien- und Nachbarschaftszentrums (FuN) in Botnang durch Schaffung einer 100% Stelle.	<p>Verstetigung des "Familien- und Nachbarschaftszentrums (FuN) Botnang", Paul-Lincke-Straße 8.</p> <p>Das seit September 2006 bestehende Projekt "Familien- und Nachbarschaftszentrums (FuN) Botnang" der Gemeinwesenarbeit des Jugendamtes Stuttgart läuft zum Juli 2012 aus.</p> <p>Die Arbeiterwohlfahrt Botnang unterstützt den Antrag des Bezirksbeirats Botnang zum Doppelhaushalt 2012/2013:</p> <p>"Die gemeinsame Arbeit von Stadtbezirk, Jugendamt und SWSG hat Früchte getragen. Das Gebiet, in dem auf engem Raum über 16 Nationalitäten zusammen leben, benötigt auch weiterhin gute Sozialarbeit vor Ort. Neben dem Verlust des präventiven Aspekts würde der Wegfall der Einrichtung auch die vielfältig geleistete ehrenamtliche Arbeit konterkarieren. Für die Mobile Jugendarbeit entfielen die zentrale Anlaufstelle – kurz nachdem deren Stellensituation verbessert wurde."</p> <p>Wir fordern, das FuN künftig mit einer 100% Stelle für Sozialarbeit auszustatten. Hierzu ist ein Gemeinderatsbeschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012/2013 erforderlich. Nur mit einer gesicherten Stelle ist die Verstetigung des "Familien- und Nachbarschaftszentrums (FuN) Botnang" möglich.</p>	<p>SPD 524,  Fr. Wähler 586,  SÖS/Linke 750</p>	GR stimmt zu	Das Familien- und Nachbarschaftszentrums (FuN) Botnang erhält ab 2012 eine Förderung von jährlich 63.000 € zur Fortführung des Angebots.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1149	1945	Förderung Stadtteil- und Familienzentren	Förderung bereits bestehender Stadtteil- und Familienzentren (zum Beispiel Eltern-Kind-Zentrum in Stuttgart-West) sowie Ausbau weiterer Angebote.	Bü. 90/Grüne 407, CDU 436, SPD 524, Fr. Wähler 586, Fr. Wähler 592, SÖS/Linke 750	GR stimmt zu	Das EKIZ West erhält ab 2012 eine zusätzliche Förderung von jährlich 10.500 €. Daneben werden 6 weitere Stadtteil- und Familienzentren (Nord, Untertürkheim, Vaihingen, Wangen, Botnang, Treffpunkt Pfaffenäcker) gefördert.
1205	1390	Neugestaltung des Dreiecks Nagold- Iller- Jagst- Elbestraße	Es gibt bereits fertige Pläne für die Umgestaltung des Dreiecks, um dieses optisch und verkehrstechnisch zu optimieren.	SPD 514	GR stimmt zu	Für die Umgestaltung des Dreiecksplatzes Nagold-/Iller-/Elbestraße wurden insgesamt 349.000 € beschlossen.
1217	553	Kunstrasenplatz für Frauenfußball	Da verschiedene Stadtbezirke Ihren Wunsch bereits eingebracht haben, darf auch Obertürkheim nicht fehlen. Schließlich spielen hier die Fußballfrauen in der Verbandsliga.	Bü. 90/Grüne 402, CDU 463, SPD 545, Fr. Wähler 580, FDP 656	GR stimmt zu	Der alte Tennenplatzes des VfB Obertürkheim soll in einen Kunstrasenplatz umgewandelt werden. Hierfür stellt die Stadt 690.000 € zur Verfügung und wird einen Landeszuschuss in Höhe von 80.000 € beantragen.
1223	1960	Überwachung des ruhenden Verkehrs auch in den Außenbezirken auch abends und an Wochenenden	Auch außerhalb der Innenstadt sollte der ruhende Verkehr überwacht werden. Insbesondere abends oder an Wochenenden finden in vielen Bereichen keinerlei Kontrollen oder maximal ein Freihalten von Feuerwehruzufahrten statt. Gehwege und auch Grünflächen werden oft zugeparkt, ohne dass irgendetwas geschieht. Durch eine Einstellung zusätzlicher Überwachungskräfte könnte hier eine Verbesserung erreicht werden; die Personalkosten könnten sicherlich durch Bußgelder gegenfinanziert werden.	Bü. 90/Grüne 386, SPD 519, FDP 648, SÖS/Linke 786	GR lehnt ab	Für die Überwachung des ruhenden Verkehrs konnten für den Doppelhaushalt 2012/2013 keine zusätzlichen Personalstellen geschaffen werden. Insbesondere aus Gründen der Luftreinhaltung wurde hier dem fließenden Verkehr Vorrang gegeben. Die Verwaltung hat vom Gemeinderat jedoch den Auftrag erhalten, weitere Schritte in Bezug auf den Ausbau des Parkraummanagements zu prüfen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1252	1712	Weiterführung B295-Konzept	Das bestehende B295-Konzept soll weitergeführt werden.	Fr. Wähler 608	wird umgesetzt	<p>Die Verlegung der B 295 in Feuerbach einschließlich des Umbaus der Kreuzung Steiermärker-/Bregenzer- und Bludenzener Straße wurde bereits in Vorjahren beschlossen. Feuerbach soll vom Durchgangsverkehr der B 295 entlastet werden. Dafür ist es u. a. erforderlich, die B 295 auf der Borsigstraße zu führen.</p> <p>Derzeit wird als erster Abschnitt der Umbau der Borsigstraße zwischen der Heilbronner Straße und der Siemensstraße für die Aufnahme der B 295 geplant. Nach Stilllegung der Industriebahn in der Borsigstraße wird 2013 in diesem Abschnitt mit den Bauarbeiten begonnen. Die weiteren Arbeiten für die Verlegung der B 295 und die Rückbauarbeiten in Feuerbach hängen von den Maßnahmen der Bahn im Eisenbahndurchlass Borsigstraße im Zuge von Stuttgart 21 ab.</p>
1267	1331	Förderung des ABS - Zentrum selbstbestimmt Leben e.V.	<p>Der ABS – Zentrum selbstbestimmt Leben e.V. gründete sich im Jahre 1972 – damals noch unter dem Namen CBF Stuttgart. Im Jahre 1997 wurde aus dem CBF der Verein Aktive behinderte Stuttgart, kurz ABS e.V. Im Jahr 2002 gründete man das „Zentrum für selbstbestimmtes Leben“. Ein Beratungszentrum, in dem ausschließlich MitarbeiterInnen mit einer Behinderung arbeiten. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu beraten. Dabei ist der Grundsatz „Beratung von Betroffenen für Betroffene“ ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Beratungseinrichtungen. Themen in der Beratung sind beispielsweise das Persönl. Budget und der Einsatz persönlicher Assistenz, aber auch Hilfsmittelversorgung, barrierefreier Wohnraum sowie Freizeitgestaltung und barrierefreies Reisen.</p> <p>Öffentliche Aktionen sind für die Umsetzung</p>	Bü. 90/Grüne 418, CDU 509, SPD 552	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für das „Zentrum für selbstbestimmtes Leben“ beschlossen. Für das Jahr 2012 stellt die Stadt einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 46.000 € zur Verfügung, ab 2013 erhält der Verein jährlich zusätzlich 66.000 €. Insgesamt beträgt der jährliche Zuschuss dann 82.000 €.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>der Ziele ebenfalls ein Kernthema des ABS-ZsL e.V.. So wird jedes Jahr auf der Tourismus- und Reisemesse CMT der „Goldene Rollstuhl“ für besonders barrierefreie Reiseangebote verliehen, während der gesamten Messedauer ist man mit einem eigenen Messestand vor Ort um über barrierefreies Reisen zu informieren. Außerdem wird mit Aktionsständen - zum Beispiel auf der Stuttgarter Königsstr. – auf die Arbeit des Vereins aufmerksam gemacht und Unterstützer gesucht. Ausstellungen, Lesungen, Vorträge sowie Diskussionsrunden mit Politikern stehen ebenso auf dem Programm.</p> <p>Seit 2002 ist der Verein als ABS – Zentrum selbstbestimmt Leben e.V. aktiv und leistet mit seinen Selbsthilfegesprächsgruppen und seinem Beratungszentrum einen großen Anteil daran, dass Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben in ihrem gewünschten Wohnumfeld leben können.</p> <p>Das Zentrum und seine Mitarbeiter ist aber in seiner Existenz bedroht, da im Mai 2012 eine Anschubfinanzierung der Aktion Mensch ausläuft. Lohnkosten und weitere Aufwendungen kann der Verein nicht alleine leisten und ist daher auf finanzielle Zuwendungen angewiesen.</p> <p>Das Zentrum selbstbestimmtes Leben ist das einzige unabhängige Beratungszentrum in Baden-Württemberg und erfüllt voll die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, wonach diese Peer-Councelling-Beratung gefordert wird. Außerdem steht es einer Landeshauptstadt wie Stuttgart sehr gut zu Gesicht, auch in Zukunft ein Zentrum selbstbestimmtes Leben vorweisen zu können.</p> <p>Daher schlage ich vor, dass ZsL bei seinen Personalaufwendungen finanziell zu unterstüt-</p>			

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			zen, damit in Stuttgart und darüber hinaus lebende Menschen auch in Zukunft eine unabhängige, auf Augenhöhe stattfindende und kompetente Beratung erfahren können und es mit dem ZsL eine Anlaufstelle für die Belange behinderter Menschen gibt.			
1291	1884	ÖPNV - Zuschuss erhöhen	Den Zuschuss für die SSB erhöhen, damit die SSB nicht jährlich ihre Preise erhöhen muss. Die Fahrtkosten der SSB sind sehr teuer. Im Gegenzug dafür bei der Kultur einsparen.	Bü. 90/Grüne 388	wird nicht umgesetzt	<p>Das Defizit der SSB wird über die Kapitalerträge der Holding Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH finanziert. Der Ausgleichsanspruch der SSB ist damit vom städtischen Haushalt entkoppelt. Die Tarifierhöhungen legt die SSB darüber hinaus nicht einseitig fest, sie sind vielmehr an Gremienbeschlüsse des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) gekoppelt.</p> <p>Laut VVS-Gesellschaftervertrag wird der Verbundtarif unter Berücksichtigung der Marktlage und der Kostenentwicklung sämtlicher Verkehrsunternehmen im VVS fortgeschrieben. Der Aufwandssituation bei der Deutschen Bahn AG wird im Rahmen der VVS-Tarifentwicklung ebenso Rechnung getragen, wie der wirtschaftlichen Entwicklung bei den über 40 regionalen Busunternehmen im VVS. Einseitige städtische Zuschüsse für die SSB würden hinsichtlich der Tarifentwicklung im VVS demnach nur bedingt weiterhelfen. Mit einer Kostendeckung von 93 % liegt die SSB deutschlandweit an der Spitze. Eine Verschlechterung des Kostendeckungsgrads über eine reduzierte Nutzerfinanzierung ginge finanziell zu Lasten anderer wichtiger öffentlicher Aufgaben.</p>



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1324	1810	Neubau einer Schul- und Mehrzweckturnhalle	<p>Neubau einer Schul- und Mehrzweckturnhalle in Uhlbach. Die vereinseigene Turnhalle ist über 100 Jahre alt und entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Eine grundlegende Renovierung lohnt sich nicht mehr. Eine vom Verein beauftragte Konzeptstudie zeigt, dass am derzeitigen Standort eine Lösung denkbar ist. Die Halle wird für das Schul- und Vereinsturnen, sowie für Veranstaltungen der örtlichen Vereine benötigt und ist die einzige Halle in Uhlbach. Der geplante Neubau befindet sich bislang noch nicht in der Prioritätenliste des Sport- oder Schulverwaltungsamtes, weil es sich bisher um ein Vereinsprojekt und nicht um ein städtisches Vorhaben gehandelt hat. Der Bezirksbeirat Obertürkheim/Uhlbach, die beiden vorgenannten Ämter und die zuständige Bürgermeisterin Frau Dr. Eisenmann, sehen die grundsätzliche Notwendigkeit für die Realisierung des Vorhabens unter Regie der Stadt Stuttgart.</p> <p>Die für eine erforderliche Voruntersuchung und Genehmigungsplanung benötigten Mittel von ca. 150.000,00 € sollten vom Gemeinderat im Doppelhaushalt 2012/2013 bewilligt werden, um das Vorhaben zeitnah voranzutreiben. Der TSV Uhlbach möchte bestimmte Teilbereiche (z.B. Geschäftsstelle, Sitzungszimmer u.a.) unter Einbeziehung von Zuschüssen selbst finanzieren.</p> <p>Im Rahmen der Planung müssen allerdings noch verschiedene städtebauliche Aspekte (Baufenster, Parkierung, usw.) geklärt werden. Die Vorstandschaft des TSV Uhlbach möchte den Gemeinderat bitten, die benötigten Voruntersuchungs- und Genehmigungsplanungs-Mittel im Doppelhaushalt 2012/2013 einzubringen und zu genehmigen.</p> <p>Mit Sportgruß: Paul-Otto Weber, 1. Vorsitzender</p>	CDU 465, Fr. Wähler 598	GR stimmt zu	<p>Die für eine erforderliche Voruntersuchung und Genehmigungsplanung benötigten Mittel in Höhe von 150.000 € wurden vom Gemeinderat im Doppelhaushalt 2012/2013 bewilligt.</p> <p>Der TSV Uhlbach beteiligt sich an den Kosten mit 15.000 €.</p>

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1325	857	Erhöhung des Gewerbsteuerhe- besatzes von 420 auf 440 Prozent- punkte	<p>Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Prozentpunkte würde eine Mehreinnahme von etwa 20 Millionen Euro erbringen, die dringend für den Abbau des Sanierungsstaus an Schulen und Kindertageseinrichtungen erforderlich ist.</p> <p>Der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Stuttgart beträgt aktuell 420 Prozent und ist somit der zweitniedrigste unter den bundesdeutschen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern. In Düsseldorf beträgt der Hebesatz 440 Prozent, in Frankfurt am Main 460 %, in Köln 450 % und in München 490 %.</p> <p>In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts – bei einem ähnlich gelagerten Rückgang der städtischen Einnahmen - wurde der Gewerbesteuerhebesatz in Stuttgart von 400 Prozent im Jahre 1990 auf 430 Prozent in 1991 und nochmals auf 445 Prozent in 1995 erhöht. Seit dem Jahre 2000 ist er unverändert bei 420 Prozent.</p> <p>Die vorgenannten Zahlen machen deutlich, dass auf der Einnahmeseite noch Spielraum vorhanden ist, der in der Vergangenheit auch bereits genutzt wurde und zu keiner existenzbedrohenden Lage für die örtlichen Unternehmen führte. Nach Schätzungen zahlen etwa zwei Drittel aller Stuttgarter Gewerbebetriebe aufgrund der Freibeträge keine Gewerbesteuer. Darüber hinaus können Personenunternehmen, also alle Unternehmen außer GmbHs und Aktiengesellschaften, die Gewerbesteuer auf ihre individuelle Einkommensteuer anrechnen lassen. Das Steueraufkommen bleibt somit in der Landeshauptstadt Stuttgart. Auch die heimische Wirtschaft muss ein Interesse an guten Schulen und Kindertageseinrichtungen haben.</p>	SÖS/Linke 694	GR lehnt ab	Die Mehrheit des Gemeinderats hat eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes abgelehnt und sich im Rahmen der Abwägung zwischen möglichen zusätzlichen Steuereinnahmen einerseits und Standortnachteilen für die Unternehmen und Gewerbetreibenden in Stuttgart andererseits für eine Beibehaltung des bisherigen Gewerbesteuerhebesatzes von 420 v. H. ausgesprochen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1326	1281	Anschaffung weiterer Fahrzeuge zu mobilen Geschwindigkeitskontrolle	Laut dem Amt für öffentliche Ordnung gibt es im gesamten Stadtgebiet nur 4 Einsatzfahrzeuge zu mobilen Geschwindigkeitskontrolle. Vor allem in verkehrsberuhigten Zonen und Spielstraßen wären vermehrte Kontrollen ein einträgliches Geschäft.	Bü. 90/Grüne 387, SPD 519	GR stimmt zu	Für die mobile Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung wird ein weiteres Fahrzeug für 160.000 € (einschließlich Ausstattung für Geschwindigkeitsmessung) beschafft.
1328	2209	Aufstockung des Naturschutzfonds	Der momentane Naturschutzfond hat einen geradezu lächerlichen Jahresetat von € 30.000,- Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein und nicht mehr ... Viele wichtige Projekte können so nicht unterstützt und umgesetzt werden. Ich fordere eine Erhöhung des städtischen Naturschutzfonds auf € 400.000,- pro Jahr.	Bü. 90/Grüne 381, CDU 452, SPD 516	GR stimmt teilweise zu	Der städtische Naturschutzfonds wurde dauerhaft um jährlich 50.000 € aufgestockt.
1347	302	Mehr Sicherheit durch optimale Lage eines neuen Feuerwehrhauses	Bau des neuen Feuerwehrhauses in den Hochwiesen für Stammheim und Zuffenhausen nahe der Firma Porsche	CDU 471, SPD 561, Fr. Wähler 618, FDP 668, REP 793	GR stimmt zu	Für den Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr in Stammheim wurden 3,365 Mio. € bewilligt (ab 2013). Es wird ein Landeszuschuss von 230.000 € erwartet.
1359	1652	Mehr Personal zur Kontrolle von Parksündern	Die Stadt sollte viel mehr Personal zur Kontrolle von Falschparkern bzw. Parksündern einstellen. Vielerorts im gesamten Stadtgebiet werden entweder keine Parktickets gelöst, die Parkzeiten überzogen oder es wird im Halteverbot geparkt, etc. Vergleicht man Stuttgart mit München oder Köln, so passiert bei uns rein gar nichts. In anderen Städten hat man nach nur 2 Minuten einen Strafzettel. In manchen Stadtbezirken Stuttgarts wird maximal 1 mal in der Woche sporadisch kontrolliert.	Bü. 90/Grüne 386, SPD 519, FDP 648, SÖS/Linke 786	GR lehnt ab	Für die Überwachung des ruhenden Verkehrs konnten für den Doppelhaushalt 2012/2013 keine zusätzlichen Personalstellen geschaffen werden. Insbesondere aus Gründen der Luftreinhaltung wurde hier dem fließenden Verkehr Vorrang gegeben. Die Verwaltung hat vom Gemeinderat jedoch den Auftrag erhalten weitere Schritte in Bezug auf den Ausbau des Parkraummanagements zu prüfen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1363	764	Ausweitung des Parkraummanagements im Stuttgarter Westen	<p>Die Parkplatzsituation im Stuttgarter Westen hat sich seit der Einführung des Parkraummanagements schon verbessert. Doch noch immer gibt es Stellen, an denen so viele Autos parken, dass sogar ein Verlassen der Gehsteige nicht mehr oder nur mit Gefahr möglich ist. Dies betrifft vor allem auch Rollstuhlfahrer oder Personen mit Kinderwagen: die Ecken von Bürgersteigen werden so zugeparkt, so dass diese dort kaum mehr verlassen werden können.</p> <p>Auch für Kinder oder Familien mit Kind ist es oft schwer, über die Straße zu treten, da man durch die vielen parkenden Autos oft keinen Einblick in die Straße hat und zwischen den Autos hervortreten muss.</p> <p>Mein Vorschlag ist es daher, das Parkraummanagement West noch weiter und über die bestehende Planung hinaus (Bau der Tiefgarage Rossbollengässle) auszuweiten! Die Parksünder sollten zudem mit entsprechendem Nachdruck zur Kasse gebeten werden.</p>	Bü. 90/Grüne 386, CDU 447, SPD 519	GR stimmt zu	<p>Für eine Ausweitung des Parkraummanagements im (gesamten) Innenstadtbereich wurden Planungsmittel von 200.000 € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden zusätzlich 50.000 € Planungsmittel für ein Parkraummanagement im Bereich Kursaal Bad Cannstatt bereitgestellt.</p> <p>Der Bau der Tiefgarage "Rossbollengässle" einschließlich der zugehörigen Oberflächengestaltung wird im Kalenderjahr 2012 abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weitere Mittel in Höhe von 7,1 Mio. € für den Neubau der Großturnhalle mit Tiefgarage am Friedrich-Eugens-Gymnasium bereitgestellt.</p> <p>Über die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Evaluation des Parkraummanagements im Stuttgarter Westen durch die Universität Stuttgart ist derzeit keine Aussage möglich, da die Auswertung noch nicht abgeschlossen ist.</p>
1371	2062	Schoch-Areal	Abbruch und Neubebauung des Schoch-Areals, Durchführung der erforderlichen Bodensanierung des Areals	Bü. 90/Grüne 382, CDU 458, SPD 515, SÖS/Linke 711	GR stimmt zu	Für die weitere städtebauliche Planung wurden 142.000 € für die Durchführung eines ganztägigen Workshops unter Beteiligung der interessierten Bürgerschaft und eines Planungswettbewerbs bereitgestellt.
1378	1083	Tempoüberwachung Heilbronner Straße	Auf der Heilbronner Straße auf der Höhe von St. Georg soll eine weitere Tempoüberwachung eingerichtet werden, um Emissionen, Lärm und Staugefahr zu senken.	Bü. 90/Grüne 387, SPD 519	GR lehnt ab	Für den weiteren Ausbau der stationären Geschwindigkeitsüberwachung wurden vom Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Umweltschutz und der Polizeidirektion Stuttgart andere verkehrliche Schwerpunkte für Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen vorgeschlagen. Daher wurden vom Gemeinderat keine zusätzlichen Anlagen in der Heilbronner Straße beschlossen.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1402	1734	Keine Absenkung der Grundsteuer	Keine Absenkung des Grundsteuer B-Hebesatzes.	Bü. 90/Grüne 378	GR stimmt zu	Der Grundsteuerhebesatz wird in Höhe von 520 vH beibehalten. Eine Herabsetzung des Hebesatzes fand in den Haushaltsplanberatungen keine Mehrheit angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der sich ergebenden weiteren erheblichen finanziellen Belastungen aus der Sanierung der Schulen, sowie dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Kindertagesbetreuung.
1405	1954	Stationäre Geschwindigkeitskontrolle	Ich würde eine stationäre Geschwindigkeitskontrolle in der Heilbronner Straße auf Höhe der Haltestelle Eckartshaldenweg einrichten. Die Überquerung des Fußgängerüberwegs ist vor allem abends lebensgefährlich, da die Kraftfahrzeuge viel zu schnell sind und Mühe haben, um rechtzeitig zu bremsen.	Bü. 90/Grüne 387, SPD 519	GR lehnt ab	Für den weiteren Ausbau der stationären Geschwindigkeitsüberwachung wurden vom Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Umweltschutz und der Polizeidirektion Stuttgart andere verkehrliche Schwerpunkte für Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen vorgeschlagen. Daher wurden vom Gemeinderat keine zusätzlichen Anlagen in der Heilbronner Straße beschlossen.
1434	994	Neubau Schulgebäude	Erstellen eines Gebäudes für die landwirtschaftliche Schule und die Staatsschule für Gartenbau. Momentan werden etwa 800 Schüler an den verschiedensten Orten im Stadtbezirk unterrichtet.	CDU 426, FDP 674	wird teilweise umgesetzt	Innerhalb des 1. Sonderprogramms Schul-sanierungen wurde 1 Mio. € an Planungsmitteln für eine Machbarkeitsstudie etc. zur Verfügung gestellt. Die Gespräche mit dem Land sollen fortgesetzt werden, um die noch offenen Fragen (u.a. Grundstück, Schulträgerschaft) zu klären.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1442	1248	Verlegung der B295 in die Borsigstraße vor endgültigem Umbau des Bahnhofs Feuerbach für S21	Die Bundesstraße B295 im Bereich des Bahnhofs Feuerbach verläuft stadteinwärts heute über die Bludenzer-, Stuttgarter- und Tunnelstr. Richtung Pragsattel. Durch die gewaltigen Aushubarbeiten im Bereich des Bahnhofs Feuerbach fallen große Aushubmengen an, die via Tunnelstr. per LkW abgefahren werden. Zusätzlich wird die Tunnelstr. im Zuge der Bauarbeiten auch noch verengt, verschwenkt und untertunnelt. Sollte die B295 in dieser Zeit immer noch nicht in die Borsigstr. verlegt sein, wird die Situation für die Bewohner in diesem Bereich der B295 vollends unerträglich. Hier muss der Stadtrat dringend dafür Sorge tragen, dass die B295 vorher in die Borgisstr. verlegt wird (das heißt auch einen entsprechenden Anschluss an die B10/27 herstellen).	Fr. Wähler 608	wird umgesetzt	Die Verlegung der B 295 in Feuerbach einschließlich des Umbaus der Kreuzung Steiermärker-/Bregenzer- und Bludenzer Straße wurde bereits in Vorjahren beschlossen. Feuerbach soll vom Durchgangsverkehr der B 295 entlastet werden. Dafür ist es u. a. erforderlich, die B 295 auf der Borsigstraße zu führen.  Derzeit wird als erster Abschnitt der Umbau der Borsigstraße zwischen der Heilbronner Straße und der Siemensstraße für die Aufnahme der B 295 geplant. Nach Stilllegung der Industriebahn in der Borsigstraße wird 2013 in diesem Abschnitt mit den Bauarbeiten begonnen. Die weiteren Arbeiten für die Verlegung der B 295 und die Rückbauarbeiten in Feuerbach hängen von den Maßnahmen der Bahn im Eisenbahndurchlass Borsigstraße im Zuge von Stuttgart 21 ab.
1443	768	Schwäbischen Dialekt und Brauchtum fördern	In den letzten Jahren wurde die Pflege und Förderung der schwäbischen Mundart und Brauchtum vernachlässigt. Die Stuttgarter Mundarttheater tragen einen erheblichen Beitrag zu Pflege und Erhalt des schwäbischen Dialekts bei. Mit der Gründung der "Vereinigung Stuttgarter Mundarttheater e.V." wollen Sie mehr Wahrnehmung und Anerkennung für ihr kulturelles Engagement in der Stadt Stuttgart erreichen. Mit zirka 30.000 Zuschauern jährlich sollten die Mundarttheater gleichrangig ihren Platz neben der professionellen Hochkultur bekommen, dazu bedarf es der Förderung durch das Kulturamt.	SPD 812, Fr. Wähler 622	wird später entschieden	Die Vereinigung plante einen gemeinsamen Flyer, der seitens des Kulturamts einmalig mit 3.500 € gefördert und zu Beginn der neuen Spielzeit als gemeinsames Werbemittel vorgelegt werden sollte. Der Flyer wurde bis zu den Haushaltsplanberatungen 2012/2013 nicht realisiert. Auf Vorschlag der Kulturverwaltung wird die Realisierung des Druckprodukts abgewartet, bevor über eine weiterreichende Förderung entschieden wird.

Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1444	1817	Neubau einer Schul- und Mehrzweckturnhalle in Uhlbach	<p>Der TSV Uhlbach besitzt bekanntlich eine vereinseigene Turnhalle. Diese Turnhalle ist zwischenzeitlich 107 Jahre alt, sie ist zu klein und entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Eine grundlegende Renovierung lohnt sich nicht mehr. Es ist die einzige Halle in Uhlbach und wird vom TSV und von der Grundschule für den Sportbetrieb genutzt. Auch kulturelle Veranstaltungen, Sitzungen usw. finden dort statt.</p> <p>Eine neue Schul- und Mehrzweckhalle wird in Uhlbach dringend benötigt. Eine vom Verein beauftragte Konzeptstudie zeigt, dass am derzeitigen Standort eine Lösung denkbar ist. Der geplante Neubau einer Schul- und Mehrzweckhalle in Uhlbach befindet sich bislang noch nicht in einer Prioritätenliste des Sport- oder Schulverwaltungsamtes, weil es sich bisher um ein Vereinsprojekt und nicht um sein städtisches Vorhaben gehandelt hat. Die beiden vorgenannten Ämter und die zuständige Bürgermeisterin Frau Dr. Eisenmann sehen die grundsätzliche Notwendigkeit für die Realisierung des Vorhabens unter Regie der Stadt.</p> <p>Die für eine erforderliche Voruntersuchung Genehmigungsplanung benötigten Mittel von etwa 150.000 Euro müssen vom Gemeinderat im Doppelhaushalt 2012/2013 bewilligt werden, um das Vorhaben zeitnah voranzutreiben. Der TSV Uhlbach möchte bestimmte Teilbereiche (zum Beispiel Geschäftsstelle, Sitzungszimmer) unter Einbeziehung von Zuschüssen selbst finanzieren. Im Rahmen der Planung müssen allerdings noch verschiedene städtebauliche Aspekte (Baufenster, Parkierung usw.) geklärt werden.</p>	CDU 465, Fr. Wähler 598	GR stimmt zu	<p>Für den Neubau einer Schul- und Mehrzweckturnhalle in Uhlbach ist eine Voruntersuchung und Genehmigungsplanung erforderlich. Die hierfür benötigten Mittel in Höhe von 150.000 € wurden vom Gemeinderat im Doppelhaushalt 2012/2013 bewilligt.</p> <p>Der TSV Uhlbach beteiligt sich an den Kosten mit 15.000 €.</p>

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1453	1593	Gewerbsteuer auf 490 Punkte erhöhen	<p>Stuttgart verlangt mit 420 Punkten mit Abstand die geringste Gewerbesteuer aller Großstädte. München und Frankfurt verlangen 490 Punkte, Essen 470, Köln 450.</p> <p>Die Gewinne der Unternehmer explodieren. Die Stadt hat die Bevölkerung in den letzten Jahren gnadenlos abgezockt: Fahrpreiserhöhungen, Gebührenerhöhungen, Zweitwohnungsabgabe, Parkgebühren, Kindergartengebühren. Die Unternehmer blieben verschont. Höchste Zeit das zu ändern. Das Geld wird dringend gebraucht im Sozialbereich, für den Ausbau des ÖPNV und Fahrpreisreduzierung, für den Bau von bezahlbaren städtischen Wohnungen und so weiter.</p>	SÖS/Linke 694	GR lehnt ab	Die Mehrheit des Gemeinderats hat eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes abgelehnt und sich im Rahmen der Abwägung zwischen möglichen zusätzlichen Steuereinnahmen einerseits und Standortnachteilen für die Unternehmen und Gewerbetreibenden in Stuttgart andererseits für eine Beibehaltung des bisherigen Gewerbesteuerhebesatzes von 420 v. H. ausgesprochen.
1475	802	Rasenplatz Sportvereinigung Feuerbach im Wilhelm-Braun-Sportpark	Steht in der Dringlichkeit des Sportamts ganz oben und soll nun endlich realisiert werden. Es gibt Kooperationen mit anderen Feuerbacher Vereinen.	CDU 463, SPD 545, Fr. Wähler 580, FDP 656	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat Mittel in Höhe von 710.000 € für einen Kunststoffrasenplatz beschlossen. Auch ein Landeszuschuss in Höhe von 80.000 € wird beantragt.



Ranking- Nummer	Vorschlags- Nummer	Titel	Text	Haushalts- Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1602	1713	Umbau Kreuzung Bludenzer- /Bregenzer- /Steiermärker Straße	Umbau Kreuzung Bludenzer-/Bregenzer- /Steiermärker Straße	Fr. Wähler 608	wird umgesetzt	<p>Die Verlegung der B 295 in Feuerbach einschließlich des Umbaus der Kreuzung Steiermärker-/Bregenzer- und Bludenzer Straße wurde bereits in Vorjahren beschlossen. Für den Knotenpunkt Steiermärker/ Bregenzer/ und Bludenzer Straße ist dabei eine signalgeregelte Kreuzung vorgesehen. Eine Kreisverkehrslösung wurde untersucht, aber aufgrund der hohen Kosten nicht weiterverfolgt. Feuerbach soll vom Durchgangsverkehr der B 295 entlastet werden. Dafür ist es u. a. erforderlich, die B 295 auf der Borsigstraße zu führen.</p> <p>Derzeit wird als erster Abschnitt der Umbau der Borsigstraße zwischen der Heilbronner Straße und der Siemensstraße für die Aufnahme der B 295 geplant. Nach Stilllegung der Industriebahn in der Borsigstraße wird 2013 in diesem Abschnitt mit den Bauarbeiten begonnen. Die weiteren Arbeiten für die Verlegung der B 295 und die Rückbauarbeiten in Feuerbach hängen von den Maßnahmen der Bahn im Eisenbahndurchlass Borsigstraße im Zuge von Stuttgart 21 ab.</p>
1609	180	Beleuchtung Markgräflerstraße	Die Beleuchtung der Markgräflerstraße als Verbindungsweg zwischen den Stadtteilen Rotenberg und Uhlbach soll finanziert werden. Während der dunklen Jahreszeit ist der Gehweg für die derzeit rund zehn Schüler aus Rotenberg, die in Uhlbach zur Grundschule gehen, aufgrund der fehlenden Beleuchtung mit gewissen Sicherheitsmängeln und Gefahren verbunden. Das Anbringen der Beleuchtung würde zwischen 50.000 und 70.000 Euro, die Variante mit intelligenten LED-Leuchten 90.000 Euro kosten. Die Betriebskosten belaufen sich nach Schätzung des zuständigen Tiefbauamts auf 1.000 bis 1.500 Euro pro Jahr. Auch der Jugendrat Obere Neckarvororte befürwortet seit langem dieses Projekt.	CDU 460	wird umgesetzt	Für die Finanzierung der Beleuchtung in der Markgräflerstraße wurden keine zusätzlichen Mittel bewilligt. Dieses Vorhaben kann aber aus dem Budget des Tiefbauamtes finanziert werden.

Ranking-Nummer	Vorschlags-Nummer	Titel	Text	Haushalts-Anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Die Gegenargumente wie der entstehende Energiebedarf, der Insektenschutz und der ungestörte Blick in den Nachthimmel vermögen nicht zu überzeugen. Der sichere Schulweg für Kinder ist mehr wert, als das Leben von Fliegen und Faltern.			
1636	330	Kunstrasenplatz FC Feuerbach	Der FC Feuerbach ist einer der wenigen Fußballvereine Stuttgarts, der nur einen Hartplatz zur Verfügung hat. Hinzu kommt, dass dieser Platz eigentlich den Maßen des WfVs nicht entspricht, er ist nicht mal rechteckig! Daher fordere ich, diesen Platz wieder herzurichten und in einen Kunstrasen umzuwandeln.	CDU 463, SPD 545, Fr. Wähler 580, FDP 656	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat Mittel in Höhe von 710.000 € für einen Kunststoffrasenplatz für die Sportvereinigung Feuerbach beschlossen. Zwischen der Sportvereinigung Feuerbach und dem FC Feuerbach besteht bereits jetzt eine Kooperationsvereinbarung. Diese sieht vor, dass der FC Feuerbach nach Fertigstellung des Kunstrasenplatzes bei der Sportvereinigung Feuerbach absprachegemäß zusätzliche Nutzungszeiten auf einem Rasenspielfeld erhalten wird.